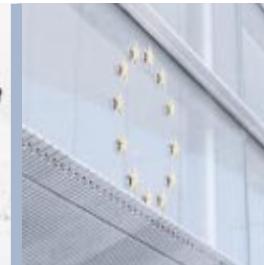


GESCHÄFTSBERICHT 2002





SCHLÜSSELBILDER DES JAHRES 2002.

Die KfW-Bankengruppe unterstützt zukunftsweisende Ideen und Vorhaben in Deutschland, in Europa und in der Welt. Sie gibt weltweit wichtige Impulse für Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie. 2002 war für uns wieder ein sehr ereignisreiches Jahr mit einer Fülle von nationalen und internationalen Projekten. Auf den Seiten 14 bis 39 stellen wir die Highlights des vergangenen Jahres aus Sicht der KfW vor.

INHALT.

Vorstand, Direktoren der KfW.	6
Kennzahlen der KfW.	7
Bericht des Verwaltungsrats.	8
Mitglieder des Verwaltungsrats.	9
Brief des Vorstands.	10
Die KfW im Jahr 2002.	14
Die wichtigsten Ereignisse im Überblick.	14
Geschäftsfelder der KfW.	40
Investitionsfinanzierung.	40
Export- und Projektfinanzierung.	60
Förderung der Entwicklungsländer.	67
Beratung und andere Dienstleistungen.	78
Refinanzierung.	84
Informationstechnologie.	89
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.	91
Lagebericht und Konzernlagebericht.	97
Jahresabschluss 2002.	116
Anhang und Konzernanhang.	124
Organigramm der KfW.	145
Impressum.	146

VORSTAND, DIREKTOREN DER KFW.



Dr. Peter Klaus

Detlef Leinberger

Hans W. Reich (Sprecher)

Ingrid Matthäus-Maier

Wolfgang Kroh

VORSTAND.

Dr. Peter Klaus Detlef Leinberger Hans W. Reich (Sprecher) Ingrid Matthäus-Maier Wolfgang Kroh

GENERALBEVOLLMÄCHТИGTER.

Dr. Günther Bräunig

DIREKTOREN.

Michael Ebert

Werner Genter

Dr. Dieter Glüder

Dr. Volker Groß

Heinrich Heims

Dr. Norbert Kloppenburg

Gerhard Lewark

Christian Murach

Dr. Hanns-Peter Neuhoff

Werner Oerter

Christiane Orlowski

Dr. Walter Paul

Ludolf Rischmüller

Wolfgang Roßmeißl

Dr. Bernd Schreiber

Gunnar Seibert

Dietrich Suhrlie

Detlef Vogt

Bruno Wenn

KENNZAHLEN DER KFW.

Kennzahlen

Angaben in Mio EUR

	2000	2001	2002
Gesamtes Fördervolumen	39.708,4	41.875,8	54.787,7
I. Investitionsförderung Deutschland	25.524,2	28.678,5	46.202,9
a) Förderkredite Deutschland	16.194,0	19.387,9	20.979,5
1. Kleine und mittlere Unternehmen	7.536,2	6.629,4	6.481,8
2. Umweltschutz/erneuerbare Energien	910,3	1.355,1	1.318,3
3. Wohnungswirtschaft	4.764,3	8.431,5	10.346,2
4. Kommunale Infrastruktur ¹⁾	2.983,2	2.971,9	2.833,2
b) Garantien und Verbriefungen	3.512,8	5.158,4	20.047,1
1. davon Verbriefungen			
– Promise	3.500,0	2.650,0	7.775,6
– Provide	–	2.500,0	12.267,7
c) Projektfinanzierung im Inland	5.817,4	4.132,2	4.226,3
davon			
1. Projektkredite	4.860,8	3.457,6	3.801,2
2. Avale	752,0	589,5	422,6
3. Zuschüsse Inland	104,6	60,1	2,6
d) Refinanzierung Landesförderinstitute	–	–	950,0
II. Investitionsförderung Ausland ²⁾	1.579,0	1.764,2	1.155,2
III. Export- und Projektfinanzierung	11.091,4	8.409,6	6.139,0
a) Export- und Projektkredite	10.595,2	7.775,5	5.583,6
b) Avale	347,8	435,2	536,7
c) Refinanzierung AKA-Exportkredite	–	11,9	14,7
d) Zuschüsse Ausland	148,4	187,1	4,0
IV. Förderung der Entwicklungsländer	1.513,8	3.023,5	1.290,7
a) Zusagen der FZ zu Vorzugskonditionen	926,8	1.316,5	1.110,7
1. Aus Haushaltsmitteln	850,8	1.040,3	970,7
darunter: Kredite	309,9	546,1	291,0
darunter: Zuschüsse	540,9	494,2	679,7
2. Aus Marktteilen der Verbundfinanzierung/ Mischfinanzierung	76,0	225,1	125,0
3. Zinsverbilligung	0,0	51,1	15,0
b) Zusagen für FZ-Förderkredite	525,0	1.546,0	41,0
c) Mandataraufträge	62,0	161,0	139,0
Kredite insgesamt	34.298,1	34.936,4	33.082,5
Avale und Verbriefungen insgesamt	4.612,6	6.183,0	21.006,4
Zuschüsse insgesamt	797,7	756,4	698,9
Geschäftsvolumen³⁾	256.505	282.272	321.731
Bilanzsumme³⁾	222.639	244.448	259.674
Kapital und Rücklagen³⁾	6.205	6.925	7.580
Jahresüberschuss	205	186	220
Zahl der Beschäftigten	2.032	2.190	2.264

¹⁾ einschließlich sonstiger Strukturmaßnahmen

²⁾ einschließlich KfW-Mittelstandsprogramm (Ausland), KfW-Umweltprogramm (Ausland), Globaldarlehen Europa

³⁾ Abweichend von der Vorjahresdarstellung sind die ausstehenden Einlagen nicht auf der Aktivseite ausgewiesen, sondern unter dem Eigenkapital vom gezeichneten Kapital abgesetzt. Die Zahlen der Vorjahre wurden entsprechend angepasst.
Differenzen in den Summen durch Rundungen

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS.

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der KfW laufend überwacht. Zu diesem Zweck, insbesondere zur Beschlussfassung über die Gewährung von Darlehen und die Übernahme von Bürgschaften unter den in Gesetz und Satzung erwähnten Voraussetzungen, haben im Laufe des Geschäftsjahres mehrere Sitzungen des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse stattgefunden.

Aktuell berichtete der Vorstand in diesen Sitzungen über die Entwicklung und Perspektiven in den Geschäftsfeldern sowie über grundsätzliche Fragen der Unternehmens- und Konzernentwicklung. Dabei informierte der Vorstand über die Verständigung zwischen EU-Kommission, Bund und KfW, die zur Gründung einer eigenständigen Export- und Projektfinanzierungstochter führen wird. Ferner wurde der Stand der Zusammenführung von KfW und DtA und die vorgesehene Einrichtung einer Mittelstandsbank in der KfW mitgeteilt.

Neben der Fortschreibung der Kreditprogramme berichtete der Vorstand ausführlich über die vorgesehenen Verbriefungstransaktionen, über die Ausgestaltung des neuen Förderprogramms „Kapital für Arbeit“ und über die von der KfW zur Verfügung gestellten Hochwasserhilfen. In der Export- und Projektfinanzierung wurden bei einzelnen Engagements Länder- und Branchenrisiken diskutiert. Regelmäßig erläuterte der Vorstand die auf den Kapitalmärkten vorgenommenen Mittelaufnahmen und berichtete über Schlüsselzahlen zum Konzernabschluss. Der Kreditbewilligungsausschuss befasste sich mit den nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Kreditengagements. Das Verfahren und die Methode des KfW-Länderratings wurden ausführlich dargestellt und erörtert. Ferner wurde der Ausschuss eingehend über die Neuausrichtung der Risikosteuerung für die

Geschäftsfelder und die Konzerngeschäftsfeldplanung sowie über die organisatorische Umstrukturierung der Bereiche informiert, die in der KfW für die Finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern arbeiten.

Im Beirat für Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern wurden die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen sowie die Finanzierungsperspektiven deutscher Unternehmen im Zeichen von Finanzmarktwandel und Basel II erörtert.

Im Berichtsjahr schieden die Herren Dr. Werner Müller, Kurt Bodewig, Wolfgang Gerhards, Dr. Frank Heintzeler, Dieter Schulte und Peer Steinbrück aus dem Verwaltungsrat aus. Der Verwaltungsrat dankt den bisherigen Mitgliedern für ihre Mitarbeit und ihr wertvolles Wirken für die Bank. Neu eingetreten sind die Herren Wolfgang Clement, Dr. Rolf-E. Breuer, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Dr. Thilo Sarrazin, Michael Sommer und Dr. Manfred Stolpe.

Die auf Vorschlag des Verwaltungsrats von der Aufsichtsbehörde zum Wirtschaftsprüfer bestellte PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt am Main, hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat den Abschluss gemäß § 9 Absatz 2 des KfW-Gesetzes in seiner Sitzung am 2. Mai 2003 genehmigt.

Frankfurt am Main, 2. Mai 2003

DER VERWALTUNGSRAT



Hans Eichel
Vorsitzender

MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATS.

AUFGABE DES VERWALTUNGSRATS.

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der KfW. Er genehmigt die größeren Kreditobligos und den Jahresabschluss. Der Verwaltungsrat besteht aus 28 Mitgliedern. Vorsitzender ist der Bundesminister der Finanzen, stellvertretender Vorsitzender der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

Hans Eichel
Bundesminister der Finanzen
Vorsitzender

Dr. Werner Müller
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Stellvertretender Vorsitzender
(bis 21.10.2002)

Wolfgang Clement
Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
(seit 22.10.2002)
Stellvertretender Vorsitzender
(seit 6.11.2002)

Peter Benz
Oberbürgermeister der
Stadt Darmstadt
Vertreter der Gemeinden

Kurt Bodewig
Bundesminister für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
(bis 21.10.2002)

Anton F. Börner
Präsident des Bundesverbandes
des Deutschen Groß- und
Außenhandels e.V.
Vertreter des Handels

Dr. Rolf-E. Breuer
Präsident des Bundesverbandes
deutscher Banken e.V.
Vertreter der Kreditbanken
(seit 10.2.2002)

Dr. Ulrich Brixner
Vorstandsvorsitzender der
DZ BANK AG
Vertreter der genossenschaftlichen
Kreditinstitute

Joschka Fischer
Bundesminister des Auswärtigen

Lutz Freitag
Präsident des GdW Bundesverbandes deutscher Wohnungsunternehmen e.V.
Vertreter der Wohnungswirtschaft

Dr. Rolf-Jürgen Freyberg
Vorsitzender des Vorstands der BGAG
Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG
Vertreter der Gewerkschaften

Wolfgang Gerhards
Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt a.D.
vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 18.9.2002)

Dr. Frank Heintzeler
Sprecher des Vorstands der Baden-Württembergischen Bank AG
Vertreter der Kreditbanken
(bis 9.2.2002)

Dr. Dietrich H. Hoppenstedt
Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V.
Vertreter der Sparkassen

Dr. Karsten von Kölle
Vorstandsvorsitzender der EUROHYPO AG
Vertreter der Realkreditinstitute

Ursula Konitzer
ver.di-Bundesvorstandsmitglied a.D.
Vertreterin der Gewerkschaften

Renate Künast
Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt
vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 8.11.2002)

Hartmut Perschau
Bürgermeister der Freien und Hansestadt Bremen
vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Heinz Putzhammer
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Vertreter der Gewerkschaften

Dr. Michael Rogowski
Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.
Vertreter der Industrie

Dr. Thilo Sarrazin
Senator für Finanzen des Landes Berlin
vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 22.3.2002)

Hanns-Eberhard Schleyer
Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks
Vertreter des Handwerks

Dr. Franz Schoser
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages a.D.
Vertreter der Industrie

Dieter Schulte
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes a.D.
Vertreter der Gewerkschaften
(bis 31.12.2002)

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Vertreter der Gewerkschaften
(seit 1.1.2003)

Gerhard Sonnleitner
Präsident des Deutschen Bauernverbandes e.V.
Vertreter der Landwirtschaft

Peer Steinbrück
Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen a.D.
vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 20.11.2002)

Dr. Manfred Stolpe
Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen
(seit 22.10.2002)

Erwin Teufel
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Alexander von Tippelskirch
Sprecher des Vorstands der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft
Vertreter des Industriekredits

Jürgen Trittin
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

BRIEF DES VORSTANDS.

Liebe Leserinnen und Leser.

Die KfW-Bankengruppe hat ein außerordentlich bewegtes Jahr 2002 hinter sich. Noch nie wurden innerhalb eines Geschäftsjahres so viele grundlegende und strategische Entscheidungen über die Ausrichtung der Bank getroffen wie im vergan-

genen. Hinzu kommt, dass wir das Geschäftsjahr 2002 trotz eines schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeldes erfolgreich abschließen konnten, sowohl was unsere Fördertätigkeit als auch was unser Ergebnis angeht.

STRATEGISCHE WEICHENSTELLUNGEN.

Ein für die KfW herausragendes Ereignis des letzten Jahres kam erst im Dezember: die Entscheidung der Bundesregierung, die Deutsche Ausgleichsbank auf die KfW zu verschmelzen. Unter dem Dach der KfW-Bankengruppe werden wir die Förderaktivitäten beider Banken vereinen und mit unserer neuen Marke „Die Mittelstandsbank“ einen neuen Förderbereich schaffen, der sich ausschließlich um Gründer sowie kleine und mittlere Unternehmen kümmern wird. Mit der Mittelstandsbank, die als „Förderinitiative von KfW und DtA“ für die Kunden bereits seit Januar 2003 wahrnehmbar ist, wird die Förderung von Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen wesentlich effizienter und transparenter. Die Bündelung der Kompetenzen beider Banken ermöglicht es uns auch, neue Förderpotenziale zu erschließen. Für die mittelständische Wirtschaft in Deutschland ist die Mittelstandsbank ein Aufbruchsignal. Die KfW wird diesem Projekt im laufenden Jahr höchste Priorität einräumen.

Die andere, mindestens genauso wichtige Entscheidung für die KfW fiel am 1. März 2002: die Verständigung der Bundesregierung und der EU-Kommission über die Neuaustrichtung der deutschen Förderbanken. Nach kurzer Verhandlungsdauer wurde mit der EU-Kommission

eine Einigung über die Trennung unserer Förderaktivitäten von der kommerziellen Geschäftstätigkeit in der Export- und Projektfinanzierung erzielt. Mit dieser Vereinbarung, die dem Fördergeschäft der Bank Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie des Bundes für die Zukunft bewahrt, ist sichergestellt, dass wir die deutsche und europäische Wirtschaft weiter mit der gesamten Produktpalette der KfW-Bankengruppe unterstützen können. Die Export- und Projektfinanzierung wird dabei großteils in einem bis 2008 noch zu gründenden Tochterunternehmen durchgeführt werden, für das wir die Aufbauarbeiten bereits sehr weit vorangetrieben haben. Das Konzept für die Produkte, die Struktur der Organisation sowie die Prozesse konnten wir bereits im Frühjahr 2003 abschließen. Ab 2004 wollen wir die neue Struktur in einer „Bank in der Bank“ testen.

Sowohl für die Umsetzung der Vereinbarung mit der EU als auch für die Verschmelzung mit der DtA sind Gesetzesänderungen notwendig, die bereits vom Bundeskabinett verabschiedet sind und voraussichtlich im ersten Halbjahr 2003 auch vom Bundestag beschlossen werden. Damit sind die zentralen Bausteine für den KfW-Konzern der Zukunft gelegt.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG IN 2002.

Die Geschäftszahlen der KfW-Bankengruppe entwickelten sich im Jahr 2002 sehr erfreulich. Die Konzernbilanzsumme wuchs von 246 Milliarden Euro auf 261 Milliarden Euro. Das Gesamtfördervolumen der KfW im Jahre 2002 betrug 54,8 Milliarden Euro und ist damit gegenüber dem Vorjahr ebenfalls deutlich gestiegen. Spiegelbild dieser erfolgreichen Entwicklung ist das Rekordvolumen im Bereich der Refinanzierung. Unsere Euro-Benchmark-Anleihen haben nach ihrer sehr positiv aufgenommenen Einführung im Jahr 2001 an diesen Erfolg anknüpfen können. Daher haben wir auch für den US-Dollar ein entsprechendes Programm aufgelegt, das von den Märkten gleichfalls sehr gut angenommen wurde.

Die Diskussion um die Finanzierung des Mittelstandes hat im Jahr 2002 weiter an Intensität gewonnen. Die Umbrüche im Finanzwesen und die schwache Konjunktur erschweren kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu benötigtem Kapital. So galt auch im vergangenen Jahr unser großes Engagement der Förderung des Mittelstandes und der Sicherung der Mittelstandsfinanzierung. Unsere hierzu neu entwickelten Finanzierungsinstrumente entlasten die Kapitalstruktur der Kreditinstitute und halten gleichzeitig den Unternehmen den Zugang zu benötigtem Kapital offen. Zugleich sind diese Instrumente streng marktwirtschaftlich orientiert. Sie berücksichtigen in verstärktem Maße die Bonität eines Unternehmens und richten die Konditionen an den vorhandenen Risiken aus. Mit einem Vier-Punkte-Programm haben wir unsere Mittelstandsförderung neu ausgerichtet.

■ Hierzu zählt zuerst das im Jahr 2001 erfolgreich eingeführte Globaldarlehen, das es den Kreditinstituten ermöglicht, ihre Mittelstandskredite günstig zu refinanzieren. Dabei geben Banken und Sparkassen die günstigen Einstandsbedingungen, welche ihnen die KfW aufgrund

ihres erstklassigen AAA-Ratings bieten kann, in Form maßgeschneiderter Einzelkredite an die Kreditnehmer weiter. Auf diese Weise konnte die KfW dem deutschen Mittelstand Mittel in Höhe von 1,3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

■ Der zweite Punkt des Programms ist die systematische Förderung des Beteiligungsmarktes im Segment kleiner und mittelständischer Unternehmen. Lange Zeit blieb der Zugang zu Beteiligungskapital jungen, dynamischen Technologieunternehmen sowie großen Industrieunternehmen vorbehalten. Mit neuen Private-Equity-Initiativen wollen wir auch soliden Mittelständlern anderer Struktur und Sektoren einen Weg an den Beteiligungsmarkt öffnen. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation des Mittelstandes war der Start des Programms „Kapital für Arbeit“ im November 2002. Die Konditionen des Programms – das aus einer Fremd- und einer Eigenkapitaltranche besteht – orientieren sich an der Bonität des Kreditnehmers. Auf diese Weise wird das Ziel des Programms, nämlich die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, intelligent mit einer Verbesserung der Finanzierungsstruktur verknüpft.

■ Das dritte Element des Vier-Punkte-Programms ist die Senkung der Bearbeitungs- und Prozesskosten im mittelständischen Kreditgeschäft, die derzeit den Kredit für viele vor allem kleinere Unternehmen zu teuer machen. In Zusammenarbeit mit Partnern entwickeln wir derzeit entsprechende Lösungen.

■ Der vierte Punkt schließlich umfasst die überaus erfolgreichen Verbriefungsprogramme der KfW, mit denen die Risiken von Mittelstandskrediten am Kapitalmarkt handelbar gemacht werden. Die Verbriefungsprogramme der KfW haben sich in kurzer Zeit zu einem unverzichtbaren Element der Mittelstands- und Wohnungsbauförderung in Deutschland entwickelt. Mit einem

Brief des Vorstands.

Volumen von über 20 Mrd EUR verbrieft Kreditportfolios hat die KfW 2002 an vorderster Stelle dazu beigetragen, diesen Sektor fortzuentwickeln. Die von der KfW übernommenen Risiken sind dabei durch Bankgarantien oder Verkauf an den Kapitalmarkt abgesichert. Die KfW wird sich nun weiter dafür einsetzen, dass das Kapitalmarktsegment der Verbriefung durch verbesserte steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen eine noch festere und breitere Grundlage erhält.

Die Förderung des Wohnungssektors, der kommunalen Infrastruktur und des Umweltschutzes sind weitere Schwerpunkte unserer Förderaktivitäten.

Allein für Investitionen im Wohnungssektor haben wir im Jahr 2002 Kredite in Höhe von 10,3 Milliarden Euro zugesagt – für den Erwerb von Wohneigentum, für die Modernisierung des Wohnungsbestandes in den neuen Ländern und für Maßnahmen zur Energieeinsparung im Wohngebäudebestand. Damit haben wir beispielsweise 118.000 Familien die Erfüllung des Traums vom eigenen Heim ermöglicht und in mehr als 100.000 Wohnungen CO₂-mindernde Maßnahmen finanziert. Diese Finanzierungen dienen zugleich in erheblichem Umfang der Sicherung von Arbeitsplätzen, insbesondere im lokalen, mittelständischen Baugewerbe.

Eine besonders wichtige Querschnittaufgabe stellt die Förderung des Umwelt- und Klimaschutzes für die KfW dar, und nicht nur im Geschäftsfeld Investitionsfinanzierung Deutschland und Europa. Im Rahmen der Investitionsfinanzierung haben wir im Jahr 2002 3,8 Milliarden Euro für Umwelt- und Klimaschutzinvestitionen zugesagt, über alle Geschäftsfelder hinweg sogar 5,8 Milliarden Euro.

Eine unserer wichtigen internationalen Aufgaben ist die Finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Im Jahr 2002 haben wir Mittel in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für die

Förderung der Entwicklungsländer zugesagt. Die Hälfte aller Zusagen entfiel auf Maßnahmen der unmittelbaren Armutbekämpfung. Der größte Teil der weltweiten Spannungen und Konflikte hat seine Wurzeln in Armut und mangelnder wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Die Brennpunkte und Konfliktherde des vergangenen Jahres haben das Thema Entwicklungshilfe wieder verstärkt in den Vordergrund gerückt und unser Bewusstsein dafür geschärft, dass die Bekämpfung der Armut und die Finanzielle Zusammenarbeit wichtige Voraussetzungen sind, um Kriege und Krisen zu vermeiden und dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Entwicklungszusammenarbeit ist im Gegensatz zu Militäreinsätzen eine strategische Investition in die Zukunft. So hat die KfW im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit bspw. 9 Millionen Euro für die Verbesserung des Stromnetzes in Kabul eingesetzt. Straßenbeleuchtung, Krankenhäuser und Schulen sind nun wieder mit Strom versorgt. Die Kompetenz der KfW in der Entwicklungszusammenarbeit wird nicht nur in Deutschland, sondern auch international anerkannt. So hat die KfW im Jahr 2002 Mandate im Volumen von 139 Mio EUR für andere bi- und multilaterale Geber (u.a. EU, UN) übernommen. Intern haben wir uns in der Finanziellen Zusammenarbeit organisatorisch völlig neu aufgestellt. Wir haben die Bedürfnisse unserer Kunden dabei in den Mittelpunkt einer neuen Struktur gestellt, die schneller und effektiver arbeiten kann. Die jetzt in fünf Regionen gegliederte Aufbauorganisation ist strategisch und thematisch entlang den Förderschwerpunkten des BMZ aufgestellt.

Die anhaltende weltweite Konjunkturschwäche hat sich in der Export- und Projektfinanzierung spürbar niedergeschlagen. Die Auslandszusagen lagen im vergangenen Jahr bei 6,1 Milliarden Euro und sind damit gegenüber dem

Vorjahr spürbar gesunken. Unter Würdigung des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeldes sind wir gleichwohl mit diesem Ergebnis sehr zufrieden. Auch für das laufende Jahr rechnen wir angesichts der weiterhin labilen Wirtschaftslage mit einer verhaltenen Geschäftsentwicklung. Die KfW wird trotz der widrigen Rahmenbedingungen ihrem Auftrag treu bleiben, die deutsche und in

zunehmendem Maße auch die europäische Wirtschaft bei ihren internationalen Engagements zu unterstützen, ohne dafür jedoch überhöhte Risiken in Kauf zu nehmen.

Die wichtigsten Ereignisse des Jahres 2002 haben wir für Sie wieder in Kalenderform auf den Seiten 14–39 abgebildet.

AUSBLICK.

Angesichts der weiterhin international schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen steht die KfW-Bankengruppe im laufenden Jahr wiederum vor großen Herausforderungen. Die tief greifenden ökonomischen Veränderungen und die anspruchsvollen gesellschaftlichen Reformaufgaben in Deutschland stellen an alle, die in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Verantwortung tragen, extreme Anforderungen und verlangen ihnen Entscheidungen von großer Tragweite ab. Auch die Förderbank KfW ist gefordert. „Fördern ist unser Auftrag“ – so steht es in unserem Leitbild. Diesen Auftrag nehmen wir gerade in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld sehr ernst. Mit modernen Finanzierungsinstrumenten werden wir auch weiterhin als Partner des Mittelstandes in guten wie in schlechten Zeiten zur Seite stehen. Wir sind uns jedoch auch bewusst, dass unsere Instrumente allein nicht ausreichen, die Konjunktur zu beleben. Im Gegenteil: Erst ein Anziehen der Konjunktur lässt auch die Investitionsbereitschaft wieder steigen und damit auch die Kreditnachfrage. Für 2003 erwarten wir daher in etwa ein Fördervolumen wie 2002.

Organisatorisch werden wir die Neuaufstellung des Konzerns weiter vorantreiben. Nach Befassung des Bundestags mit den notwendigen Gesetzesänderungen soll die Zusammenlegung

der DtA und KfW noch vor dem 31. August 2003 auch juristisch vollendet sein, damit die Fusion rückwirkend zum 1.1.2003 in Kraft treten kann. Bis dahin werden wir die Förderprogramme von DtA und KfW neu strukturiert, vereinfacht und transparenter gestaltet haben, damit wir Gründern und Mittelständlern das neue Förderangebot der KfW-Bankengruppe noch in diesem Sommer anbieten können. Das neue Tochterunternehmen der KfW, unsere Bank für Export- und Projektfinanzierungen, soll bis Ende dieses Jahres organisatorisch neu aufgestellt werden – auch wenn sie juristisch erst Anfang 2008 ausgeliert wird.

Die erfolgreiche Entwicklung der KfW im vergangenen Jahr ist auch das Ergebnis der hervorragenden Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihnen sprechen wir unseren Dank und unsere Anerkennung aus und zählen auch künftig auf ihr wertvolles Engagement. Jetzt ist es unsere vordringliche personalpolitische Aufgabe, den über 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DtA eine neue berufliche Heimat in der KfW zu geben. Wir heißen sie herzlich willkommen.

Frankfurt am Main, im Mai 2003

Der Vorstand

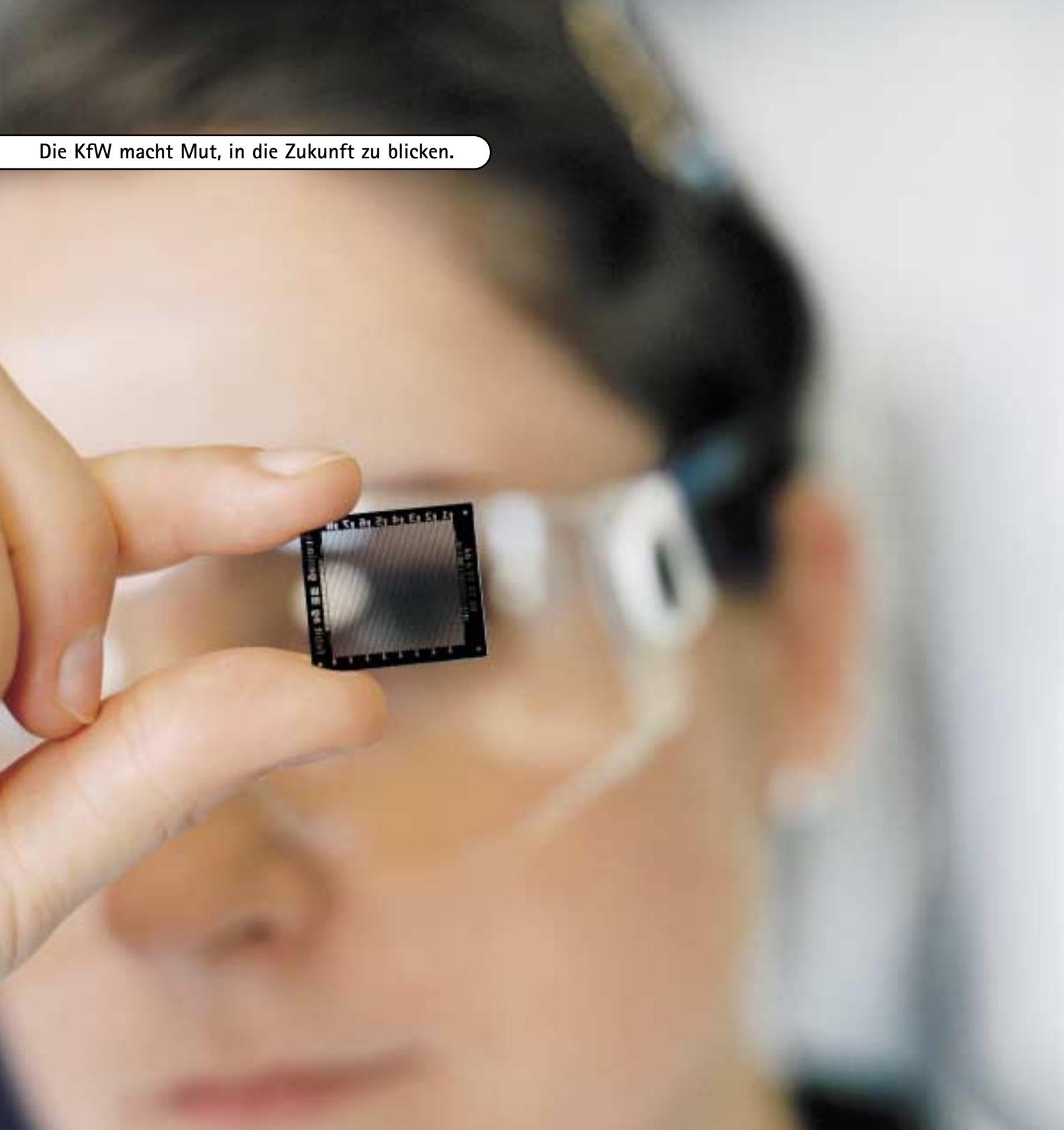
DIE KFW IM JAHR 2002.



DIE WICHTIGSTEN EREIGNISSE IM ÜBERBLICK.

KfW bankengruppe





Die KfW macht Mut, in die Zukunft zu blicken.

Innovationen sind der Schlüssel zur Zukunft. Jedes Jahr nehmen hunderte von jungen Unternehmen diesen Schlüssel in die Hand und schließen mit ihm das Tor zu neuen Märkten auf. Eines dieser Start-up-Unternehmen ist die febit ag. Die Mannheimer Biotech-Firma brachte eine weltweit einzigartige vollautomatische DNA-Technologie auf den Markt. Das von ihr entwickelte Analysegerät beantwortet an jedem Ort – in der

DIE KFW IM JANUAR 2002.

Ausgezeichnete Innovation.

Der von KfW gesponserte Innovationspreis der deutschen Wirtschaft 2001 für Start-up-Unternehmen geht an die febit ag.

Beitrag zum Städteumbau Ost.

KfW fördert den Rückbau leer stehender Wohngebäude in den neuen Bundesländern. Für entsprechende Maßnahmen öffnet sie ihr Wohnraum-Modernisierungsprogramm II.

Unterstützung für Zentralamerika.

In Zentralamerika stehen Armutsbekämpfung und Investitionen in soziale Bereiche im Vordergrund der FZ. In El Salvador fördert die KfW den Wiederaufbau nach dem Erdbeben.



Forschung, in der Industrie oder beim Arzt – jede genetische Fragestellung ohne Zeitverlust. Für diese wegweisende Technologie erhält die febit ag den Innovationspreis der deutschen Wirtschaft 2001 für Start-up-Unternehmen. Gesponsert wurde der Preis von der KfW. Die Bank will jungen Unternehmen Mut machen, das Tor zur Zukunft weit aufzustoßen.

Mittelständische Unternehmen fördern.

KfW verwaltet „Europäischen KMU Fonds für Montenegro“. Mittelständische Unternehmen in Montenegro können über ihn Darlehen bei lokalen Geschäftsbanken aufnehmen.

KfW-Büro in Hanoi eröffnet.

KfW eröffnet Büro in Hanoi. Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Vietnam ist die Bekämpfung der Armut durch Entwicklung des ländlichen Raums.

Sauberer Wasser für Zagreb.

Mit einem Kredit finanziert KfW den Bau einer modernen Abwasseranlage in Zagreb.

Die KfW macht sich für Pelikane stark.



Der Festakt für den „World Wetlands Day 2002“ findet am Großen Prespa-See im Dreiländereck zwischen Albanien, Mazedonien und Griechenland statt. Die Prespa-Seen gehören zu den ältesten Binnengewässern der Welt. In ihren Feuchtgebieten brütet der vom Aussterben bedrohte Krauskopf-Pelikan. Auch andere gefährdete Tierarten wie Braunbär und Luchs leben hier. Die Region ist nur sehr dünn besiedelt. Doch unsachge-

DIE KFW IM FEBRUAR 2002.

Aus Sorge um die Natur. KfW fördert die Feuchtwasser-Schutzgebiete der Prespa-Seen.	Business Angels Forum im Aufwind. Drei Jahre nach Einführung des Business Angels Netzwerks Deutschland ist die kostenlose Internet-Plattform ein bedeutender Markt-platz für Business Angels-Finanzierungen.	Steigende Nachfrage. Die neue Energieeinsparverordnung tritt in Kraft. Durch sie erhöht sich die Nachfrage nach dem KfW-CO ₂ -Programm und der Finanzierung der KfW-Energiesparhäuser.
-----------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



mäße Land- und Wasserwirtschaft und Wilderei bedrohen das ökologische System. Grund dafür ist die Armut der Bewohner. Die KfW bereitet zusammen mit der UNDP und dem Prespa Park Coordination Committee ein Projekt zur Rettung der Naturschutzgebiete vor. Das Vorhaben wird Maßnahmen zur ökologischen und hydrologischen Stabilisierung des Seenbeckens sowie zur Einkommensverbesserung der Bevölkerung umfassen.

BHW setzt auf PROVIDE.

Als erste Bausparkasse Deutschlands verbrieft die BHW Bausparkasse ein Portfolio von privaten Wohnungsbaukrediten über die KfW-Verbriefungsplattform PROVIDE.

Mehr Mobilität für Indonesier.

KfW finanziert eine Passagierfähre für Indonesien. Die Fähre verbessert die Mobilität der Menschen innerhalb des Archipels und fördert so die Wirtschaftstätigkeit.

Zur Rettung des Tropenwaldes.

Über KfW stellt die Bundesregierung Brasilien weitere Mittel zum Schutz des Tropenwaldes zur Verfügung.



Die neue KfW bleibt die alte.

In Brüssel einigen sich das Bundesfinanzministerium und die EU-Kommission über die zukünftige Struktur der Förderbanken in Deutschland. Damit wird die KfW auch in Zukunft ihre Aufgaben als Förderbank vollständig wahrnehmen können. Die Kommission hatte von der KfW verlangt, ihr Fördergeschäft vom kommerziellen Bankgeschäft strikt zu trennen. Sie erkannte aber auch an, dass sie zu Recht mit Anstaltslast und Bundes-

DIE KFW IM MÄRZ 2002.

Gründung einer neuen Tochter. KfW wird bis 2008 Teile der Export- und Projektfinanzierung in ein neues, eigenständiges Tochterunternehmen ausgliedern.	Mit Witz und Parodie. Den Auftakt zu einer Diskussionsveranstaltung rund um den KfW-Kompass bildet ein Satireprogramm, das den KfW-Mitarbeitern den Spiegel vorhält.	Neue Kreditvariante für Kommunen. Im KfW-Infrastrukturprogramm wird eine neue Kreditvariante, der „Rahmenkredit“, eingeführt. Sie wird von den Kommunen sehr gut aufgenommen.
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



garantie ausgestattet ist. In Zukunft wird der KfW-Bankengruppe eine neue, kommerziell operierende Bank angehören, die Auslands- und ausgewählte Inlandsgeschäfte im Wettbewerb des Bankenmarktes betreibt. Spätestens ab 2008 wird sie gemäß der EU-Vereinbarung rechtlich selbstständig sein. Auch unter den neuen Rahmenbedingungen bleibt die KfW ein verlässlicher Partner der Exportwirtschaft.

Strom für Chinas Provinzen.

KfW unterstützt China beim Bau von Photovoltaikanlagen. Sie werden bis zu 170 Dörfer in den entlegenen Provinzen Yunnan und Xinjiang erstmals mit Strom versorgen.

Zu Gast in Berlin.

Der afghanische Präsident Hamid Karzai besucht die KfW-Niederlassung in Berlin.

Erfolgreiche Entwicklungskonferenz.

KfW nimmt in Monterrey, Mexiko, an der Konferenz der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung teil.

Die KfW bringt Chinas Stahl ins Rollen.



Noch vor zehn Jahren war Schanghai nur ein „großes Dorf“. Seitdem hat sich viel verändert. Heute ist Schanghai die bedeutendste Wirtschaftsmetropole der Volksrepublik Chinas und ihr Tor zur kapitalistischen Welt. In Pudong, dem Industriezentrum Schanghai, gründeten ausländische Investoren in den vergangenen Jahren zahlreiche Joint-Venture-Unternehmen. Zu ihnen gehört auch die ThyssenKrupp Stainless GmbH. Gemein-

DIE KFW IM APRIL 2002.

Deutscher Stahl für China.

KfW finanziert die Errichtung eines deutsch-chinesischen Edelstahlwerks mit.

Hohe Beteiligung.

KfW und Deutsche Börse veranstalten das Deutsche Eigenkapitalforum in Frankfurt. Insgesamt nahmen 500 Vertreter von Unternehmen und Kapitalgebern teil.

Intensivere Zusammenarbeit.

Bei ihrem zweiten Treffen unterzeichnen hochrangige NEFI-Vertreter ein neues Kooperationsabkommen zur Vertiefung und Ausweitung der Zusammenarbeit.



sam mit der Shanghai Baosteel Group errichtet sie in Pudong ein neues Edelstahlwerk. Im November 2001 wurde die erste Phase eingeweiht. Sie erreicht eine Kapazität von 72.000 Jato kaltgewalztem Edelstahl. Nun soll mit der zweiten Phase begonnen werden, um die Kapazität auf 290.000 Jato zu erhöhen. Wie schon in der ersten Phase soll die KfW wieder einen Teil der Finanzierung übernehmen.

Finanzierung im Umbruch.

KfW und Wirtschaftsverbände präsentieren eine Studie zum Finanzierungsverhalten deutscher Unternehmen im Zeichen von Finanzmarktwandel und Basel II.

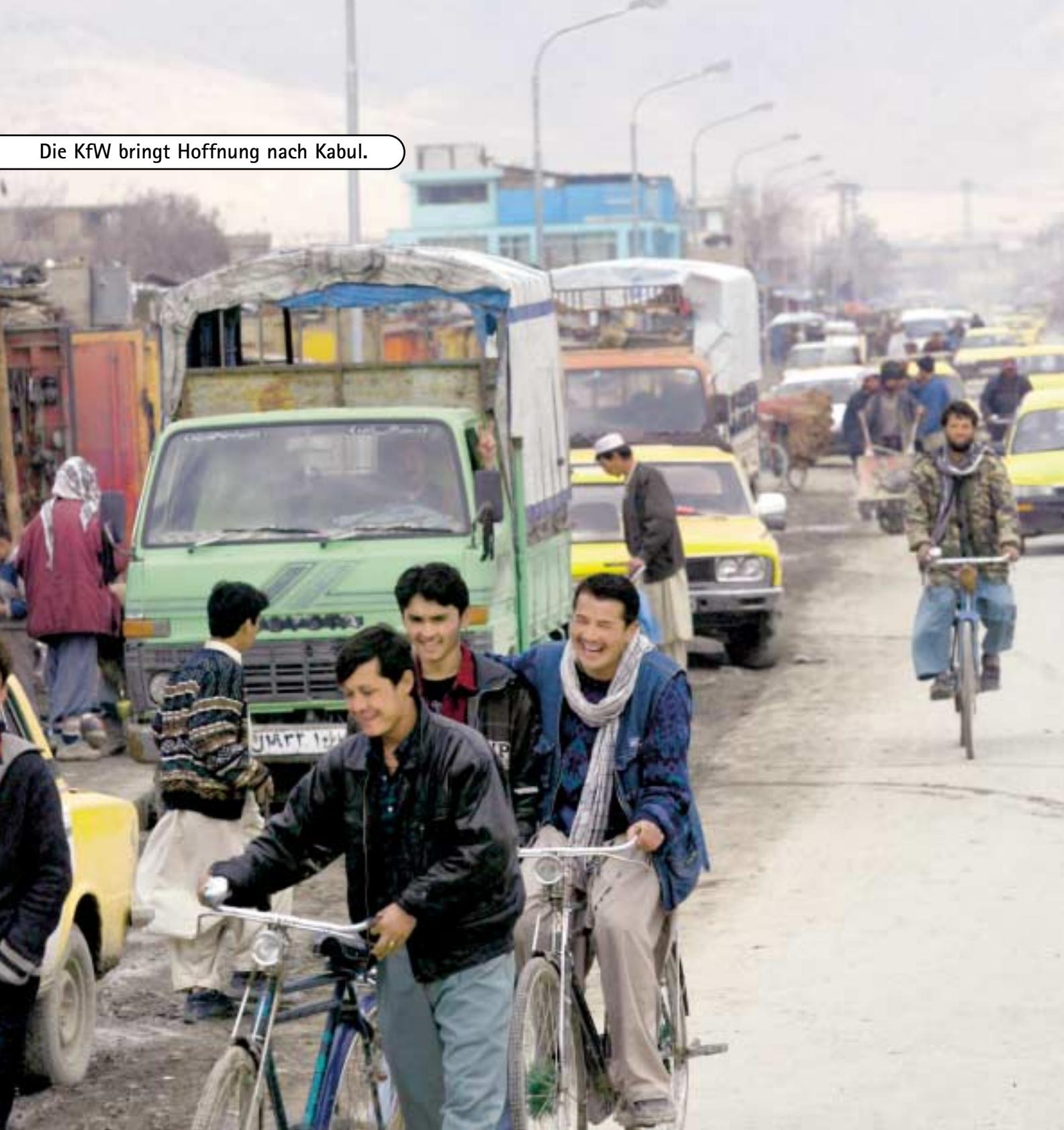
Zweite Anleihe erfolgreich.

KfW International Finance Inc. hat eine 3-Mrd-USD-Anleihe begeben. Sie ist die zweite Anleihe ihres im Januar 2002 neu aufgelegten USD-Programms.

Weltgesundheitstag.

KfW fördert weltweit die Vorbeugung gegen Aids und Tuberkulose sowie die medizinische Grundversorgung.

Die KfW bringt Hoffnung nach Kabul.



23 Jahre Krieg und Bürgerkrieg haben die Hauptstadt Afghanistans gezeichnet. Kabul ist eine Ruinenstadt. Die Infrastruktur ist zerstört. Die Straßen sind staubige Pisten. Nach dem Sturz des Taliban-Regimes beginnt der Wiederaufbau. Im Januar 2002 nahm die KfW in Kabul die Arbeit auf. Seitdem ist viel geschehen. Die ersten Schulen sind errichtet worden. Sie bedeuten für viele Mädchen und Jungen einen wichtigen Schritt

DIE KFW IM MAI 2002.

Erste Erfolge sichtbar.

Seit Januar 2002 engagiert sich KfW beim Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Hauptstadt Afghanistans.

Zusammenarbeit intensiviert.

KfW stellt erstmals Länderförderinstituten unverbilligte Mittel für Förderaktivitäten außerhalb von KfW-Programmen zur Verfügung.

Dezentralisierung in Peru fördern.

KfW unterstützt die peruanische Regierung bei der Umsetzung ihrer Dezentralisierungsstrategie. Weitere Schwerpunkte der FZ sind Wasserversorgung und Ressourcenschutz.



zurück in die Normalität. Wichtige Straßen wurden erneuert und Straßenlaternen installiert, um die Straßen für die Bewohner nach Einbruch der Nacht sicherer zu machen. Die Wasserversorgung wird repariert, Kliniken werden wieder aufgebaut und die Stromversorgung wird wieder instand gesetzt. Sobald die Sicherheitslage es zulässt, wird das Aufbauprogramm auf weitere Städte Afghanistans ausgedehnt.

Neue Wege der Energieversorgung.

KfW fördert in Südafrika die Nutzung erneuerbarer Energien für die Elektrifizierung entlegener Regionen. Davon profitieren rund 27.000 Haushalte.

Anbindung an den Tourismus.

In Kroatien finanziert KfW den Bau einer Autobahn von Zagreb nach Split. Die für den Tourismus wichtige Strecke unterstützt die ökonomische Entwicklung des Landes.

Neues Netz für Slowenien.

KfW beteiligt sich an der Finanzierung des dritten Mobilfunknetzes in Slowenien.

Die KfW entsorgt vergrabenen Schatz.

Der Staat der DDR hat sich aufgelöst. Sein Geld ist sehr viel hartnäckiger. Mit der Währungsunion verschwand es aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Doch im Dunkeln existierte es weiter: in zwei Sandsteinstollen der Untertageanlage Halberstadt. Hinter zwei Meter dicken Betonwänden und vermischt mit Sand lagerten rund 3.000 Tonnen DDR-Mark, um zu verrotten. Doch entgegen allen Erwartungen zersetzen sich die Geld-

DIE KFW IM JUNI 2002.

Historischer Schlusspunkt. KfW schließt die endgültige Entsorgung des in der Untertageanlage Halberstadt eingelagerten DDR-Geldes ab.	Hilfe für afghanische Frauen. KfW-Mitarbeiter und Vorstand spenden 17.000 EUR an Terre des Femmes. Mit dem Geld werden drei Ausbildungsprojekte für Frauen in Afghanistan mitfinanziert.	KfW unterstützt Kommunen. Auf einer Konferenz mit Vertretern der Kommunen zeigt KfW neue Wege für die Finanzierung kommunaler Investitionen auf.
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

scheine nicht. Ende März 2002 begann die KfW als Rechtsnachfolgerin der DDR-Staatsbank mit der endgültigen Entsorgung. Insgesamt 298 Container mit DDR-Papiergegenwart rollen bis Juni 2002 zur Müllverbrennungsanlage BKB-Buschhaus. Dann ist auch der letzte Geldschein endlich verbrannt. Mit der letzten Ost-Mark löst sich auch das Gerücht vom vergrabenen Schatz in Halberstadt in Luft auf.

Rumänische Wirtschaft gestärkt.

Im Rahmen der Vorbereitung Rumäniens auf den Beitritt zur EU schließen KfW und Banca Romaneasca einen Vertrag zur Förderung des rumänischen Mittelstands ab.

Afrikapreis 2002 verliehen.

In der KfW-Niederlassung Berlin erhält Olara A. Otunnu, UN-Beauftragter für Kinder in Kriegssituationen, die Auszeichnung der Deutschen Afrika Stiftung.

Fähren für Dänemark.

KfW finanziert fünf Ro/Ro-Fähren der Flensburger Schiffbaugesellschaft (FSG) für die dänische Reederei DFDS/Tor Line.

Mit der KfW sind Bauherren schlauer.



„Wir bauen.“ Das ist leichter gesagt als getan. Bis zum ersten Spatenstich müssen sehr viele Fragen beantwortet werden. Die wichtigste ist die nach der Finanzierung. Mit dem neuen Online-Service „Bauen, Wohnen, Energie sparen“ der KfW finden künftige Bauherren schnell die richtige Antwort. Unter www.kfw.de bietet die Bank umfangreiche Informationen zu allen Fragen rund um die Finanzierung. Im Mittelpunkt stehen die

DIE KFW IM JULI 2002.

Mehr Service für Bauherren.

Neuer KfW-Online-Service „Bauen, Wohnen, Energie sparen“ beantwortet Fragen zur Finanzierung von Wohneigentum.

Zusagen deutlich gesteigert.

In der inländischen Investitionsförderung hat KfW im ersten Halbjahr rund 11 Mrd EUR zugesagt. Das sind 20% mehr als im Vorjahreszeitraum.

Erfolgreiche Umweltförderung.

100.000 Dächer-Solarstrom-Programm der KfW überschreitet 150-Megawatt-Schwelle. Das ist Strom für 40.000 Haushalte.



zinsgünstigen KfW-Förderprogramme. Der interaktive Förderberater hilft bei der Auswahl des passenden Förderprogramms. Ausführliche Förderbeispiele erleichtern die Entscheidung. Auch zum Thema umweltgerechtes Bauen und Modernisieren gibt es jede Menge Tipps. Abgerundet wird das Angebot durch Adressen für die persönliche Beratung, einen Newsletter und den bewährten KfW-Tilgungsrechner.

Das 1.000. KfW-Energiesparhaus.

Als Wegbereiter in der Förderung Energie sparender Häuser erteilt KfW die 1.000. Kreditzusage für ein Energiesparhaus.

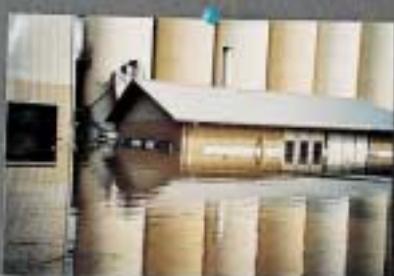
Globaldarlehen für die Commerzbank.

Commerzbank vereinbart mit KfW ein Globaldarlehen, um den Mittelstand besser als bisher mit maßgeschneiderten Krediten versorgen zu können.

Weltbevölkerungstag.

Überbevölkerung ist eines der großen Probleme dieser Welt. KfW fördert Projekte zur Familienplanung in den Entwicklungsländern.

Die KfW ist keine Schönwetterbank.



Erst kam der Regen, dann die Flut. Binnen Stunden wurde Sachsen zum Katastrophengebiet. Das Jahrhunderthochwasser verwüstete Städte und Dörfer, brachte tausende von Menschen um ihr Hab und Gut und vernichtete so die Arbeit eines ganzen Jahrzehnts. Nachdem die Wassermassen fort sind, beginnt zum zweiten Mal der „Aufbau Ost“. Die KfW reagiert sofort. Unmittelbar nach der Flutkatastrophe stellt sie für die Betroffenen

DIE KFW IM AUGUST 2002.

Schnelle Hilfe nach der Flut.

Nach der Flutkatastrophe legt KfW für die betroffenen Menschen, Unternehmen und Kommunen Sonderkreditprogramme auf.

Energieversorgung mit Zukunft.

KfW vergibt 1.000. Zusage im Programm zur Förderung erneuerbarer Energien. Es dient der Markteinführung von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger.

400.000 Träume realisiert.

Das KfW-Wohneigentumsprogramm hat seit Ende 1996 400.000 Bauherren den Bau oder den Erwerb selbst genutzter Häuser und Wohnungen ermöglicht.



Kredite zu Sonderkonditionen bereit. Durch die KfW-Sonderprogramme Hochwasser können zum Beispiel Unternehmen wie die Malzfabrik Sachsenmalz in Heidenau die Schäden der Flut beseitigen und schnell wieder ihre Produktion aufnehmen. Mit einer direkten Spende engagiert sich die KfW auch für den Wiederaufbau der Stadt Grimma.

Umweltgerechte Entwicklung.

KfW setzt die Ziele des UN-Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg in der Finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern praktisch um.

Schuldenerlass für Bolivien.

Deutschland erlässt Bolivien Schulden aus Projekten der Finanziellen Zusammenarbeit. Die frei werdenden Mittel werden für Projekte zur Armutsbekämpfung verwendet.

Energieversorgung sicherstellen.

KfW finanziert Instandsetzung der FernwärmeverSORGUNG in den drei größten Städten Serbiens und der Stromversorgung im Kosovo.

Die KfW setzt Container in Bewegung.



Kein Mensch ist auf dem riesigen Areal zu sehen. Wie von Geisterhand werden die zahllosen Container von den Schiffen gelöscht, zwischengelagert und auf Straße oder Schiene weiterverladen. Fast alles geschieht per Computer. Nach zweijähriger Bauzeit ist die erste Baustufe des Containerterminals Altenwerder im Hamburger Hafen abgeschlossen. 900 Meter Kaianlage sind fertig gestellt. Sieben semiautomatische Containerbrücken

DIE KFW IM SEPTEMBER 2002.

Erste Baustufe abgeschlossen.

Nach zweijähriger Bauzeit nimmt der von KfW mitfinanzierte Containerterminal Altenwerder seine Arbeit auf.

Umsetzung der Millenniumsziele.

Unterzeichnung der Millenniumsdeklaration jährt sich zum zweiten Mal. KfW unterstützt die Bundesregierung bei ihrem Aktionsprogramm zum Abbau von Armut und Hunger.

www.kfw.de im neuen Look.

Der KfW-Internet-Auftritt präsentiert sich in neuem Design. Er bietet größere Aktualität, schnelleren Zugang zu den KfW-Geschäftsfeldern und interaktive Elemente.



unterstützt von 22 vollautomatischen Portalkränen und 35 fahrerlosen Containertransportern, schlagen jährlich 1,1 Mio TEU um. Der Endausbau des Containerterminals ist bereits im vollen Gang. Wenn er beendet ist, wird die Kaianlage vier Liegeplätze umfassen und eine Gesamtlänge von 1,4 Kilometern haben. 13 computergesteuerte Containerbrücken werden dann einen Jahresumschlag von fast 2 Mio TEU ermöglichen.

Hilfe für Hochwasseropfer.

KfW bietet vom Hochwasser betroffenen Klienten umfassende Stundungsleistungen für Zinsen und Tilgung an.

Klimaschutzfonds vorgestellt.

Mit dem geplanten Klimaschutzfonds unterstützt KfW die Umsetzung des Kyoto-Protokolles. Der Emissionshandel leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

KfW-Präsenz in Ankara ausgebaut.

Die Türkei ist ein Schwerpunktland deutscher Entwicklungszusammenarbeit. KfW unterstützt umweltgerechte Kommunalentwicklung und Einkommen schaffende Maßnahmen.

Die KfW gibt Kapital für Arbeit.



Josef Nieora war über ein Jahr ohne Arbeit. Er ist der erste Arbeitslose der vom KfW-Förderprogramm „Kapital für Arbeit“ profitiert. Frank Rudow, sein neuer Chef und Vorstand der RS Drehtechnik AG im badischen Mönchweiler, stellte bereits zwei Wochen nachdem das neue Programm vorgestellt war, einen Antrag auf einen Förderkredit. Bereits vier Tage später wurde er von der KfW bewilligt. Das Programm ist

DIE KFW IM OKTOBER 2002.

Abbau der Arbeitslosigkeit.

Das neue KfW-Förderprogramm „Kapital für Arbeit“ erleichtert mittelständischen Unternehmen die Einstellung von Arbeitslosen.

Musik für Brasiliens Barock.

KfW sponsert das Projekt „Barroco na Bahia“ zur Erhaltung barocker Gebäude in der Altstadt Salvadoras (Bahia).

1.800 Passivhäuser gefördert.

KfW erteilt die 1.800. Zusage für ein Passivhaus. Seit 1999 fördert KfW diesen Haustyp und ebnet damit den Weg für innovatives und ökologisches Bauen.



in der deutschen Förderlandschaft das erste mit risikodifferenzierten Konditionen. So erhalten auch Unternehmen Kredite, die bislang bei der Unternehmensfinanzierung Schwierigkeiten hatten. Trotzdem müssen sie nicht mehr für den Kredit bezahlen, als es ihrer individuellen Bonität entspricht.

Zehn Jahre TRANSFORM-Programm.

Als Mandatar des Bundes unterstützt die KfW die Reformländer Mittel- und Osteuropas beim Transformationsprozess.

Entwicklungsländerpreis verliehen.

KfW und Justus-Liebig-Universität Gießen prämierten wissenschaftliche Arbeiten zur Rolle von Minderheiten im Entwicklungsprozess.

Umweltbewusster Tanker.

Der von KfW mitfinanzierte Mehrzwecktanker „Wappen von Hamburg“ wird abgeliefert. Er erfüllt höchste Anforderungen an den Umweltschutz.

Die KfW wird ihrem Anspruch gerecht.



Als Förderbank ist die KfW dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Sie unterstützt zukunftsweisende Projekte, die Ressourcen schonen, die Energieeffizienz steigern und die Umwelt schützen. Es versteht sich von selbst, dass die KfW mit ihrem neuen Frankfurter Bürogebäude, der Ostarkade, neue Maßstäbe für umweltbewusstes Bauen setzt. Innovative Lösungen reduzieren den sonst üblichen Primärenergiebedarf um 70%.

DIE KFW IM NOVEMBER 2002.

Ostarkade setzt neue Maßstäbe.

KfW bezieht ihr neues Frankfurter Bürogebäude. Beim Bau der Ostarkade wurden neu-este ökologische und Energie sparende Tech-nologien eingesetzt.

Romantisches Engagement.

KfW sponsert in Frankfurt die Restaurierung des Petrihauses und die Einrichtung eines Brentano-Museums, das über das Zeitalter der Romantik informiert.

Solarstromboom in Deutschland.

KfW hat Kredite in Höhe von 1 Mrd EUR im 100.000 Dächer-Solarstrom-Programm vergeben. Deutschland ist führend bei der Förderung von Solarstromanlagen.



Der Wasserverbrauch wurde um über 80 % gesenkt. Kernstück des Gesamtkonzepts ist die Auftriebslüftung über das Atrium. An Stelle einer Klimaanlage wird die natürliche Auftriebskraft warmer Luft genutzt. So kann Frischluft jederzeit durch das Gebäude strömen. Auch die Gestaltung der Arbeitsplätze erfüllt alle modernen Anforderungen an Transparenz, Kommunikation und Flexibilität.

Innovative Transaktion. DG HYP, DZ BANK und KfW bringen im Rahmen des PROVIDE-Programms erste Multi-Seller-Transaktion zur Verbriefung von privaten Wohnungsbaudarlehen an den Markt.	Commerzbank mit mehr Spielraum. Commerzbank und KfW schlossen im Rahmen des PROVIDE-Programms die erste gemeinsame Verbriefung von Risiken aus Mittelstandskrediten ab.	Finanzlandschaft mitgestalten. Auf dem Symposium zur Finanzsektorentwicklung in Südosteuropa in Berlin stellt KfW neue Ansätze für die Finanzsektorförderung in dieser Region vor.
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Die KfW geht mit der DtA zusammen.



So schnell können KfW und DtA gemeinsam handeln. Gleich nachdem der Zusammenschluss der beiden Förderbanken im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung angekündigt worden war, wurde der Fahrplan für die Zusammenlegung festgelegt und der Fusionsprozess mit voller Kraft in Gang gesetzt. Die DtA wird Teil der KfW-Bankengruppe. Durch das Zusammengehen der beiden Banken wird die Förderung für mittel-

DIE KFW IM DEZEMBER 2002.

Mittelstandsbank entsteht.

KfW und DtA bündeln ihre Mittelstandsförderung in der neuen Mittelstandsbank.

Zwei Jahre Berliner Salon.

Der Berliner Salon ist eine feste Größe der Berliner Kulturszene. Er bietet Personen des öffentlichen Lebens ein Podium für kontroverse Diskussionen.

Ausgezeichnete Energieprojekte.

KfW und Eurosolar verleihen den Europäischen Solarpreis 2002. Ausgezeichnet werden zukunftsweisende internationale Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien.



ständische Firmen und Unternehmensgründer noch transparenter, effektiver und effizienter. Um die Mittelstandsförderung in Deutschland nachhaltig zu stärken, bündeln die beiden Institute ihre Förderkreditprogramme in der neuen Plattform „Die Mittelstandsbank“. In Zukunft ist dieser neue Förderbereich in der KfW-Bankengruppe für alle Fragen rund um die Gründer- und Mittelstandsförderung zuständig.

Erfolgreicher Generationenwechsel.

KfW fördert Unternehmensnachfolgen. Die Mittel stehen für den Kauf von Unternehmen und den Erwerb von Beteiligungen zur Verfügung.

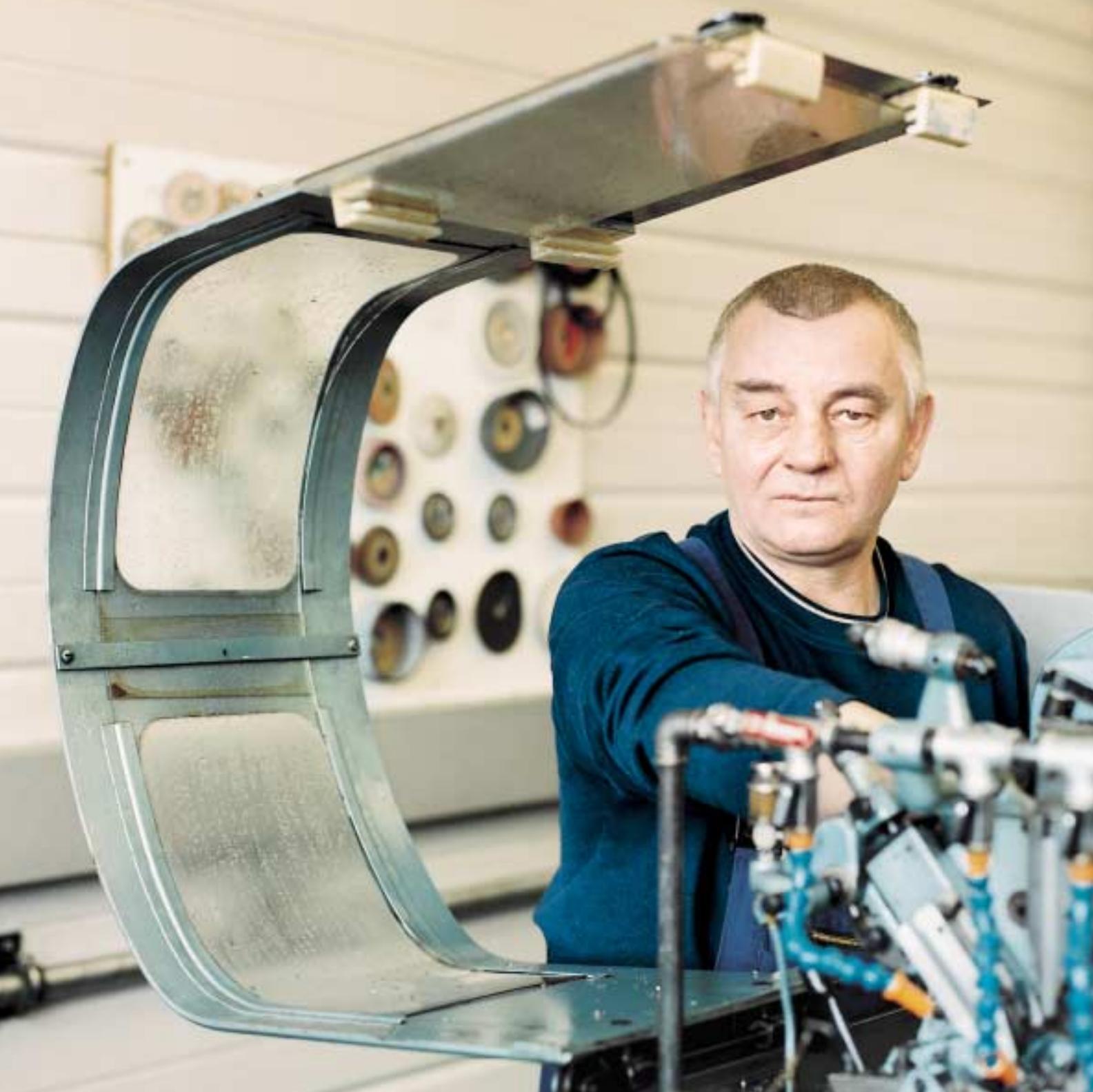
Schuldenerlass für Indonesien.

KfW und Indonesien vereinbaren Schuldenumwandlung. 50 % der erlassenen Schulden werden u.a. in Projekte zur Armutsminderung und zum Ressourcenschutz investiert.

Methanol-Produktion reduziert CO₂.

KfW fördert in Trinidad den Bau der weltweit größten Methanol-Produktionsanlage. Sie verarbeitet CO₂, das bei anderen Chemieprozessen freigesetzt wird.

INVESTITIONSFINANZIERUNG.



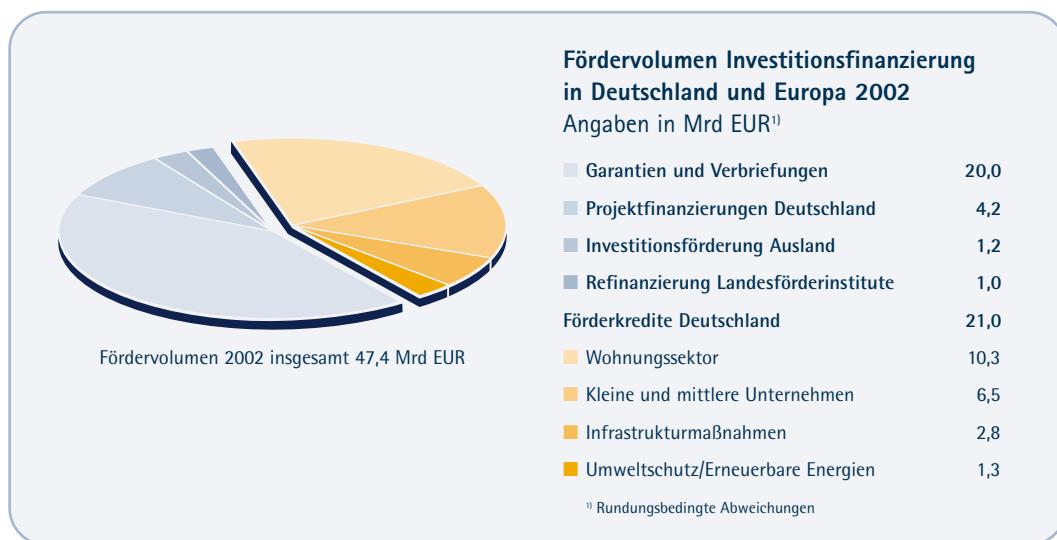
DIE KFW HAT IHR FÖRDERVEROLUMEN MEHR ALS VERDOPPELT.

KFW-INVESTITIONSFÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA.

Das Fördervolumen für die deutsche und europäische Wirtschaft belief sich im Jahr 2002 auf 47,4 Mrd EUR und lag damit um rd. 56 % über dem Vorjahresniveau. Den größten Anteil am Fördervolumen hatten wie in den Vorjahren die Investitionskredite (einschließlich Avale) mit Zusagen in Höhe von 27,4 Mrd EUR. Verbriefungen und inländische Garantien erreichten mit über 20 Mrd EUR ein annähernd vergleichbar hohes Volumen. Mit fast einer Vervierfachung des Volumens wiesen sie auch die größte Wachstumsrate unter den Förderinstrumenten auf. Investitionskredite ins europäische Ausland trugen

zusätzliche 1,2 Mrd EUR zum Gesamtumfang der Förderung bei.

31 % der Kredite zur Förderung von Investitionen in Deutschland entfielen auf den Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen. Der wohnwirtschaftliche Bereich verzeichnete rd. die Hälfte der Zusagen. Der Anteil der Programme im Bereich Infrastrukturförderung blieb mit 13 % nahezu konstant. Die Zusagen im Bereich Umweltschutz/erneuerbare Energien wiesen einen leicht rückläufigen Anteil von über 6 % auf.



Investitionsfinanzierung.

Förderung der deutschen und europäischen Wirtschaft¹⁾

Zusagen in Mio EUR

Programme	2001	2002	Finanziert werden
I. Investitionsförderung Deutschland	28.678,5	46.202,9	
1. Förderkredite Deutschland	19.387,9	20.979,5	
a) Kleine und mittlere Unternehmen	6.629,4	6.481,8	
■ KfW-Mittelstandsprogramm	5.108,64	4.048,7	Mittelstandsfinanzierung im Inland
■ KfW-Programm Kapital für Arbeit	–	21,8	Unterstützung des Abbaus von Arbeitslosigkeit
■ KfW-Akquisitionsfinanzierung	106,3	180,6	Finanzierungen von Unternehmensübernahmen (Testphase)
■ KfW-Sonderprogramm Hochwasser	–	8,9	Aufwendungen zur Beseitigung von Schäden, die durch das Augusthochwasser 2002 entstanden sind
■ KfW-Beteiligungsfonds (Ost)	24,0	3,3	Beteiligungen an Unternehmen in den neuen Bundesländern
■ KfW-Risikokapitalprogramm (Beteiligungsfondsfinanzierung)	162,7	90,6	Beteiligungen an Unternehmen durch KfW-finanzierte Venture-Capital-Fonds
■ KfW-Private-Equity-Programm	–	2,0	Finanzierungen von Unternehmensübernahmen (Testphase)
■ KfW/BMWA-Technologie-Beteiligungsprogramm	74,7	39,0	Beteiligungen an kleinen Technologieunternehmen
■ Globaldarlehen gewerbliche Wirtschaft	–	1.300,0	Globaldarlehen an Geschäftsbanken zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen
■ ERP-Regionalförderprogramm	528,3	325,3	Investitionen in den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
■ ERP-Innovationsprogramm	448,6	262,1	Marktnahe Forschung und Entwicklung sowie Markteinführung von Innovationen
■ ERP-Beteiligungsprogramm	122,5	133,7	Unternehmensbeteiligungen privater Kapitalbeteiligungsgesellschaften
■ ERP-Darlehen Bürgschaftsbanken	53,6	65,8	Ausstattung von Bürgschaftsbanken
b) Umweltschutz/erneuerbare Energien	1.355,1	1.318,3	
■ KfW-Umweltprogramm	802,7	835,6	gewerbliche Umwelt- und Klimaschutzvorhaben
■ KfW-100.000 Dächer-Solarstrom-Programm	424,6	396,0	Photovoltaik-Anlagen
■ KfW-Sonderprogramm Photovoltaik	4,1	–	Photovoltaik-Anlagen
■ KfW-Programm zur Förderung erneuerbarer Energien	123,7	86,7	Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien
c) Wohnungswirtschaft	8.431,5	10.346,2	
■ KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm I	12,9	5,3	Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum in den neuen Bundesländern
■ KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm II	737,1	1.072,1	Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum in den neuen Bundesländern
■ KfW-Programm zur Förderung des Wohneigentums	6.271,4	6.378,8	Bau und Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum
■ KfW-Sonderprogramm Hochwasser	–	15,0	Aufwendungen für die Beseitigung der Hochwasser-Schäden an der Gebäudesubstanz

¹⁾ Differenzen in den Summen durch Rundungen

Fortsetzung

Programme	2001	2002	Finanziert werden
■ KfW-Programm zur CO ₂ -Minderung	880,3	711,0	Investitionen zur CO ₂ -Minderung und Energieeinsparung in Wohngebäuden
■ KfW-CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	529,7	754,3	Maßnahmenpakete zur CO ₂ -Einsparung in Wohngebäuden des Altbaubestandes
■ Globaldarlehen Wohnungswirtschaft	–	1.409,8	Globaldarlehen an Geschäftsbanken zur Finanzierung von Wohneigentum
d) Kommunale Infrastruktur	2.796,5	2.797,7	
■ KfW-Infrastrukturprogramm	2.792,7	2.795,7	Kommunale Infrastrukturmaßnahmen
■ Abwasserentsorgung Sachsen-Anhalt	3,8	2,0	Abwasserprojekte in Sachsen-Anhalt
e) Sonstige Strukturmaßnahmen	175,4	35,5	
■ KfW-Umschuldungsprogramm	0,3	0,0	fällige Altforderungen aus dem Staatshaushalt der ehemaligen DDR
■ Sonderkredite	175,0	35,4	Investitionen
■ KfW-Sonderprogramm Quedlinburger Altstadt	0,1	–	Sanierung von Gebäuden der Quedlinburger Altstadt
Förderkredite Deutschland gesamt	19.387,9	20.979,5	
Davon:			
■ KfW-Programme	18.234,9	20.192,6	
■ ERP-Programme	1.153,0	786,9	
<i>Nachrichtlich: Förderung in den neuen Bundesländern insgesamt</i>	<i>3.478,1</i>	<i>3.468,3</i>	
2. Garantien und Verbriefungen	5.158,4	20.047,1	
■ KfW-Risikokapitalprogramm (Garantien)	8,4	3,9	Absicherung von Beteiligungen privater Kapitalbeteiligungsgesellschaften
■ Verbriefungen	5.150,0	20.043,3	
– Promise	2.650,0	7.775,6	Verbriefung von gewerblichen Förderkrediten
– Provide	2.500,0	12.267,7	Verbriefung von wohnwirtschaftlichen Förderkrediten
3. Projektfinanzierungen im Inland	4.132,2	4.226,3	u. a. Energie- und Verkehrsprojekte
■ Davon Avale	589,5	422,6	u. a. Vorhaben im Verkehrssektor
4. Refinanzierung Landesförderinstitute	–	950,0	Globaldarlehen zur Refinanzierung der Landesförderinstitute
II. Investitionsförderung Ausland	1.764,2	1.155,2	
■ KfW-Mittelstandsprogramm (Ausland)	156,1	60,0	Mittelstandsfinanzierungen im Ausland
■ KfW-Umweltprogramm (Ausland)	127,5	35,0	gewerbliche Umwelt- und Klimaschutzvorhaben im Ausland
■ Globaldarlehen (Europa)	1.480,6	1.060,2	Globaldarlehen an Förder- und Geschäftsbanken in Europa
Investitionsfinanzierung Deutschland und Europa gesamt	30.442,7	47.358,1	

EIGENKAPITALLÜCKE UND NEUE FÖRDERANSÄTZE.

Im Durchschnitt haben kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland eine geringere Eigenkapitalquote als vergleichbare Unternehmen in anderen europäischen Ländern. In der Vergangenheit spielte dies keine große Rolle. Aufgrund der hierzulande vorherrschenden Rahmenbedingungen – Hausbankenprinzip, Steuersystem, Rechnungslegungsvorschriften u.a. – war die niedrige Eigenkapitalausstattung für viele Firmen bisher ausreichend. Probleme gab es nur in einzelnen Segmenten. Dazu gehörten insbesondere Existenzgründungen und junge, technologieorientierte Unternehmen in Zukunftsbranchen sowie innovative, schnell wachsende Unternehmen.

Der Wandel auf den Finanzmärkten verstärkt nun den Druck auf mittelständische Unternehmen, ihre Eigenkapitalposition zu verbessern.

Die Erhöhung der Eigenkapitalquote erfolgte in der Vergangenheit fast ausschließlich über die Thesaurierung von Gewinnen. Das wird auch in Zukunft der wichtigste Weg bleiben. Die Thesaurierung ist allerdings ein langwieriger Prozess und bei der derzeitigen Konjunkturlage für viele Unternehmen schwierig.

Die KfW wird daher den Mittelstand noch stärker bei der Verbesserung der Eigenkapitalposition unterstützen. Zum Beispiel mit dem neuen Programm „Kapital für Arbeit“, das am 1. November 2002 startete. Das Programm gibt wachstumsstarken Unternehmen einen Anreiz, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslose einzustellen. Pro eingestellten ehemaligen Arbeitslosen bzw. von Arbeitslosigkeit Bedrohten kann ein Unternehmen bis zu 100.000 EUR mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren erhalten. Die Mittel werden in zwei gleich großen Tranchen vergeben: einer Fremdkapitaltranche und einer Nachrangtranche. Die Nachrangtranche ist be-

sonders attraktiv, denn damit erhält das arbeitsplatzschaffende Unternehmen eigenkapitalnahe Mittel. Dadurch wird dessen Finanzierungsstruktur nachhaltig verbessert und gleichzeitig sein Spielraum für weitere Fremdfinanzierungen vergrößert. Beides zusammen erleichtert Investitionen, regt Wachstum an und schafft weitere Arbeitsplätze.

Daneben verfolgt die KfW Programmansätze, mit denen der private Beteiligungskapitalmarkt stärker für den breiten Mittelstand erschlossen werden kann. Bisher beschränkt sich dieser Markt sehr stark auf Gründer und junge, innovative Unternehmen in Wachstumsbranchen sowie größere Buy-out-Transaktionen. Damit bleibt die Masse der deutschen Mittelständler effektiv vom Beteiligungsmarkt ausgeschlossen. Die KfW erprobt derzeit in Pilotprojekten den Einsatz kostengünstiger Instrumente und Produkte, die auf den spezifischen Bedarf des breiten Mittelstands zugeschnitten sind. Ziel ist, ein neues, sich selbst tragendes Marktsegment zu etablieren. Im Falle des Erfolgs sollen die Ansätze zu einem Breitenprogramm für die Eigenkapitalstärkung von Mittelständlern weiterentwickelt werden.

Auch bei der Finanzierung von Unternehmensübernahmen im Mittelstand ist die KfW aktiv. Neben dem „klassischen“ KfW-Mittelstandsprogramm steht hierfür die KfW-Akquisitionsfinanzierung zur Verfügung. Zusätzlich hat die KfW mit dem Private-Equity-Programm ein neues Eigenkapitalinstrument geschaffen. Es befindet sich in der Pilotphase. Insgesamt lassen sich so individuelle Finanzierungskonzepte für Nachfolgeregelungen im Wege von MBO/MBI-Transaktionen, Spin offs von Großunternehmen oder Zusammenschlüssen von Mittelständlern realisieren.

MITTELSTANDSFÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND.

MITTELSTAND DURCH KONSTANTES FÖRDERVOLUMEN GESTÄRKT.

Trotz der schwierigen konjunkturellen Situation mit stark rückläufigen Investitionen ist das Zuse- gevolumen im Bereich der Mittelstandsförderung mit rd. 6,5 Mrd EUR fast konstant geblieben. Darin ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Mittelstands zu sehen.

Die KfW-Förderung hat auch im vergangenen Jahr wieder deutlich zur Stärkung des Arbeits- marktes beigetragen. Durch Förderkredite für kleine und mittlere Unternehmen (ohne Global- darlehen) wurden im vergangenen Jahr Inves- titionen von über 10,1 Mrd EUR angestoßen. Damit konnten rd. 390.000 Arbeitsplätze wett- bewerbsfähiger und krisenfester gemacht so- wie knapp 32.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Weitere 680.000 Arbeitsplätze wurden durch Nachfrageeffekte der Förderung der ge-

werblichen Wirtschaft, des Wohnungssektors und der kommunalen Infrastruktur – vor allem im Baugewerbe – gesichert.

In den Programmen zur Förderung des Mittel- standes wurden rd. 25.000 Kredite vergeben. Darunter waren bemerkenswert viele so genannte „Mikrodarlehen“. Das heißt, ca. 31 % aller Kredit- zusagen an kleine und mittlere Unternehmen waren kleiner als 50.000 EUR. Über 13 % der Kredite hatten sogar ein Volumen, das kleiner als 25.000 EUR war. Hiervon profitierten insbesondere kleinere Unternehmen, die weniger als zehn Mitarbeiter hatten. Da diese Unternehmen häufig überproportional viele Arbeitsplätze schaffen und besonders innovativ sind, wirkt sich dies positiv auf den Strukturwandel aus.

Programme für kleine und mittlere Unternehmen 2002¹¹⁾

Programme	Kreditzusagen		Geförderter Investitionsbetrag Mio EUR	Anzahl der in den geförderten Unternehmen	
	Anzahl	Mio EUR		bestehenden Arbeitsplätze	zusätzlich entstehen- den Arbeitsplätze
ERP-Regionalförderprogramm	1.975	325,3	779	34.600	2.550
ERP-Innovationsprogramm	181	262,1	326	38.700	550
KfW-Mittelstandsprogramm	21.942	4.048,8	7.522	290.100	25.850
Übrige Programme für kleine und mittlere Unternehmen	938	545,7	1.497	28.200	2.800
Alle Programme für kleine und mittlere Unternehmen	25.036	5.181,9	10.124	391.600	31.750

¹¹⁾ Ohne Auslandsinvestitionen und Globaldarlehen. Bei Vorhaben, die aus mehreren Programmen gefördert wurden, sind Investitionen und Arbeitsplätze nur ein Mal erfasst.

KFW-MITTELSTANDSPROGRAMM WICHTIGES ELEMENT DER MITTELSTANDSFÖRDERUNG.

Das KfW-Mittelstandsprogramm konnte mit einem Zusagevolumen von 4 Mrd EUR das Vorjahresniveau nicht erreichen. Angesichts der stark nachlassenden Investitionsbereitschaft der Unter-

nehmen ist das realisierte Volumen aber ein guter Erfolg und ein Zeichen für die große Bedeutung des Mittelstandsprogramms.

FLEXIBLERE KREDITAUSGESTALTUNG DURCH GLOBALDARLEHEN.

Die Einführung von Globaldarlehen trägt dem Wunsch der Unternehmen und Kreditinstitute nach einer flexibleren Ausgestaltung der Förderung Rechnung, z.B. nach einer cashflowkongruenten Finanzierung. Globaldarlehen zur günstigen Refinanzierung von Mittelstandskrediten ergänzen somit die klassischen Förderprogramme. Sie werden von der KfW an Kreditinstitute vergeben, dort in maßgeschneiderte Einzelkredite umgewandelt und zu günstigen Einstandskondi-

tionen an die Kreditnehmer weitergegeben. Dies gibt den Unternehmen neue Finanzierungsmöglichkeiten und macht zugleich Mittelstandskredite für Kreditinstitute wieder interessanter.

An den Kreditzusagen der KfW an kleine und mittlere Unternehmen im Jahr 2002 in einer Gesamthöhe von 6,5 Mrd EUR hatte das neue Förderinstrument „Globaldarlehen“ einen Anteil von 1,3 Mrd EUR. Es trug somit maßgeblich zum positiven Ergebnis bei.

„KAPITAL FÜR ARBEIT“ ERFOLGREICH GESTARTET.

Das Programm „Kapital für Arbeit“ wurde am 1. November 2002 erfolgreich gestartet. Der Antragseingang nimmt kontinuierlich zu. Die Mittel des Programms werden kleinen und mittelständischen Unternehmen gewährt, die Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte dauerhaft einzstellen. Sie werden in zwei gleich großen Tranchen vergeben: einer Fremdkapitaltranche und einer eigenkapitalnahen Nachrangtranche, die die Finanzierungsstruktur des jeweiligen Unternehmens verbessert. Die Kondi-

tionengestaltung der Nachrangtranche stellt den innovativen Kern des Programms dar. Die Festlegung des Zinssatzes erfolgt hier auf Basis eines Unternehmensratings. Je besser die Bonität des Unternehmens, desto günstiger die Finanzierung. Noch wichtiger ist aber, dass durch die risikorechte Preisgestaltung und die Risikoübernahme durch die KfW auch Unternehmen mit einer weniger guten Bonität Zugang zu dringend notwendigen Mitteln bekommen, die sie sonst von ihren Hausbanken nicht erhalten würden.

ERP-PROGRAMME.

In den von der KfW betreuten ERP-Programmen wurden Kredite in Höhe von insgesamt 786,9 Mio EUR bereitgestellt. Das mit 325 Mio EUR volumenmäßig wichtigste Programm ist das ERP-Regionalförderprogramm. Es dient der Investi-

tionsförderung zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe (GA). Weitere ERP-Programme fördern Innovationen und die Risikokapitalfinanzierung von Unternehmen.

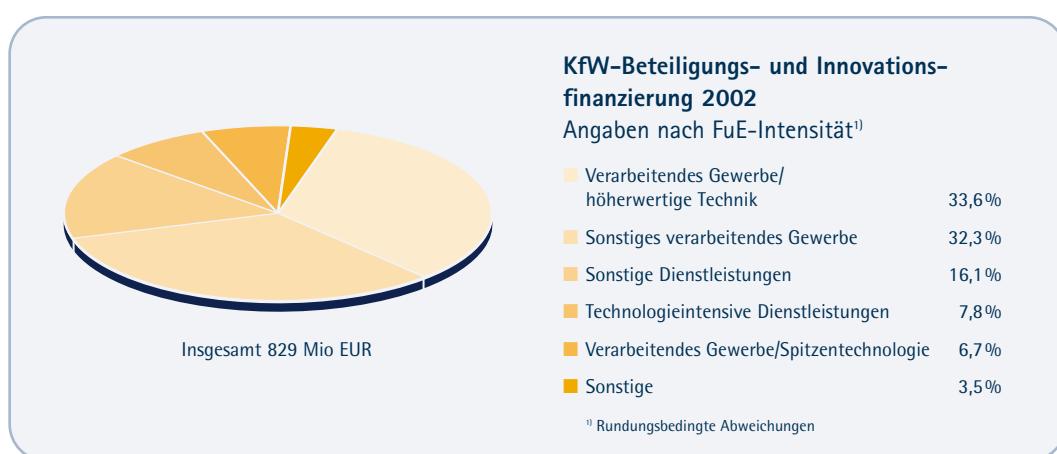
INNOVATIONS- UND BETEILIGUNGSFINANZIERUNG WEITER AUF KONSOLIDIERUNGSKURS.

Innovationen haben besonders positive Effekte auf die Volkswirtschaft. Sie sind Motor des strukturellen Wandels. Denn sie führen zu international wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen. Innovative Unternehmen legen den Grundstein für zukünftiges Wachstum und schaffen qualifizierte und zukunftssichere Arbeitsplätze.

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen verfügen über ein hohes Potenzial, um den technischen Fortschritt voranzubringen. Doch sie können dies nicht immer ausschöpfen, weil sie großenbedingte Nachteile bei der Finanzierung haben. Die Förderung der KfW gleicht diese Nachteile aus und ermöglicht somit mehr Innovationen.

Die Beteiligungsförderung ist ein besonderes Anliegen der KfW. Mit ihrer Hilfe können kleine und mittlere Unternehmen ihre Eigenkapitalquote erhöhen. Angesichts des Wandels auf den Finanzmärkten ist dies für viele kleine und mittlere Unternehmen notwendig. Die KfW trägt damit ihren Teil zur Schließung der Eigenkapitallücke in Deutschland bei (vgl. S. 44).

Der Beteiligungsmarkt stand 2002 weiter im Zeichen der Konsolidierung. Die Nachfrage nach Innovations- und Beteiligungsförderungen der KfW ging analog der Marktentwicklung zurück. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Zusagen auf 0,5 Mrd EUR. Dabei verteilten sich die Rückgänge weitgehend gleichmäßig über alle Innovations- und Beteiligungsprogramme.



INVESTITIONSFINANZIERUNG IN EUROPA.

ENGE ZUSAMMENARBEIT MIT DER EUROPÄISCHEN UNION.

Europäische Fördermittel sollten für den deutschen Mittelstand leichter zugänglich sein. Deshalb kooperiert die KfW eng mit der Europäischen Investitionsbank (EIB), dem Europäischen Investitionsfonds (EIF), der Council of Europe Development Bank (CEB) und der Europäischen Kommission. So wird die KfW zur Refinanzierung des KfW-Hochwasserprogramms z.B. zinsgünstige Darlehen der CEB nutzen.

Die KfW bindet weiterhin europäische Initiativen, wie z.B. „Wachstum und Umwelt“ oder „Wachstum und Beschäftigung“ in ihre Programme ein. So erreichen die europäischen Fördermaßnahmen den deutschen Investor auf effi-

zientem und bewährtem Weg. Gleichzeitig kann die KfW verbesserte Förderbedingungen und erweiterte Förderkataloge anbieten.

An Bedeutung gewinnt der innereuropäische Erfahrungsaustausch über so genannte „best practice“. Ein Beispiel hierfür ist die Nutzung der Strukturfondsmittel der EU-Kommission zur Regionalentwicklung. Zu diesem Zweck hat die KfW eine Arbeitsgruppe aus Vertretern deutscher Landesförderinstitute initiiert. Sie soll die Erfahrungen, die andere europäische Länder mit dem Einsatz innovativer Finanzinstrumente in der Strukturfondsförderung sammelten, auch für deutsche KMU nutzbar machen.

AUSBAU BESTEHENDER NETZWERKE.

Ein zentrales Anliegen der EU ist es, kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten zu erleichtern. Dazu bedienen sich die EU-Institutionen des Know-hows aus den Mitgliedstaaten. Als Ansprechpartner mit länderübergreifenden Erfahrungen hat sich das Network of European Financial Institutions for SMEs (NEFI) etabliert. Es wurde von der KfW 1999 gemeinsam mit Förderinstituten anderer Mitgliedstaaten der EU gegründet.

Einen Arbeitsschwerpunkt des Netzwerks bildete 2002 die Diskussion über die Folgen von

„Basel II“ für den Mittelstand. Darüber hinaus erstellte das Netzwerk Stellungnahmen zur European Charter for SMEs und zum geplanten Grünbuch für Unternehmertum sowie eine vergleichende Studie über Mikrokreditprogramme in einzelnen Mitgliedstaaten der EU. Im Frühjahr 2002 unterzeichneten die nunmehr acht Partnerinstitute aus sieben Ländern ein neues Kooperationsabkommen. Es hat das Ziel, die Zusammenarbeit weiter auszubauen und zu vertiefen.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG IN WESTEUROPA AUSGEBAUT.

Bereits seit dem Jahr 2000 ist die KfW in mehreren Ländern Westeuropas in der Mittelstandsfinanzierung tätig. Sie arbeitet dabei mit Förderbanken und auf Mittelstandsförderung spezialisierten Geschäftsbanken zusammen. Ihnen stellt sie Globaldarlehen zur Refinanzierung eigener Mittelstandsprogramme und -kredite bereit.

Seit Mitte 2002 können auch kleine kommunale Infrastrukturvorhaben und Wohnungsbauvorhaben über KfW-Globaldarlehen finanziert

werden. Neben Mittelständlern erhalten nun auch Privatpersonen und kommunale Investoren in Westeuropa attraktive Finanzierungsmittel zur Realisierung ihrer Projekte. Damit leistet die KfW einen Beitrag zum Ausbau der Infrastruktur sowie zur Harmonisierung der europäischen Standards im Wohnungsbau und im Umweltschutz.

Das Zusagevolumen für Globaldarlehen an westeuropäische Partnerbanken konnte im Jahr 2002 um 1 Mrd EUR auf 3,3 Mrd EUR ausgebaut werden.

Globaldarlehen an westeuropäische Partnerbanken

Kreditlinien in Mio EUR per 31.12.2002

Dänemark	334
Finnland	250
Frankreich	200
Großbritannien	410
Irland	150
Italien	700
Niederlande	150
Österreich	700
Portugal	300
Spanien	90
Gesamtsumme	3.284

Investitionsfinanzierung.

INVESTITIONSFINANZIERUNG MITTEL- UND OSTEUROPA.

Die KfW refinanziert inzwischen in 13 Ländern Mittel- und Osteuropas Förderprogramme lokaler Förderbanken und Geschäftsbanken mit einem Kreditvolumen von über 610 Mio EUR. Diese Kreditprogramme sind überwiegend auf die Unter-

stützung mittelständischer Unternehmen ausgerichtet. Sie decken aber auch den lokalen Finanzierungsbedarf für wohnwirtschaftliche Vorhaben, Infrastrukturprojekte und Umweltmaßnahmen.

Refinanzierung von Förderprogrammen von Förder- und Geschäftsbanken in MOE-Staaten
Kreditlinien in Mio EUR per 31.12.2002

Bosnien-Herzegowina	7,7	
Estland		45,5
Kroatien		
Lettland		43
Litauen		30,1
Mazedonien	15	
Polen		
Rumänien		30,6
Slowakei		65,6
Slowenien		45
Tschechien	15	
Ukraine	15,3	
Ungarn		76,2
Gesamtsumme		610,2

KMU-FINANZIERUNGSFAZILITÄT DER EU.

Das bereits Ende 2000 gemeinsam mit der Entwicklungsbank des Europarates (CEB) und der EU-Kommission begonnene Programm zur Förderung von KMU in den EU-Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas wurde auch 2002 erfolgreich fortgeführt. Im Frühjahr 2002 wurden hierfür weitere Mittel bereitgestellt. Im Rahmen dieses Programms werden Kredite der KfW und der CEB in Höhe von 263 Mio EUR mit Zuschüssen der EU-Kommission von insgesamt 51 Mio EUR unterstützt. Ziel des Programms ist die Stärkung der Kreditvergabe an mittelständische Unter-

nehmen durch lokale Banken. Diese erhalten für ihr Engagement in der Mittelstandsförderung neben technischer Unterstützung weitere EU-Zuschüsse. Sie können zur Abdeckung von erhöhten Kreditrisiken und höheren Bearbeitungsaufwendungen genutzt werden.

Bis Ende 2002 schloss die KfW Verträge mit Partnerbanken in allen zehn osteuropäischen EU-Beitrittsländern sowie der Türkei über ein Kreditvolumen von insgesamt 196 Mio EUR und ergänzende Zuschüsse aus dem EU-Haushalt über 33,2 Mio EUR ab.

FÖRDERUNG DES WOHN EIGENTUMS, DER CO₂-MINDERUNG IN WOHN GEBÄUDEN UND DER WOHN RAUM-MODERNISIERUNG.

FÖRDERVERVOLUMEN MEHR ALS VERDOPPELT.

Das Fördervolumen für den Wohnungssektor hat sich 2002 mit insgesamt 22,6 Mrd EUR gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Damit wurden der Erwerb von Wohneigentum, die Modernisierung des Wohnungsbestandes in den neuen Ländern und Maßnahmen zur Energieeinsparung im Wohngebäudebestand gefördert. Als Förderinstrumente dienten dabei Verbriefungen, Global- und Programm kredite.

Die Verbriefung wohnungswirtschaftlicher Kredite expandierte sehr stark. Mit dem hohen Verbriefungsvolumen trug die KfW zur Schaffung eines liquiden Sekundärmarktes für Risiken aus deutschen Wohnungsbaukrediten bei. Im KfW-Verbriefungsprogramm PROVIDE wurden allein im Jahr 2002 Wohnungsbaukredite in Höhe von insgesamt 12,3 Mrd EUR verbrieft – darunter 0,6 Mrd EUR im Rahmen der ersten Multi-Seller-Transaktion. Dabei werden die Risiken aus verschiedenen Portfolios wohnungswirtschaftlicher Darlehen gebündelt und in einer Transaktion institutionellen Investoren angebo-

ten. Die hierfür entwickelte Verbriefungsstruktur soll Prototyp für Folgetransaktionen sein. Durch diese können nun auch kleinere Durchleitungs banken die Verbriefungsplattformen der KfW nutzen. Denn gerade sie tragen oftmals regional stark konzentrierte Risiken, ohne über das für eine Verbriefung notwendige Kreditvolumen zu verfügen. Durch das KfW-Verbriefungsprogramm PROVIDE können sie ihre Risikoposition verbessern.

Einen guten Start hatten auch die Globaldarlehen. Bereits im ersten Jahr ihrer Etablierung am Markt wurden zur Förderung selbst genutzten Wohneigentums zwei Globaldarlehen in Höhe von 1,4 Mrd EUR an Kreditinstitute zugesagt. Mit den Globaldarlehen erhalten die Kreditinstitute von der KfW Mittel zu den günstigen Refinanzierungskonditionen der Förderbank. Die Kreditinstitute geben diesen Refinanzierungsvorteil in Form von zinsgünstigen Wohnungsbaukrediten an private Eigenheim bauer weiter.

118.000 EIGENHEIME UND EIGENTUMSWOHNUNGEN MITFINANZIERT.

Auch im Jahr 2002 verwirklichten sich zahlreiche Familien den Traum von den eigenen vier Wänden. Von ihnen profitierten 118.000 von der zinsgünstigen Finanzierung durch die KfW. Im Rahmen ihres Wohneigentumsprogramms unter-

stützte die KfW den Bau oder Kauf von selbst genutzten Eigenheimen und Eigentumswohnungen mit Krediten in Höhe von 6,4 Mrd EUR. Trotz des rückläufigen Eigenheimbaus liegen die Zusage mit über dem Vorjahresniveau.

FÖRDERUNG DER WOHNRAUM-MODERNISIERUNG IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN.

Ende des Jahres 2002 wurde das KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm geschlossen. Es war das bisher größte Kreditprogramm seit Bestehen der KfW. Damit geht eine insgesamt dreizehnjährige Ära intensiver und erfolgreicher Förderung und Modernisierung bei der Instandsetzung von Wohnraum in den neuen Bundesländern zu Ende. Zwischen 1990 und 2002 wurden mit Krediten in Höhe von insgesamt 42 Mrd EUR – verteilt auf rd. 700.000 Einzelkredite – etwa vier Millionen Wohnungen in den neuen Bundesländern modernisiert und instand gesetzt. Allein im letzten Jahr wurde noch einmal ein Kreditvolumen von 1,1 Mrd EUR zugesagt.

Vor dem Hintergrund der erzielten Fortschritte wurde das Programm ab 2000 auf vor 1949 errichtete Alt- und Plattenbauten sowie

auf nach 1948 errichtete Gebäude mit neun und mehr Geschossen fokussiert. Darüber hinaus wurde 2002 die so genannte Rückbauvariante eingeführt. Mit ihr wurde der Rückbau von leer stehenden, dauerhaft nicht mehr benötigten Wohngebäuden oder Wohngebäudeteilen im Rahmen des Stadtumbaus gefördert. Die KfW sagte im Rahmen dieses Programmteils rd. 50 Kredite von insgesamt rd. 8 Mio EUR zu.

Der Stadtumbau ist damit längst nicht abgeschlossen. Immer noch besteht in ostdeutschen Innenstädten hoher Investitionsbedarf. Auch in den alten Ländern gewinnt das Thema immer mehr an Bedeutung. Im gesamten Bundesgebiet können Modernisierungsmaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden weiterhin durch die KfW-CO₂-Programme mitfinanziert werden.

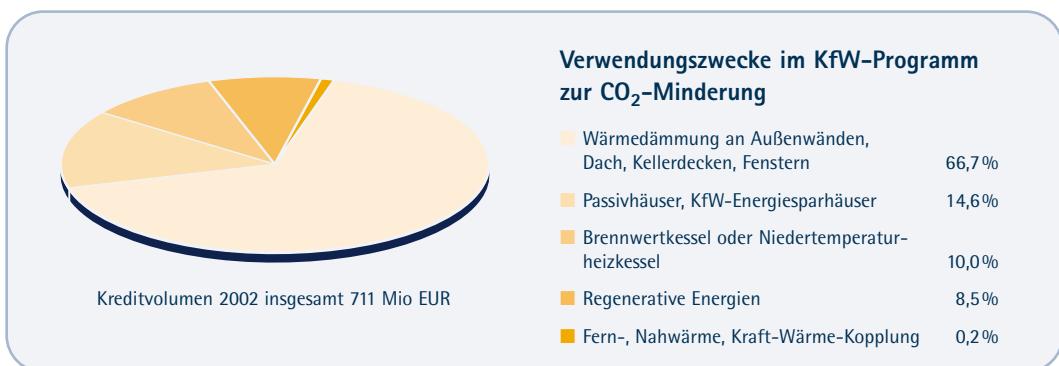
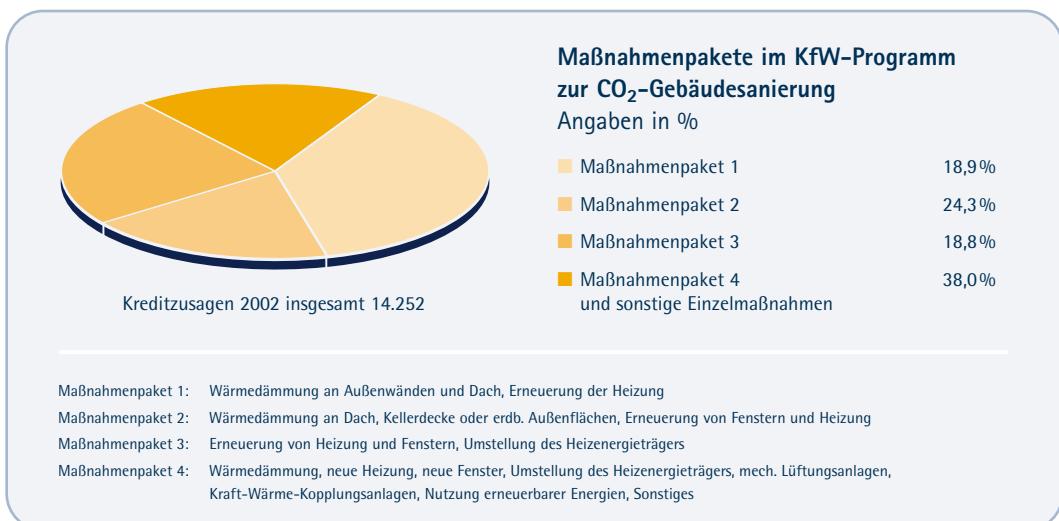
CO₂-GEBÄUDESANIERUNGSPROGRAMM FINDET GROSSE RESONANZ.

Die Förderzusagen in den KfW-Programmen zur CO₂-Minderung und zur CO₂-Gebäudesanierung beliefen sich im Jahr 2002 auf insgesamt 1,5 Mrd EUR. Damit wurden Wärmedämmungen und Heizungsmodernisierungen in mehr als 100.000 Wohnungen und der Bau von 2.860 KfW-Energie-sparhäusern finanziell unterstützt.

Das zu Beginn des Jahres 2001 eingeführte CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist Bestandteil des nationalen Klimaschutzprogramms der Bundesregierung. Es verfolgt das Ziel, mit Investitionen einen Einspareffekt von mindestens 40 kg Kohlendioxid pro qm und Jahr zu erreichen. 2002 hat das KfW-Programm deutlich an Schwung gewonnen. Mit 750 Mio EUR lagen die Zusagen

um mehr als 40% über denen des Vorjahres. Die hohe und deutlich angestiegene Nachfrage zeigt, dass die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen über zinsgünstige Kredite sowohl bei Privaten als auch bei Unternehmen auf große Resonanz stößt.

Gegenüber Zuschüssen bieten die KfW-Wohnungskredite wesentliche Vorteile. Dazu zählen die hohen Ersparnisse bei den Finanzierungskosten (keine Vorfinanzierungs- und Ergänzungsfinanzierungskosten), der einfache Antragsweg über die Banken und Sparkassen, die schnelle Verfügbarkeit schon zum Vorhabensbeginn und die finanzielle Planungssicherheit für die Investoren.



FÖRDERUNG DES KLIMA- UND UMWELTSCHUTZES.

Jede wirtschaftliche Aktivität ist mit der Nutzung von natürlichen Ressourcen und Umweltgütern wie Luft, Wasser und Boden verbunden. Hier ist nachhaltiges Wirtschaften gefordert. Einerseits darf die Aufnahmekapazität der Umwelt für Schadstoffe nicht überstrapaziert werden. Andererseits ist der Rohstoffverbrauch so zu gestalten, dass nachfolgende Generationen in ihrer Entwicklung dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Dabei muss das Wirtschaften vor allem mit den Erfordernissen des Klimaschutzes in Einklang gebracht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen die Umweltförderprogramme der KfW in Deutschland und Europa an zentralen Punkten an. Hierzu zählen insbesondere die Energieeinsparung in privaten Haushalten, die Förderung erneuerbarer Energien und der gewerbliche Umwelt- und Klimaschutz.

CO₂-MINDERUNG IM GEBÄUDEBESTAND.

Nach einem Gutachten des Forschungszentrums Jülich wird der jährliche CO₂-Ausstoß durch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und das CO₂-Minderungsprogramm bis Ende 2005 um bis zu 3,5 Mio t verringert werden. Damit tragen allein diese beiden Programme zu einem Zehntel zum Klimaschutzziel der Bundesregierung für den Wohnungssektor bei. Die Programme helfen aber nicht nur der Umwelt, sie geben auch dem Ar-

beitsmarkt spürbare Impulse. Pro Jahr werden durch die geförderten Maßnahmen bis zu 36.000 Arbeitsplätze gesichert. Diese positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung kommen vor allem der mittelständischen Bauwirtschaft und dem Handwerk zugute. Damit sind diese Programme ein weiteres Beispiel dafür, wie Ökologie und Ökonomie in Einklang gebracht werden können.

MARKTEINFÜHRUNG VON ANLAGEN ZUR NUTZUNG ERNEUERBARER ENERGIEN WEITER VORANGEBRACHT.

Mit dem 100.000 Dächer-Solarstrom-Programm und dem KfW-Programm zur Förderung erneuerbarer Energien werden private und mittelständische Investitionen in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien gefördert. Ziel der Programme ist eine breite Markteinführung von Techniken im Bereich regenerativer Energien. Durch die Realisierung von Größenvorteilen bei der Produktion sollen die Kosten zur Nutzung regenerativer Energiequellen sinken. Diese Kostensenkung begünstigt den Ausbau von Strukturen für eine nachhaltige Energieversorgung.

Das 100.000 Dächer-Solarstrom-Programm konnte dieser Zielsetzung bislang gut entsprechen. Im Jahre 2002 wurden mehr als 15.000 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtkapazität von 79 Megawatt gefördert. Damit wurde der Vorjahreswert von 76 Megawatt übertroffen.

Dieses Ergebnis wurde mit einem Kreditvolumen erreicht, das mit 396 Mio EUR fast 30 Mio EUR niedriger ist als im Vorjahr. Diese Steigerung der Fördereffizienz ist zumindest teilweise auf einen spürbaren Kostenrückgang bei Photovoltaikanlagen zurückzuführen.

Das Programm zur Förderung erneuerbarer Energien umfasste 2002 ein Kreditvolumen von 87 Mio EUR. Damit wurden 99 Anlagen zur Verfeuerung fester Biomasse, 52 Wasserkraftanlagen und 174 Biogasanlagen gefördert. Der Rückgang gegenüber dem Kreditvolumen des Vorjahres um 37 Mio EUR ist vollständig auf den Bereich Biogas zurückzuführen. Im Gegensatz dazu nahm das Kreditvolumen für Wasserkraftanlagen und Anlagen zur Verfeuerung fester Biomasse leicht zu.

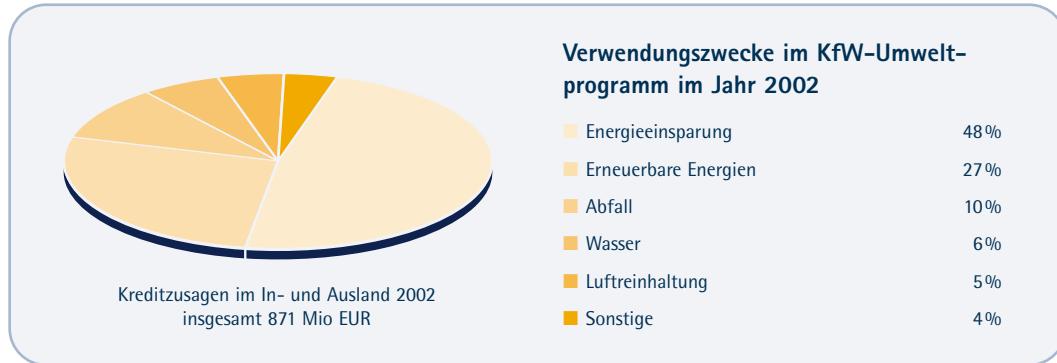
GEWERBLICHER UMWELT- UND KLIMASCHUTZ.

Das KfW-Umweltpogramm dient der Förderung gewerblicher Umwelt- und Klimaschutzinvestitionen durch langfristige und zinsgünstige Kredite. In der Inlandsvariante lag das Fördervolumen des Jahres 2002 mit 836 Mio EUR um 6% über dem Vorjahresniveau. In der Auslandsvariante zur Förderung von Maßnahmen deutscher Investoren im Ausland ist das Zusagevolumen mit 35 Mio EUR im Vergleich zu 127 Mio EUR rückläufig.

Knapp die Hälfte des gesamten Zusagevolumens entfällt auf integrierte Umweltmaßnahmen zur energetischen Modernisierung von Produktion und Logistik sowie von Verwaltungs- und Produktionsgebäuden. Das Umweltprogramm dient nicht nur dem Klimaschutz. Es hilft den Unternehmen auch, ihre betrieblichen Energie-

kosten zu senken und so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Mit rd. einem Viertel des Zusagevolumens rangiert die Förderung der gewerblichen Nutzung erneuerbarer Energien – insbesondere der Windkraft und Biomasse (19 bzw. sechs Prozentpunkte) – an zweiter Stelle. Weitere wichtige Förderfelder sind wasserwirtschaftliche Vorhaben – in erster Linie Maßnahmen zur Frischwassereinsparung und Abwasservermeidung – sowie abfallwirtschaftliche Investitionen. Bei Letzteren verzeichnet das stoffliche Recycling einen deutlich höheren Anteil als die alternativen Optionen Vermeidung, Behandlung/Verbrennung und Deponierung.



PROGRAMM ZUR FÖRDERUNG DER INFRASTRUKTUR.

Für den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur in den Kommunen hat die KfW 2002 Kredite in Höhe von 2,8 Mrd EUR zugesagt. Damit wurde das Vorjahresvolumen erreicht. Vor dem Hintergrund des starken Rückgangs der kommunalen Investitionen ist dies ein beachtliches Ergebnis. Das Produktangebot zur Förderung der kommunalen Infrastruktur hat die KfW

weiterentwickelt. Im März 2002 wurde eine so genannte Rahmenkreditvariante im KfW-Infrastrukturprogramm eingeführt. Sie ermöglicht Kommunen eine größere Flexibilität bei der Anspruchnahme der KfW-Kredite. Diese neue Variante wurde von den Kommunen bereits in großem Umfang genutzt.

PROJEKTFINANZIERUNGEN IM INLAND.

Die inländischen Projektfinanzierungen sind mit 4,2 Mrd EUR im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Dies unterstreicht, dass die Bank als Finanzierungspartner für größere Projekte innerhalb Deutschlands unverändert stark gefragt ist. Den größten Zusagebeitrag leistete die Geschäftssparte Industrie mit rd. 1,3 Mrd EUR. Für Energie- und umwelttechnische Vorhaben wurden 0,6 Mrd EUR bereitgestellt. Mit 0,1 Mrd EUR wurden Tele-

kommunikationsprojekte und mit 0,2 Mrd EUR Vorhaben im Rohstoffsektor finanziert.

Zur Finanzierung von Schiffskäufen deutscher Reeder wurden Kredite über 0,6 Mrd EUR vergeben. Flugzeugfinanzierungen trugen 0,2 Mrd EUR bei. Auf den Bereich Verkehrsinfrastruktur fielen 0,9 Mrd EUR. Von der Geschäftssparte Flug- und Seehäfen wurden Kredite über 0,3 Mrd EUR vergeben.

BRANCHEN- UND REGIONALVERTEILUNG.

Wichtigster Empfänger der KfW-Zusagen ist mit 57% des Volumens weiterhin der Unternehmenssektor. Doch aufgrund der erneut gestiegenen Zusagen in den wohnwirtschaftlichen Programmen gewinnen die privaten Haushalte weiter an Gewicht. Ihr Anteil wuchs von 40% im Vorjahr auf nunmehr 43%.

Die Branchenverteilung hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht stark verändert. Die Anteile des Einzelhandels und des Bausektors weisen leichte Steigerungen auf. Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ist weiter ungebrochen. Analog zum Vorjahr hat der Dienstleistungssektor im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe

innerhalb der Unternehmensförderung an Bedeutung gewonnen.

Die Wirtschaftsstrukturen in den neuen und alten Bundesländern nähern sich weiter an, weisen aber immer noch einige Unterschiede auf. So hat das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland im Vergleich zum Westen einen weit geringeren Anteil an der Wertschöpfung. Doch bei den KfW-Zusagen ist das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe stärker vertreten. Die Förderung trägt dazu bei, dass die noch existierenden Strukturunterschiede abgebaut werden und sich der Aufholprozess der neuen Bundesländer fortsetzt.

KfW-Kreditzusagen nach Wirtschaftsbereichen und Branchen 2001 und 2002

Zusagen in Mio EUR und %

Wirtschaftsbereiche/ Branchen	Alle Programme ¹⁾		Programme für KMU	
	Angaben in Mio EUR		in % des Zusagevolumens	
	2001	2002 ²⁾	2002	2002
	Ost	West	Ost	West
Land- und Forstwirtschaft	136	128	1,6	1,0
Produzierendes Gewerbe	4.353	3.745	43,2	42,3
■ Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	39	37	0,3	0,5
■ Verarbeitendes Gewerbe	3.388	2.355	38,5	36,2
■ Vorleistungsgüter	1.957	1.295	20,9	18,6
- Textilgewerbe (ohne Konfektion), Ledererzeugung	67	44	0,9	0,8
- Holzgewerbe (ohne Möbel und Holzwaren)	124	77	0,6	1,4
- Papiergewerbe	118	89	1,2	0,8
- Druck, Vervielfältigung	227	93	0,8	1,5
- Chemie (ohne Pharmazeutik, Seifen)	89	117	1,4	1,7
- Gummi- und Kunststoffwaren	238	170	3,1	2,2
- Glas/Keramik	128	115	1,8	1,6
- Metallerzeugung	666	378	7,1	6,2
- Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung	68	27	0,8	0,3
- Elektronik	116	46	0,8	0,7
- Sonstige Vorleistungsgüter	116	139	2,4	1,4
■ Investitionsgüter	863	550	10,4	9,7
- Stahl- und Leichtmetallbau	141	63	1,5	1,1
- Maschinenbau	429	287	4,4	5,3
- Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren	90	28	0,3	0,4
- Medizin-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik	110	95	2,0	1,5
- Fahrzeugbau	69	47	2,0	0,7
- Sonstige Investitionsgüter	24	30	0,2	0,7
■ Gebrauchsgüter	79	63	1,2	1,2
- Optik, Uhren	29	14	0,2	0,3
- Sonstige Gebrauchsgüter	50	49	1,0	0,9
■ Verbrauchsgüter	489	447	6,0	6,7
- Ernährung, Tabak	341	278	5,1	4,3
- Textilgewerbe (Konfektion), Bekleidung, Leder	31	65	0,2	0,9
- Chemie (Pharmazeutik, Seifen)	49	61	0,3	0,7
- Sonstige Verbrauchsgüter	68	43	0,4	0,8
■ Energie- und Wasserversorgung	586	1.012	0,9	0,4
- Energie-, Gas-, Fernwärmeverversorgung	293	818	0,9	0,4
- Wasserversorgung	293	194	0,0	0,0

¹⁾ Ohne inländische Projektfinanzierung.

²⁾ Ohne Kreditzusagen aus Globaldarlehen, für die noch keine Belegungsdaten vorlagen.

Investitionsfinanzierung.

Fortsetzung

Wirtschaftsbereiche/ Branchen	Alle Programme ¹⁾		Programme für KMU	
	Angaben in Mio EUR		in % des Zusagevolumens	
	2001	2002 ²⁾	2002	2002
■ Bau	340	341	3,5	5,1
- Hoch- und Tiefbau	101	133	1,5	1,5
- Bauinstallation, sonstiges Baugewerbe	239	208	2,0	3,6
Dienstleistungen	7.275	6.891	55,2	56,7
■ Handel	1.182	1.040	13,1	19,4
- KFZ-Handel	342	260	4,8	4,7
- Großhandel	389	311	4,0	5,7
- Einzelhandel	451	469	4,3	9,0
■ Gastgewerbe	234	202	3,7	3,8
■ Verkehr und Nachrichtenübermittlung	503	276	3,0	3,6
■ Grundstücks- und Wohnungswesen	1.365	1.408	2,7	4,3
■ Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	689	444	14,5	6,7
■ Gesundheitswesen	742	900	11,4	12,8
■ Umweltdienstleistungen	275	233	1,1	0,4
■ Sonstige Dienstleistungen	2.285	2.388	5,7	5,7
Private Haushalte	7.799	8.089	-,-	-,-
■ Ohne Branchenangabe	108	0	-,-	-,-
Insgesamt	19.671	18.853	100,0	100,0
<i>Nachrichtlich: Förderung des Handwerks in den KMU-Programmen</i>	515	377	6,8	7,4

¹⁾ Ohne inländische Projektfinanzierung.

²⁾ Ohne Kreditsuzagen aus Globaldarlehen, für die noch keine Belegungsdaten vorlagen.

FÖRDERUNG DES HANDWERKS UND DER REGIONEN.

Das Handwerk bildet mit seinen kleinen und mittleren Betrieben den vielseitigsten Wirtschaftsbereich Deutschlands. Der Anteil des Handwerks an den KfW-Zusagen für kleine und mittlere Unternehmen hat in den neuen Bundesländern leicht zugenommen. In den alten Bundesländern ist hingegen eine Abnahme festzustellen. Innerhalb des neuen Programms „Kapital für Arbeit“ hat das Handwerk einen

überdurchschnittlichen Anteil von über 16% des Zusagevolumens.

Die regionalen Schwerpunkte der KfW-Förderprogramme lagen auch im vergangenen Jahr bei den Flächenländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Berlin konnten ihren Anteil an der Förderung ausbauen.

Verteilung des Zusagevolumens auf die Bundesländer 2002¹⁾

Zusagen in Mio EUR

	Gewerbliche Wirtschaft	Umweltschutz/ erneuerbare Energien	Wohnungs- wirtschaft	Infrastruktur	Insgesamt
	2002	2002	2002	2002	2002
Schleswig-Holstein	193	9	321	37	560
Hamburg	109	232	175	313	829
Niedersachsen	510	98	960	192	1.760
Bremen	44	1	72	27	144
Nordrhein-Westfalen	1.161	446	2.272	591	4.470
Hessen	330	39	596	104	1.069
Rheinland-Pfalz	386	49	418	81	934
Baden-Württemberg	883	187	1.140	241	2.451
Bayern	910	67	1.385	435	2.797
Saarland	43	2	104	10	159
Berlin	143	23	425	363	954
Brandenburg	47	45	313	48	453
Mecklenburg-Vorpommern	88	10	207	67	372
Sachsen	170	30	546	137	883
Sachsen-Anhalt	122	38	241	51	452
Thüringen	126	1	236	51	415
Nicht zuzuordnen ²⁾	60	41	0	50	151
Summe	5.326	1.318	9.411	2.798	18.853
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	4.569	1.130	7.443	2.031	15.173
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	697	147	1.968	717	3.529

¹⁾ Ohne Kreditzusagen aus Globaldarlehen, für die noch keine Belegungsdaten vorlagen.

²⁾ Davon Zusagen für Auslandsinvestitionen (2002: 95 Mio EUR)

EXPORT- UND PROJEKTFINANZIERUNG.



DIE KFW BEHAUPTET WELTWEIT IHRE GUTE POSITION.

SOLIDES ERGEBNIS ERZIELT.

In der Export- und Projektfinanzierung wurde mit Zusagen von 6,1 Mrd EUR (8,2 Mrd EUR) ein solides Ergebnis erzielt. Trotz der anhaltend schwachen Verfassung der Weltwirtschaft konnte sich die Bank auf den Märkten gut behaupten, die für ihr kommerzielles Auslandsgeschäft wichtig sind. Dies gilt zum einen für die Finanzierung von Exportgütern aus deutscher wie auch aus europäischer Produktion, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Zum anderen gilt es auch für die Finanzierung von Direkt- und sonstigen Unternehmensinvestitionen.

Auch 2002 weitete die Bank ihr Engagement zu- gunsten von Direktinvestitionen und Akquisitio- nen deutscher Unternehmen im Ausland weiter aus. Auf diese Geschäfte entfielen im Berichts- jahr rd. 43 % des gesamten Zusagevolumens der Export- und Projektfinanzierung.

Am gesamten Finanzierungsvolumen haben Kredite in Euro einen Anteil von knapp 40 %. Bei den Fremdwährungskrediten dominiert der US-Dollar.



Export- und Projektfinanzierung.

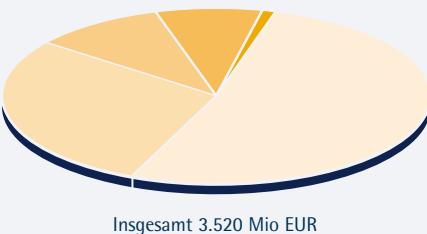
Zur Entwicklung in den einzelnen Geschäftsfeldern Kreditzusagen in Mio EUR

Geschäftssparte	Export-finanzierung	Investitions-finanzierung	Gesamt	Finanzierungsschwerpunkt
Industrie	896	498	1.394	Automobilbau, Chemie, Stahl
Energie, Umwelt	357	565	922	Anlagen zur Elektrizitätserzeugung und -übertragung, Umwelttechnik
Telekommunikation	451	402	853	Mobile Kommunikationssysteme
Rohstoffe	90	270	361	Minenprojekte
Schiffe	574	109	683	Kreuzfahrt-, Fähr- und Containerschiffe
Flugzeuge	837	142	979	Airbus-Lieferungen
Landverkehr	187	470	657	Schienenverkehr
Häfen	127	159	286	Flughafen- und Seehafen-Terminals
Insgesamt	3.520	2.615	6.135	

REGIONALE VERTEILUNG DER KREDITZUSAGEN.

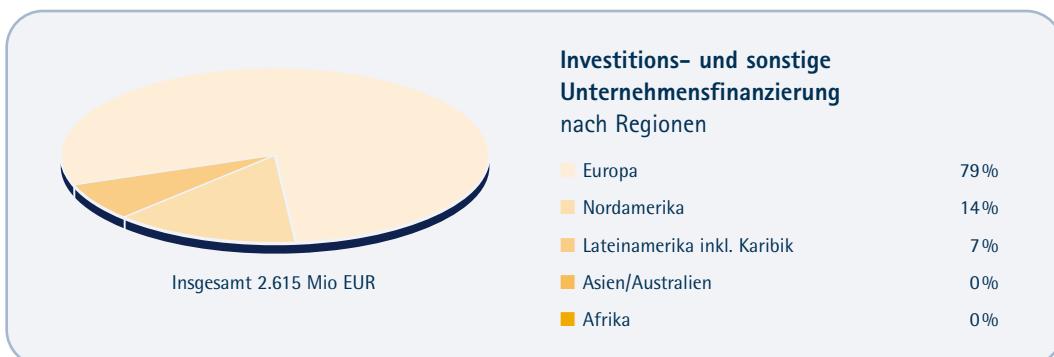
Bei der regionalen Verteilung der Zusagen bildet der europäische Raum weiterhin in zunehmendem Maße den Schwerpunkt. Das gilt sowohl für die

Export- als auch für die Investitionsfinanzierung. Im Berichtsjahr gewann Lateinamerika als Markt wieder an Bedeutung.



Liefergebundene Exportfinanzierung nach Zielregionen

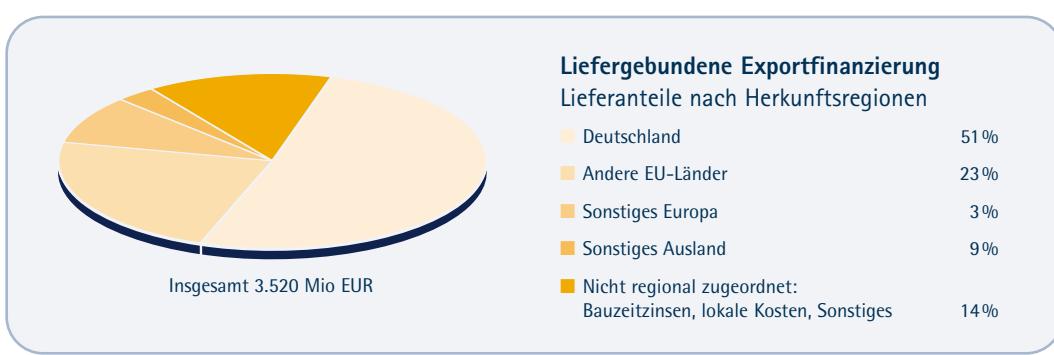
Europa	52 %
Lateinamerika inkl. Karibik	29 %
Asien/Australien	10 %
Nordamerika	8 %
Afrika	1 %



FINANZIERUNG FÜR UND IN EUROPA.

Leitlinie für die KfW-Export- und Projektfinanzierung ist unverändert die Unterstützung der Interessen deutscher Unternehmen im Ausland. Doch im Rahmen der fortschreitenden Globalisierung haben diese Interessen längst neue Formen angenommen. Sie beschränken sich nicht mehr nur auf den Export von Produkten, die an deutschen Standorten gefertigt wurden. Denn deutsche Unternehmen kooperieren zunehmend mit ausländischen Firmen, insbesondere mit Unternehmen aus anderen EU-Ländern. Die Bank trägt diesen Entwicklungen seit einigen Jahren Rechnung und bietet Finanzierungspakete aus einer Hand auch für Lieferanteile, die aus anderen Ländern stammen.

Die Förderung des europäischen Integrationsprozesses bleibt nach wie vor ein wichtiges geschäftspolitisches Ziel der KfW-Export- und Projektfinanzierung. Deshalb bilden Exportfinanzierungen für europäische Lieferpakete wie auch die Finanzierung von europäischen Unternehmen, die den europäischen Integrationsprozess auf Unternehmensebene voranbringen, weiterhin Schwerpunkte ihrer Tätigkeit. Darüber hinaus hat sich die KfW 2002 wieder an der Finanzierung von größeren Infrastrukturvorhaben im Rahmen von TEN-Projekten (Trans European Networks) beteiligt.



FINANZIERUNGEN MIT ÖFFENTLICHER UNTERSTÜTZUNG.

Kreditversicherungen und öffentlich unterstützte Kredite als Instrumente der staatlichen Exportförderung spielen weiterhin für die Wirtschaftsbeziehungen zu bestimmten Ländern wie auch auf bestimmten Märkten eine wichtige Rolle. Der Anteil der Hermes-gedeckten Finanzierungen hat sich im Berichtsjahr wieder erhöht. Zudem hat die Mitfinanzierung ausländischer Zulieferungen eine verstärkte Zusammenarbeit mit ausländischen Kreditversicherern zur Folge.

Mit Hilfe von Mitteln aus dem Bundeshaushalt hat die KfW 2002 wieder Finanzierungen zu Zinssätzen zur Verfügung gestellt, die den internationalen Vereinbarungen zur staatlichen Zinsstützung für die so genannte „Commercial

Interest Reference Rate“ (CIRR) sowie für den Flugzeugsektor entsprechen. Diese Art von Finanzierungen stellt in den jeweiligen Teilmärkten ein unverändert wichtiges Element zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure dar.

Der Anteil an CIRR-Finanzierungen war im Berichtsjahr eher gering. Dies ist auf die vergleichsweise geringe Nachfrage nach Exportfinanzierungen aus Entwicklungsländern zurückzuführen. Denn im Unterschied zu anderen OECD-Staaten können im deutschen System der öffentlichen Zinsstützung nur Entwicklungsländer berücksichtigt werden.



Insgesamt 3.520 Mio EUR

Liefergebundene Exportfinanzierung Anteile mit/ohne Exportversicherung

KfW-Finanzierung ohne ECA-Elemente	56 %
Hermes	42 %
Andere ECAs ¹⁾	2 %

¹⁾ Export Credit Agencies (Exportkreditversicherer)



Insgesamt 3.520 Mio EUR

Liefergebundene Exportfinanzierung Anteile mit/ohne öffentliche finanzielle Unterstützung

ohne öffentliche finanzielle Unterstützung	89 %
LASU ¹⁾	10 %
CIRR ²⁾	1 %

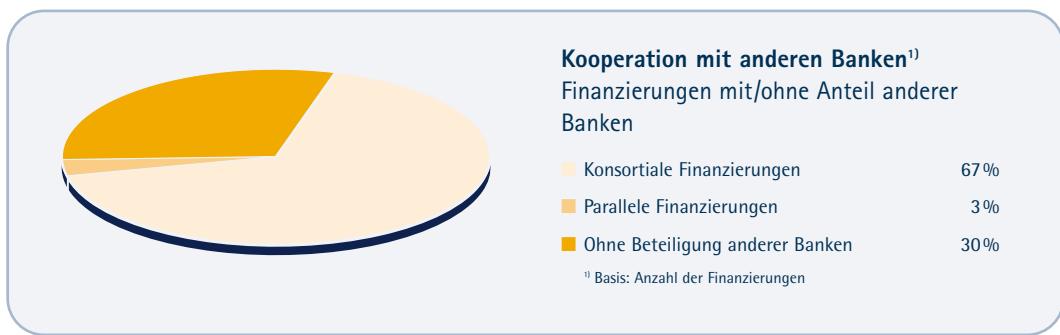
¹⁾ Large Aircraft Sector Understanding

²⁾ Commercial Interest Reference Rate

KOOPERATION MIT ANDEREN BANKEN.

Bei der Produktion von Gütern, bei Dienstleistungen wie auch beim Export nimmt die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Unternehmen zu. Entsprechend vertieft sich die Zusammenarbeit zwischen Banken und anderen Finanzierungsinstitutionen. Gut 67 % aller Finanzierungen 2002 führte die KfW gemeinsam mit anderen Banken durch.

In der liefergebundenen Exportfinanzierung kommt es vor allem dann zu Kooperationen, wenn große Liefer- oder Leistungsteile aus verschiedenen Ländern miteinander kombiniert werden. Bei Investitions- und sonstigen Unternehmensfinanzierungen sind konsortiale Finanzierungen bei großen Volumina die Regel.

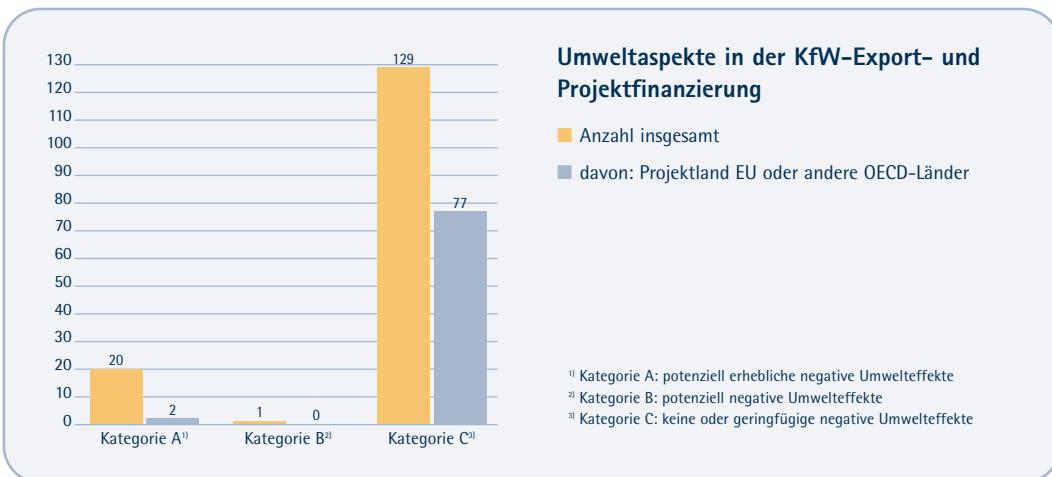


VERANTWORTUNG FÜR DIE UMWELT.

Nach der Umweltrichtlinie der KfW-Export- und Projektfinanzierung werden alle Kreditanträge einem „Screening“ (Vorprüfung) unterzogen. Im Rahmen dieses Verfahrens werden die zu finan-

zierenden Vorhaben auf ihre Umwelt- und Sozialaspekte hin geprüft. 2002 betraf dies 150 neu zu genehmigende Kredite.

Export- und Projektfinanzierung.



Vorhaben der Kategorien A und B werden unter Einschaltung der technischen und Umweltsachverständigen der KfW vertieft geprüft. Das gilt nur dann nicht, wenn sie in einem EU-Land oder einem anderen OECD-Land mit etablierter Umweltschutzgesetzgebung und -praxis durchgeführt werden. Von der Prüfung kann auch abgesehen werden,

- wenn die zu finanzierende Lieferung nur einen geringen Beitrag zu einem Gesamtprojekt leistet,
- wenn es sich um Ersatzinvestitionen in bestehenden Anlagen handelt.

FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER.



DIE ARMUT LINDERN BEDEUTET DEN FRIEDEN SICHERN.

Förderung der Entwicklungsländer.

ENGAGEMENT DER KFW-BANKENGRUPPE: ÜBERBLICK.

Zur Förderung der Entwicklungs- und Transformationsländer sagten KfW und DEG in 2002 zusammen rd. 1,8 Mrd EUR zu. Für die Zusagen wurden Haushaltsmittel des Bundes, insbesondere des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), sowie Mittel anderer Geber im Rahmen der Durchführung von Mandaten verwendet, z.B. für die EU. Ergänzt wurden diese Mittel von KfW und DEG

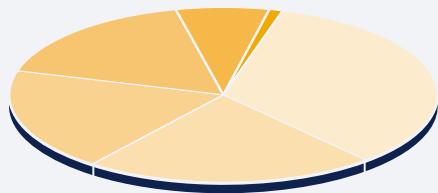
durch Eigenmittel, die teilweise am Kapitalmarkt refinanziert wurden. Insgesamt zahlten KfW und DEG 2002 für diese Vorhaben rd. 1,7 Mrd EUR aus. In der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern konzentriert sich die DEG weiterhin auf die Förderung der Privatwirtschaft. Schwerpunkt der KfW-Förderung bleiben Vorhaben im öffentlichen Sektor.

Zusagen der KfW-Bankengruppe zur Förderung der Entwicklungsländer 1998 – 2002 Zusagen in Mio EUR

	1998	1999	2000	2001	2002
Zusagen der FZ zu Vorzugskonditionen	1.390	1.634	927	1.316	1.111
Aus Haushaltsmitteln	1.357	1.278	851	1.040 ⁱⁱ⁾	971
Aus Marktteilen der Verbundfinanzierung/Mischfinanzierung/ Zinsverbilligung	33	356	76	276	140
Zusagen für FZ-Förderkredite			30	116	41
Mandataufträge inkl. TRANSFORM-Programm	35	38	62	162	139
DEG-Zusagen	358	343	360	412	464
Darlehen an Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität des IWF			495	1.430	
Summe der Zusagen	1.783	2.015	1.874	3.436	1.755

ⁱⁱ⁾ Betrag enthält zusätzliche 14 Mio EUR FZ-Mittel für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Partnerländern

Regionale Verteilung der Zusagen der KfW-Bankengruppe in 2002 Angaben in Mio EUR und %ⁱⁱ⁾



Asien und Ozeanien	596	34%
Europa und Kaukasus	392	22%
Subsahara-Afrika	333	19%
Lateinamerika	292	17%
Nordafrika und Naher Osten	119	7%
Überregional	22	1%

ⁱⁱ⁾ Rundungsbedingte Abweichungen

DIE LEISTUNGEN DER KfW.

RUND 1.400 VORHABEN IN 109 LÄNDERN.

Im Auftrag der Bundesregierung fördert die KfW Investitionen sowie gesamtwirtschaftliche und sektorale Reformprogramme in den Entwicklungsländern. Im Rahmen dieser Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) prüft die KfW die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit von Projekten, finanziert und unterstützt ihre Durchführung und lässt abschließend jedes Projekt auf seinen Erfolg hin überprüfen.

Hauptziel der FZ ist die Armutsminderung. Sie trägt zum Abbau sozialer und wirtschaftlicher Spannungen sowie ökologischer Risiken bei. Dadurch leistet sie einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Friedenssicherung. Die Projekte und Programme sind in die Entwicklungsstrategien der Partner in den Entwicklungsländern eingebettet und werden eng mit den Vorhaben der deutschen Technischen Zusammenarbeit (TZ) sowie anderer bi- und multilateraler Geber abgestimmt.

Die Mittel, die der Bundeshaushalt für die FZ bereitstellt, können in einigen dafür geeigneten Ländern und Projekten durch Marktmittel der KfW ergänzt werden. Als Misch- oder Verbundfinanzierung bzw. in Form eines zinsverbilligten Darlehens werden die Marktmittel mit FZ-Haushaltsmitteln so gemischt, dass die Gesamtfinanzierung als Entwicklungshilfeleistung gemäß OECD anrechnungsfähig ist. Marktmittel erweitern erheblich den Finanzierungsspielraum der FZ.

Angesichts rückläufiger Haushaltsmittel und einer stärkeren Nachfrage nach Entwicklungsförderungen hat die KfW seit 2000 ein neues Produkt eingeführt: den FZ-Förderkredit. Für entwicklungspolitisch förderungswürdige und wirtschaftlich tragfähige Vorhaben können Darlehen zu marktnahen Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Derzeit fördert die KfW insgesamt 1.408 Vorhaben in 109 Ländern.

ENTWICKLUNG DER KfW-ZUSAGEN.

Zur Förderung der Entwicklungsländer sagte die KfW im vergangenen Jahr rd. 1,3 Mrd EUR (3,0 Mrd EUR) zu. Bereinigt um einen Sonderkredit in Höhe von rd. 1,4 Mrd EUR, verringerten sich die Zusagen gegenüber dem Vorjahr um rd. 300 Mio EUR.

Die Zusagen aus Haushaltsmitteln des BMZ lagen mit 971 Mio EUR (1.040 Mio EUR) um 7% unter dem Vorjahreswert. Dies ist im Wesentlichen auf projektabhängige Verschiebungen zurückzuführen. 70% dieser Zusagen wurden als nicht rückzahlbare Zuschüsse und knapp 30% als zinsgünstige langfristige Kredite vergeben.

2002 wurden auch in den Entwicklungsländern Investitionen zeitlich gestreckt und verschoben. Ein Grund dafür war die Erwartung weiter sinkender Zinsen bei einer insgesamt

schwachen Konjunkturentwicklung. Dies wirkte sich auch auf das Volumen der Marktfinanzierungen und FZ-Förderkredite aus. Trotz der schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte die KfW für solche Vorhaben insgesamt 181 Mio EUR (392 Mio EUR) mobilisieren.

Wie in den Jahren davor stellte die KfW ihre Projektprüfungs- und Durchführungscompetenz in der Entwicklungszusammenarbeit auch 2002 in den Dienst anderer bi- und multilateraler Geber. Im Zuge dessen erhielt die KfW im vergangenen Jahr von der Europäischen Kommission, von bi- und multilateralen Partnern sowie von anderen deutschen Ministerien Mandataufträge in Höhe von 139 Mio EUR (161 Mio EUR).

STRUKTUR DER KFW-ZUSAGEN ZU VORZUGSKONDITIONEN.

Die asiatischen Länder erhielten 2002 mit 38% (46%) erneut den größten Anteil der FZ-Zusagen. Dies ist u. a. auf die vergleichsweise hohen Mittelzusagen für Afghanistan zurückzuführen. Einen erheblichen Zuwachs bei den absoluten Zusagen konnte auch Subsahara-Afrika verzeichnen. Der regionale Anteil stieg auf 25% (16%). Gründe dafür sind das anhaltende Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in dieser Region sowie die hoffnungsvollen Entwicklungen der letzten Jahre in vielen afrikanischen Ländern. Auch der Zusagenanteil für Lateinamerika hat sich 2002 gesteigert. Mit 15% (6%) liegt er erheblich über dem Vorjahrswert.

Im Gegensatz dazu sank der Zusagenanteil für Europa/Kaukasus auf 15% (19%) und für Nordafrika/Naher Osten auf 8% (14%). Dieser Rückgang spiegelt jedoch keinen allgemeinen Trend wider. Er ist auf die üblichen projekt- und konjunkturabhängigen Verschiebungen zurückzuführen. Ungeachtet dessen gibt es positive Signale. So zeichnet sich in Südosteuropa mittelfristig eine deutliche Verbesserung der Perspektiven ab. Gründe dafür sind die politische Stabilisierung, die konsequente Reformpolitik in den meisten Ländern, die relativ gute Wirtschafts-

entwicklung und die Wachstumsaussichten. Insgesamt waren die Zusagen von KfW und DEG 2002 gleichmäßiger auf die Regionen verteilt als im Vorjahr.

Die sektorale Aufteilung der Zusagen war 2002 ebenfalls etwas breiter gestreut. Das Zusagevolumen für die wirtschaftliche Infrastruktur fiel auf 27% (43%). Sie umfasste vor allem die Sektoren Energie und Verkehr. Im Gegensatz dazu erhöhte sich der Anteil der sozialen Infrastruktur – Wasserversorgung, Abwasserreinigung, Bildung und Gesundheit – auf 40% (30%). Der Anteil des Finanzsektors erreichte mit 12% (9%) wieder sein früheres Niveau, was nicht zuletzt auf das noch neue Instrument der FZ-Förderkredite zurückzuführen ist. Die Zusagen für die Forst- und Landwirtschaft sanken nach dem besonders hohen Volumen des Vorjahres (10%) auf ihr langfristiges Niveau von 7%. Mit 49% (46%) entfiel fast die Hälfte des Fördervolumens 2002 auf den Querschnittsbereich „Armutsbekämpfung“. Rund 22% der Mittel wurden explizit für den Umwelt- und Ressourcenschutz zugesagt. Weitere 15% entfielen auf Projekte, bei denen Umwelt- und Ressourcenschutz wichtige Nebenziele darstellen.

UMSCHULDUNGEN UND SCHULDENUMWANDLUNGEN FÜR UMWELTSCHUTZ UND ARMUTSBEKÄMPFUNG.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist die Bundesregierung bereit, hoch verschuldeten, reformbereiten Partnerländern die Rückzahlung von geleisteten Entwicklungshilfedarlehen zu erleichtern oder teilweise zu erlassen. Derartige Zusagen erfolgen in Abstimmung mit der internationalen Gebergemeinschaft im Rahmen des Pariser Clubs bzw. durch die HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Countries), die vom internationalen Währungsfonds (IWF) verwaltet wird. Die KfW wirkt bei den Verhandlungen auf deutscher Seite mit.

Zur Schuldenerleichterung der Partnerländer hat die KfW 2002 Umschuldungsverträge mit Côte d'Ivoire, Ghana, Indonesien, Jordanien,

Jugoslawien, Kamerun, Kirgistan, Nigeria und Pakistan über insgesamt 3,7 Mrd EUR abgeschlossen. Darüber hinaus hat Bolivien als erstes Land einen endgültigen Erlass im Zuge der HIPC-Initiative erhalten. Er beträgt 335 Mio EUR.

Für Schuldenumwandlungen sagte die Bundesregierung 2002 ein Volumen von 49 Mio EUR zu. Das bedeutet, dass dem Schuldnerland die Rückzahlung der Schulden erlassen wird, wenn es die so eingesparten Mittel für Vorhaben zur Armutsbekämpfung und Umwelterhaltung einsetzt. Unter Nutzung von Volumina aus Vorjahren hat die KfW 2002 entsprechende Verträge über 97 Mio EUR abgeschlossen.

DIE LEISTUNGEN DER DEG.

DAS BISHER HÖCHSTE ZUSAGEVOLUMEN ERREICHT.

Die anhaltende Schwäche der Weltkonjunktur und die schwierigen investitionspolitischen Rahmenbedingungen in zahlreichen Partnerländern wirkten sich 2002 auch auf das Geschäfts-klima der DEG aus. Trotzdem konnte die DEG ihr Finanzierungsgeschäft 2002 weiter ausbauen. Mit 464 Mio EUR (412 Mio EUR) erzielte sie ihr bisher höchstes Zusagevolumen. Das entspricht einer Steigerung von 13% gegenüber dem Vor-jahr. Zur Finanzierung des Neugeschäfts wurden 462 Mio (99,7%) aus Eigen- und Kapitalmarktmitteln (Eigengeschäft) und rd. 2 Mio EUR (0,3%)

aus Treuhandmitteln des Bundes (Treuhandgeschäft) bereitgestellt.

Für Beteiligungsfinanzierungen sagte die DEG 49 Mio EUR zu. Der Anteil der Darlehen belief sich auf 398 Mio EUR. Davon waren 31 Mio EUR als beteiligungsähnliche Darlehen ausgestaltet. Damit summierte sich der Einsatz von Risikokapital in Form von Beteiligungen und mezzani-nen Finanzierungen auf insgesamt 80 Mio EUR. Sein Anteil betrug 17% des Gesamtvolumens. Für Garantien wurden 16 Mio EUR zugesagt.

Förderung der Entwicklungsländer.

REGIONALE UND SEKTORALE VERTEILUNG DER DEG-ZUSAGEN.

Die mitfinanzierten 66 Investitionsvorhaben verteilten sich auf 31 Länder. Regionaler Schwerpunkt war Asien (ohne Kaukasus/Türkei) mit 35% vor Europa/Kaukasus/Türkei mit 25%. Es folgten Lateinamerika mit 21%, Subsahara-Afrika mit 12% und Nordafrika/Nahost mit 7%.

Sektorale Schwerpunkte der Neuzusagen waren das Verarbeitende Gewerbe mit 38% und

die Finanzsektorentwicklung mit 36%. Für Infrastrukturvorhaben (Wasserversorgung, Nachrichtenübermittlung, Energie und Verkehr) wurden 21% der Neuzusagen bereitgestellt. Der Agrarsektor einschließlich der Forstwirtschaft hatte einen Anteil von 3% am Gesamtvolumen. Auf sonstige Dienstleistungen entfielen 2%.

FÖRDERPROGRAMME UND BERATUNG.

2002 erbrachte die DEG Beratungsleistungen für deutsche und ausländische Unternehmen. Ziel war die Förderung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Partnerländern. Die DEG stellte ihr Know-how für die Vorbereitung, Strukturierung und Realisierung von Investitionsvorhaben in den Entwicklungs- und Transformationsländern zur Verfügung.

Darüber hinaus wurde die DEG im Rahmen des vom BMZ initiierten Programms für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (Public Private Partnership, kurz PPP) aktiv. 2002 vereinbarte sie 52 PPP-Projekte mit deutschen Unternehmen. Die Vorhaben wurden mit Mitteln in Höhe von 8 Mio EUR gefördert, die vom Bund hierfür bereitgestellt wurden. Einschließlich der mobilisierten privaten Mittel in Höhe von 13 Mio EUR wurde ein Gesamtvolume von knapp 21 Mio EUR realisiert. Seit 1999 hat die DEG insgesamt 231 PPP-Projekte gefördert. Rund

70% davon erfolgten in Zusammenarbeit mit kleinen und mittelständischen Projektpartnern.

Für Fachkräfte aus Entwicklungsländern, die in ihre Heimatländer zurückkehren, bietet die DEG im Auftrag des BMZ ein spezielles Existenzgründungsprogramm an. Dafür sind in acht Partnerländern bei lokalen Partnerbanken revolutionierende Kreditfonds eingerichtet worden. Aus diesen Fonds werden junge Existenzgründer mit Startkapital zu marktgerechten Konditionen versorgt. Darüber hinaus unterstützt die DEG im Auftrag des BMZ Existenzgründer in Afghanistan. Dafür stehen nicht rückzahlbare Eigenkapitalhilfen bereit. Dieses Programm ist zunächst auf drei Jahre ausgelegt. Als integraler Bestandteil eines internationalen Maßnahmenbündels trägt es zum Wiederaufbau des Landes und zur Stärkung der Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten bei.

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN UND PERSPEKTIVEN.

ARMUTSORIENTIERTE ENTWICKLUNGSPOLITIK ZUR KRISENPRÄVENTION.

Terrorismus und Krieg sind in der ganzen Welt zu einer drohenden Gefahr geworden. Durch sie bekommen die Beiträge der Entwicklungspolitik zum Abbau von Armut und der damit verbundenen Perspektivlosigkeit großer Bevölkerungsgruppen eine neue Bedeutung. Armutsorientierte Entwicklungspolitik lindert die Not der Menschen, zeigt ihnen neue Perspektiven auf und hilft so, den Frieden zu sichern. Dies ist gerade in Krisensituationen notwendig. Selbstverständlich kann die deutsche Entwicklungspolitik die Probleme nicht allein und vor allem nicht ohne die aktive Mitarbeit der Menschen vor Ort lösen.

Am Beispiel Afghanistans wird dies besonders deutlich. Seit Anfang 2002 sind KfW und GTZ mit einem gemeinsamen Büro in Kabul präsent. Es koordiniert die Soforthilfe für den Wiederaufbau vor Ort. Mit Mitteln der FZ wird u.a. der Wiederaufbau von Bildungs- und Gesundheits-

einrichtungen sowie der Energie- und der Wasserversorgung finanziert. 2002 konnten ungestrichen vielfältiger Anlaufschwierigkeiten 13 Vorhaben begonnen und fünf von ihnen bereits abgeschlossen werden. Trotz dieser Anstrengungen und guter Geberkoordination bleiben die Verhältnisse in diesem Land noch auf lange Sicht extrem schwierig. Nachhaltige Ergebnisse sind nur mit längerfristigem Engagement zu erzielen.

Krisenprävention und Friedenssicherung sind nicht nur in Afghanistan und den angrenzenden Ländern ein wichtiges Thema. Sie werden z.B. auch im Rahmen des Stabilitätspaktes in Südosteuropa, in den palästinensischen Gebieten sowie in Mittelamerika geleistet. Dabei hängt der Erfolg dieser Programme maßgeblich davon ab, dass ihre Wirkungen unmittelbar für die Bevölkerung vor Ort spürbar sind.

NACHHALTIGE ENERGIE FÜR ENTWICKLUNG.

Auf dem „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002“ in Johannesburg hat sich die internationale Staatengemeinschaft in einer politischen Absichtserklärung darauf geeinigt, den Anteil erneuerbarer Energie deutlich zu erhöhen. Ein wichtiges Thema war dabei die Diversifizierung der Energieversorgung und die Steigerung der Energieeffizienz. Zur Erreichung dieser Ziele hat Bundeskanzler Gerhard Schröder 1 Mrd EUR – verteilt auf fünf Jahre – für das Programm „Nachhaltige Energie für Entwicklung“ zugesagt. Diese Mittel dienen dazu, in den Entwicklungsländern die Diversifizierung der Ener-

gieversorgung und die Einsparung von Energie massiv zu unterstützen.

Die KfW wird ihre FZ-Aktivitäten im Bereich erneuerbarer Energien weiter ausbauen. Bereits jetzt ist die KfW der weltweit größte Financier in diesem innovativen und developmentspolitisch zentralen Förderbereich. Angesichts der Bedeutung, die dieser Bereich gewonnen hat, bildet das Thema „Energieeffizienz, regenerative Energie und Klimaschutz“ den Schwerpunkt des diesjährigen Jahresberichts über die Entwicklungszusammenarbeit von KfW und DEG (Veröffentlichung Juni 2003).

WASSER ALS BASIS FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG.

Weltweit leben über 1 Mrd Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Über 2 Mrd Menschen verfügen nicht über angemessene sanitäre Einrichtungen. Die Folgen sind verheerend. Schätzungsweise 80% aller Krankheitsfälle in den Entwicklungsländern sind auf unzureichende Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zurückzuführen. Wassermangel und die ungenügende Entsorgung von Abwasser sind in vielen Ländern ein zentrales Hemmnis für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. So hat sich die Staatengemeinschaft in der Millenniumsdeklaration zum Ziel gesetzt, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser bis zum Jahre 2015 zu halbieren.

Dementsprechend bildet der Wassersektor auch in der Fördertätigkeit der KfW einen wichtigen Schwerpunkt. In den vergangenen fünf Jahren hat die KfW jährlich rd. 260 Mio EUR im Wassersektor zugesagt.

Ein nachhaltiger Entwicklungserfolg kann in diesem Bereich nur erzielt werden, wenn die späteren Nutzer am Projekt beteiligt sind. Gleichzeitig muss das Projektumfeld in der Planung und Umsetzung standortspezifisch berücksichtigt werden. In der ländlichen Wasserversorgung werden die künftigen Nutzer – von der Abwägung alternativer Lösungen bis hin zur Ausgestaltung der Organisationsform für den Betrieb der Anlagen – in das Gesamtprojekt einbezogen. Um städtische Infrastrukturprojekte auf den Kundenbedarf auszurichten, spielt frühzeitige Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle. Die finanzielle Nachhaltigkeit wird durch angepasste Tarifsysteme gewährleistet. Sie berücksichtigen die Einkommenssituation der ärmeren Bevölkerungsschichten.

KERNARBEITSNORMEN IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT.

Kernarbeitsnormen, wie z.B. das Verbot von Kinderarbeit, sind bei uns seit langem selbstverständlich. In vielen Ländern sind sie jedoch noch nicht hinreichend durchgesetzt worden. Weltweit müssen rd. 250 Mio Kinder zwischen fünf und 14 Jahren oftmals unter unwürdigen Umständen arbeiten und werden dafür nur schlecht oder gar nicht entlohnt. Ein zentrales Anliegen der deutschen Entwicklungspolitik ist daher die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Ziel ist, dass die Kernarbeitsnormen auch in den Partnerländern beachtet werden.

Dies unterstützt die KfW jetzt durch eine Ergänzung ihrer Vergaberichtlinien für FZ-Vorhaben. Die Ergänzung soll sicherstellen, dass bei lokalen Auftragsvergaben in den Entwicklungsländern, z. B. an Baufirmen, alle im Land geltenden Kernarbeitsnormen eingehalten werden. Darüber hinaus unterstützt die KfW besonders solche FZ-Vorhaben, die geschlechterspezifische Benachteiligungen abbauen oder die Beteiligung der Zivilgesellschaft stärken.

KFW-LÄNDERBEREICH UMFASSEND REORGANISIERT.

Unter dem Namen „TEMPO“ (Transparente Entwicklung einer modernen und professionellen Organisation) wurde 2002 eine umfassende Reorganisation des Länderbereichs der KfW vorbereitet. Sie ist seit Anfang 2003 wirksam. Hauptziel ist eine noch stärker kunden- und themenorientierte Organisation. Sie soll eine effiziente fachliche und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung gewährleisten.

Die Veränderung der Aufbauorganisation ist angesichts vieler interner und umfeldbezogener Veränderungen notwendig geworden. Sie wurde durch einen breiten Diskussionsprozess mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Länderbereichs unterstützt (s. dazu Kapitel „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, S. 94).

Mitte 2002 hat der Vorstand die neue Organisationsstruktur beschlossen. Die Zuordnung der Regionen zu zwei Bereichen bleibt erhalten. Die bisher sieben Länderabteilungen wurden auf fünf Regionen reduziert: Asien, Europa, Nordafrika/Naher Osten, Subsahara-Afrika, Lateinamerika.

Innerhalb der Regionen wurden Länderteams eingerichtet. Sie haben die Verantwortung für die Länderstrategie, das Länderportfolio und die Abstimmung mit anderen Gebern.

Die Bündelung der Projekte erfolgt nach den Förderschwerpunkten des BMZ. Dies ermöglicht eine Bearbeitung durch Schwerpunktteams aus Ökonomen und technischen Sachverständigen. Einige der Schwerpunktteams wurden zu „Kompetenz-Centern“ ausgestaltet. Ihre Aufgabe ist es, fachliche Expertise für das BMZ und andere Kunden, für die KfW-Bankengruppe und die übrigen Regionalabteilungen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollen sie die Weiterentwicklung von Fachwissen im Hause sicherstellen.

Zu den Aufgaben des Strategiebereichs gehören die Geschäftspolitik, Verfahrensfragen und Entwicklung neuer Finanzprodukte, Entwicklungsländerökonomie, Planung und Monitoring, EDV-Koordination sowie technische Grundsatzfragen.

Förderung der Entwicklungsländer.

**Förderung der Entwicklungsländer – Finanzierungszusagen der KfW
nach Ländern im Jahr 2002**
Zusagen in Mio EUR

Rang	Land	KfW	DEG	Summe
1	Türkei	141,29	12,50	153,79
2	Indien	58,97	57,81	116,78
3	Volksrepublik China	76,21	39,37	115,58
4	Indonesien	98,60	10,00	108,60
5	Philippinen	47,32	20,38	67,70
6	Brasilien	30,50	29,04	59,54
7	Südafrika	48,06	2,75	50,81
8	Afghanistan	49,73	0,00	49,73
9	Dominikanische Republik	31,82	16,64	48,46
10	Ägypten	24,79	20,00	44,79
11	Rumänien	1,02	34,58	35,60
12	Bosnien und Herzegowina	22,58	12,82	35,40
13	Bangladesch	30,32	5,04	35,36
14	Bolivien	32,78	0,00	32,78
15	Afrika, überregional	0,00	32,50	32,50
16	Vietnam	32,21	0,00	32,21
17	Kosovo	31,02	0,00	31,02
18	Serben	26,13	1,10	27,23
19	Chile	27,10	0,00	27,10
20	Tansania	12,83	12,88	25,71
21	Ukraine	0,00	24,50	24,50
22	Überregional	21,61	0,61	22,22
23	Peru	15,59	6,10	21,69
24	Venezuela	0,00	20,97	20,97
25	Costa Rica	18,66	2,15	20,81
26	Uganda	19,71	0,00	19,71
27	Palästinensisch verwaltete Gebiete	19,45	0,00	19,45
28	Côte d'Ivoire	13,25	6,10	19,35
29	Jemen	19,11	0,00	19,11
30	Mosambik	18,85	0,00	18,85
31	Malawi	18,10	0,00	18,10
32	Mexiko	0,00	17,86	17,86
33	Niger	17,05	0,00	17,05
34	Albanien	16,72	0,00	16,72
35	Sambia	15,94	0,00	15,94
36	Äthiopien	14,83	0,00	14,83
37	Mali	14,83	0,00	14,83
38	Burkina Faso	14,20	0,00	14,20
39	Mazedonien	13,43	0,00	13,43
40	Mongolei	12,58	0,00	12,58
41	Ei Salvador	10,31	1,95	12,26
42	Panama	12,23	0,00	12,23
43	Kasachstan	2,56	9,60	12,16
44	Marokko	11,47	0,00	11,47

Fortsetzung

Rang	Land	KfW	DEG	Summe
45	Libanon	0,00	10,56	10,56
46	Pakistan	0,00	10,16	10,16
47	Europa, überregional	0,00	10,14	10,14
48	Russische Föderation	0,00	10,00	10,00
49	Tunesien	9,72	0,00	9,72
50	Benin	9,71	0,00	9,71
51	Kap Verde	8,69	0,00	8,69
52	Nicaragua	8,29	0,00	8,29
53	Namibia	7,11	0,00	7,11
54	Kamerun	6,14	0,92	7,06
55	Georgien	3,76	3,00	6,76
56	Kirgistan	6,59	0,00	6,59
57	Ghana	6,39	0,00	6,39
58	Senegal	6,14	0,00	6,14
59	S.A.D.C.	6,14	0,00	6,14
60	Kambodscha	6,14	0,00	6,14
61	Guatemala	5,11	0,00	5,11
62	Armenien	5,11	0,00	5,11
63	Bulgarien	5,00	0,00	5,00
64	Slowenien	0,00	5,00	5,00
65	Usbekistan	5,00	0,00	5,00
66	Thailand	0,00	4,89	4,89
67	Asien, überregional	0,00	4,40	4,40
68	Südosteuropa	4,21	0,00	4,21
69	Tschad	4,09	0,00	4,09
70	Ungarn	0,00	4,00	4,00
71	Madagaskar	3,58	0,00	3,58
72	Papua-Neuguinea	3,07	0,00	3,07
73	Honduras	2,91	0,00	2,91
74	Ruanda	2,91	0,00	2,91
75	Syrien	2,56	0,00	2,56
76	Guinea	2,50	0,00	2,50
77	Nepal	2,50	0,00	2,50
78	Nigeria	0,00	2,50	2,50
79	Kenia	2,33	0,00	2,33
80	Moldau	2,30	0,00	2,30
81	Kolumbien	2,00	0,00	2,00
82	Sierra Leone	1,77	0,00	1,77
83	Tadschikistan	1,50	0,00	1,50
84	Osttimor	1,30	0,00	1,30
85	Montenegro	0,40	0,51	0,91
86	Aserbaidschan	0,77	0,00	0,77
87	Algerien	0,70	0,00	0,70
88	Jordanien	0,47	0,00	0,47
89	Amerika, überregional	0,00	0,40	0,40
Insgesamt		1.290,67	463,73	1.754,40

BERATUNG UND ANDERE DIENSTLEISTUNGEN.



DIE KFW BAUT IHR SERVICEANGEBOT WEITER AUS.

INFORMATION UND BERATUNG IM INLÄNDISCHEN FÖRDERGESCHÄFT.

SO VIEL SERVICE WIE MÖGLICH.

Schnell informieren und individuell beraten – diesem Wunsch der Geschäftspartner hat sich die KfW 2002 verstärkt zugewandt. Als besonders erfolgreich erweist sich der Ausbau zielgruppen-spezifischer Angebote. So erfolgt die Erstinfor-

mation der Endkreditnehmer vor allem via Internet oder telefonisch durch das KfW-Informationszentrum. Die Beratung vor Ort durch Kredit-institute und Multiplikatoren unterstützt die KfW mit speziellen Workshop-Angeboten.

NEUES IM INTERNET.

Für die KfW ist das Internet das zentrale Medium für die schnelle Information zu den Förderpro-grammen. Unter www.kfw.de können Interes-sierte jetzt zielführend alles Wissenswerte zu den drei Förderbereichen Unternehmensfinan-zierung, Beteiligungsfinanzierung sowie Bauen, Wohnen und Klimaschutz abrufen. Zudem kön-nen sie gemeinsam mit interaktiven Förderbera-ttern das speziell für ihr Vorhaben zutreffende Förderprogramm auswählen. Der Online-Service Beteiligungsfinanzierung bietet darüber hinaus

einen VC-Coaching-Corner mit Tipps für eine VC-Finanzierung.

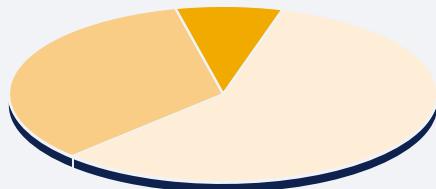
Über Kooperationen ermöglicht die KfW ihren Kunden Online-Beratung zu Themen, die über die Förderung hinausgehen. Das Interesse ist groß. 2,8 Mio Pageviews allein im Startjahr verzeichnete z. B. der neue Bauförderberater www.baufoerderer.de. Der Nutzer findet eine bisher einzigartige Kombination aus Förde-rechner und Tipps zu den Themen Finanzierung, Bauberatung und Baurecht.

BERLINER BERATUNGSZENTRUM – SERVICEPUNKT FÜR PRIVATPERSONEN UND UNTERNEHMEN.

Fundierte Beratung für eine maßgeschneiderte Finanzierung mit öffentlichen Fördermitteln – das ist Devise des Berliner Beratungszentrums der KfW. Seit Oktober 2000 bietet es eine Finan-zierungsberatung vor Ort an. Privatpersonen und Unternehmen können sich dort von den KfW-Ex-perten persönlich und umfassend beraten lassen.

Von großem Interesse für die Besucher waren 2002 vor allem die Finanzierung von Wohneigen-tum sowie die Förderung von Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen. Zum Jahresende hin wuchs das Interesse der Unternehmer an dem neuen Programm „Kapital für Arbeit“.

Beratung und andere Dienstleistungen.



Prozentualer Anteil der Kreditprogramme an der persönlichen Beratung des KfW-Beratungszentrums 2002

wohnwirtschaftliche Programme	58 %
gewerbliche Programme, inkl. Beteiligungsprogramme	34 %
Umweltprogramm, Erneuerbare Energien/100.000 Dächer	8 %

INFORMATIONSZENTRUM.

Bei Fragen rund um die KfW-Förderkredite wurde das KfW-Informationszentrum auch im letzten Jahr mit über 200.000 Anrufen sehr gut frequentiert. Im Vergleich zu den Vorjahren wuchs der Anteil der gewerblichen Themen und Interessenten. Dies ist zu einem großen Teil dem neuen Programm „Kapital für Arbeit“ zuzuschreiben. Nach wie vor ist aber das Interesse der Privatkunden an günstigen Krediten für Klimaschutz- und Energieeinsparmaßnahmen führend.

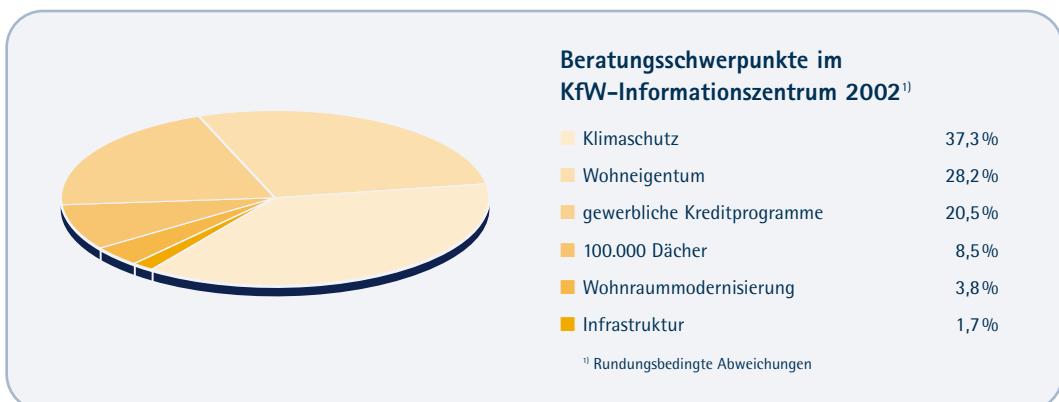
Seit dem 1.1.2003 beraten die Informationszentren der KfW und der Deutschen Ausgleichsbank institutübergreifend zu allen Förderprogrammen der „Mittelstandsbank“. Von der Existenzgründung bis zur Nachfolgeregelung werden alle Interessenten bei ihren Vorhaben mit Rat und Tat unterstützt. Hierfür wurde eine eigene Telefonnummer 0180 1 241124 im IZ eingerichtet. Im weiteren Verlauf der Fusion von KfW und DtA werden auch die Informationszentren zusammenwachsen und den Service für alle Kunden weiter verbessern.



Nutzer des KfW-Informationszentrums 2002¹⁾

Privat	54,4 %
Banken	22,6 %
Gewerbliche Anfrager	17,2 %
Berater	4,3 %
Kommunen	1,6 %

¹⁾ Rundungsbedingte Abweichungen



BERATUNGSKOMPETENZ DER GESCHÄFTSPARTNER GESTÄRKT.

Hauptpartner der KfW sind die Kreditinstitute. Im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit unterstützt die KfW die Banken und Sparkassen bei der Kundenberatung und der Durchleitung von Förderkrediten. Dies geschieht durch intensiven Erfahrungsaustausch und Workshops sowie zeitnahe Information.

Ein weiteres Projekt zur Qualifizierung von Multiplikatoren wurde erfolgreich gestartet: Kammern und Berater werden in Workshops und auf Fachtagungen noch besser mit den KfW-Förderprogrammen vertraut gemacht. Sie können dann dieses Wissen effizient und kompetent an Kunden der KfW weitergeben.

AUFGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DEUTSCHEN EINHEIT.

UMSETZUNG UND DURCHFÜHRUNG DES ALTSCHULDENHILFE-GESETZES (AHG).

Im Auftrag des Bundes und der Länder übernahm die KfW 1993 die Durchführung des Alt-schuldenhilfe-Gesetzes (AHG). Ziel des Gesetzes war, durch teilweise Entschuldung der ostdeutschen Wohnungswirtschaft die Kredit- und Investitionsfähigkeit der ostdeutschen Wohnungsunternehmen zu verbessern. Im Gegenzug verpflichteten sich die Wohnungsunternehmen, ihren Wohnungsbestand zu sanieren und 15 % des Bestandes vorzugsweise an die Mieter zu verkaufen. Damit konnte ein maßgeblicher Beitrag zur Erhöhung der Wohneigentumsquote in Ost-deutschland geleistet werden.

Im Rahmen der Zweiten Novellierung des AHG im August 2000 wurde den Wohnungsunternehmen die Erfüllung ihrer Privatisierungsverpflichtung erleichtert. So konnte bisher etwa 95 % der Wohnungsunternehmen bestätigt werden, dass sie ihre Privatisierungsverpflichtung erfüllt bzw. die Nichterfüllung nicht zu vertreten haben. Aus den Privatisierungserlösen wurden bislang rd. 820 Mio EUR an den Erblastentilgungsfonds (ELF) abgeführt.

Die Gesetzesnovelle enthielt darüber hinaus eine Verordnungsermächtigung. Sie berechtigt die Bundesregierung, zusätzliche Entlastungen

Beratung und andere Dienstleistungen.

von Altverbindlichkeiten für den Abriss oder Rückbau von Wohnraum vorzunehmen. Nach den Regelungen dieser Altschuldenhilfeverordnung kann Wohnungsunternehmen, die infolge erheblichen dauerhaften Leerstandes in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet sind, auf Antrag weitere Entlastung von Altschulden gewährt werden. Die Verordnung leistet damit einen

wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Wohnungsmarktes in den neuen Ländern. Im Auftrag des Bundes hat die KfW die Durchführung der am 1.1.2001 in Kraft getretenen Altschuldenhilfeverordnung übernommen. Die Antragsfrist läuft bis zum 31.12.2003. Bislang konnten 34 Anträge mit einem Volumen von 267 Mio EUR zugesagt werden.

BESTÄNDE AN ALTFORDERUNGEN WEITER ABGEBAUT.

Die von der KfW im Auftrag des Bundes verwalteten Altforderungsbestände konnten weiter in einem erheblichen Maße reduziert werden. Das Volumen der durch die deutsche Wiedervereini-

gung auf den Bund übergegangenen Altforderungen umfasste ursprünglich rd. 3,3 Mrd EUR. Diese wurden bis auf einen Restbestand von 92 Mio EUR abgearbeitet.

FORDERUNGEN AUS AUSSENWIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN DER EHEMALIGEN DDR.

Im Auftrag des Bundes wickelt die KfW Forderungen aus Außenwirtschaftsbeziehungen der ehemaligen DDR gegen eine Reihe ausländischer Staaten ab. Sie beliefen sich zum 31.12.2002 auf rd. 1,5 Mrd EUR. Im Berichtsjahr wurde der Saldo gegenüber der Russischen Föderation abschließend geregelt. Die Zahlungseingänge betrugen rd. 406 Mio EUR. Davon entfielen allein 350 Mio EUR auf die Russische Föderation.

Gleichzeitig bearbeitet die KfW für den Bund Rückforderungsansprüche gegen deutsche Exporteure aus unberechtigt in Anspruch genommenen Transferrubel-Verrechnungen. Hieraus hat sie in 2002 rd. 1,2 Mio EUR realisiert.

Aus beiden Komplexen zusammen hat die KfW im Berichtsjahr rd. 407 Mio EUR für den Bund eingenommen.

AUSGLEICHSFONDS WÄHRUNGSUMSTELLUNG.

Die KfW ist mit der Geschäftsbesorgung für den Ausgleichsfonds Währungsumstellung beauftragt. Er wurde im Zusammenhang mit der Währungsunion errichtet.

Zum 31.12.2002 beliefen sich die zugeteilten Ausgleichsforderungen auf 45,6 Mrd EUR. Davon

wurden 43,6 Mrd EUR in Inhaberschuldverschreibungen umgewandelt. Die Ausgleichsverbindlichkeiten bezifferten sich auf 1,9 Mrd EUR.

Unter Berücksichtigung bereits erfolgter Tilgungen betrug der Saldo gegenüber dem Erblastentilgungsfonds 3,4 Mrd EUR.

FINANZIERUNGS- UND BERATUNGSGESELLSCHAFT MBH (FUB).

Im Februar 2002 firmierte die Gesellschaft für kommunale Altkredite und Sonderaufgaben der Währungsumstellung mbH (GAW) um. Damit wurde die Verschmelzung der GAW mit der bisherigen KfW-Finanzierungsplanungs- und Beratungsgesellschaft mbH (FuB) abgeschlossen, die rückwirkend zum 1. Januar 2001 vorgenommen worden war.

Die Geschäftstätigkeit der FuB umfasst die geschäftsbesorgende Erledigung von Aufgaben der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben mit den Schwerpunkten

- Vertragsmanagement zur Überwachung und Durchsetzung der Verpflichtungen aus den Privatisierungsverträgen,
- Beteiligungsführung von Gesellschaften in Abwicklung,

- Reprivatisierung mit der Bearbeitung privater und öffentlicher Restitutionsansprüche,
- BvS-Querschnittsaufgaben wie Haushaltsplanung und Rechnungswesen.

Über 600 Privatisierungsverträge wurden dabei abschließend bearbeitet. Bei mehr als 660 Unternehmen wurde die Löschung im Handelsregister erreicht bzw. beantragt. Auch in der Restitution wurde eine deutliche Abarbeitung von offenen Fällen erreicht, trotz zusätzlich eingegangener Neuanträge.

Darüber hinaus erledigt die FuB Sonderaufgaben der Währungsumstellung, die bisher von der GAW wahrgenommen wurden, insbesondere die Ermittlung von Anspruchsberechtigten damals bestehender Devisenausländerkonten.

ENTSCHÄDIGUNGSEINRICHTUNG DER WERTPAPIERHANDELS-UNTERNEHMEN (EDW).

Die EdW sichert Kleinanleger gegen den Verlust ihrer Ansprüche aus Wertpapiergeschäften im gesetzlich definierten Mindestumfang ab. Zum 31.12.2002 waren der EdW 1.160 Wertpapierhandelsunternehmen zugeordnet.

Bei 15 der EdW zugeordneten Unternehmen stellte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (vormals das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen) den Entschädigungsfall fest. An 140 Anleger wurden Entschädigungen in Höhe von insgesamt 660.000 EUR geleistet.

REFINANZIERUNG.

Als Emittentin ist die KfW weltweit auf Erfolgskurs.

NACHFRAGE AM KAPITALMARKT ÜBERTRIFFT ERWARTUNGEN.

REKORDVOLUMEN AN KAPITALMARKTEMISSIONEN ERZIELT.

Die KfW und die KfW International Finance haben 2002 an den Kapitalmärkten langfristige Mittel von insgesamt 53,9 Mrd EUR aufgenommen. Das ist eine Steigerung von rd. 40% gegenüber dem Vorjahr (38,6 Mrd EUR). Sie übertraf bei weitem die Erwartungen.

Noch zu Beginn des Jahres 2002 gingen wir für das Geschäftsjahr von einem Gesamtrefinanzierungsvolumen in Höhe von ca. 40 Mrd EUR aus. Mitte 2002 wurde der Mittelbedarf nach oben auf 45 – 50 Mrd EUR korrigiert. Gründe dafür waren die höhere Kreditnachfrage im Aktivgeschäft, vorzeitige Tilgungen auf der Passivseite sowie die geringeren außerplanmäßigen Tilgungen. Dass

die 50-Mrd-EUR-Marke gegen Ende des Jahres deutlich übertroffen wurde, ist auf die große Nachfrage seitens der Investoren zurückzuführen. Sie hielt auch nach Erreichung unseres eigentlichen Refinanzierungsbedarfs an. Mittel, die über den Refinanzierungsbedarf hinausgingen, wurden 2002 zum Aufbau einer höheren Liquiditätsposition genutzt.

Insbesondere Fremdwährungsemissionen haben 2002 zum Rekordvolumen beigetragen. Sie nahmen um 60,5% zu und erreichten ein Volumen von 32,1 Mrd EUR. Die Euro-Emissionen stiegen um 18,4% auf 21,9 Mrd EUR.

KfW-Mittelaufnahme an in- und ausländischen Kapitalmärkten¹⁾

Angaben in Mrd EUR²⁾

	2001	2002
In EUR	18,5	21,9
darunter: Darlehen	0,7	1,3
Wertpapieremissionen	17,8	20,6
In Fremdwährung	20,0	32,1
Insgesamt	38,6	53,9 ³⁾

¹⁾ Laufzeit ab einem Jahr; KfW und KfW International Finance Inc., USA

²⁾ Umrechnung der Fremdwährungen in EUR mit Wechselkursen am Tag der Mittelaufnahme

³⁾ Abweichungen in der Summe durch Rundungen

KFW-BENCHMARK-FAMILIE ERFOLGREICH ERWEITERT.

Das €-Benchmark-Programm war auch im vergangenen Jahr weiter auf Erfolgskurs. Wie angekündigt wurden 2002 drei Anleihen mit einem Volumen von jeweils 5 Mrd EUR begeben. Obwohl das Marktumfeld schwierig war, konnten alle drei Anleihen sehr gut platziert werden. Mittlerweile können wir mit unseren Globalan-

leihen den Großteil der Zinsstrukturkurve bis zehn Jahre Laufzeit abdecken. Mit einem Anteil von 28% am Gesamtvolumen bildeten die €-Benchmarks auch 2002 den Kern unseres Refinanzierungsgeschäfts.

Angeregt durch die sehr gute Platzierung der €-Benchmarks der vergangenen zwei Jahre,

weitete die KfW auch ihre Präsenz auf dem US-Dollar-Markt mit einem vergleichbaren US\$-Programm aus. Die Nachfrage der Investoren übertraf unsere Erwartungen. Das Interesse war so groß, dass zusätzlich zu den zwei vorgesehenen USD-Globalanleihen mit einem Volumen von je 3 Mrd USD eine weitere Anleihe begeben wurde.

Durchschnittlich konnten 48% der USD-Globalanleihen bei US-Investoren platziert werden. Insbesondere diese Tatsache ist für einen ausländischen Emittenten ein sehr positives Ergebnis. Damit konnte die KfW nicht nur weltweit ihre Investorenbasis erweitern, sondern speziell in den USA neue Investorenkreise erschließen.

Mit der gelungenen Erweiterung der Benchmark-Familie um das US\$-Programm konnte die KfW ihre Benchmark-Erfolgsstory auch 2002 fortsetzen. Insgesamt trugen die KfW-Benchmark-Programme im vergangenen Jahr 46% zur Refinanzierung bei.

Neben den Benchmark-Programmen emittiert die KfW eine Vielzahl von öffentlichen Anleihen. Sie weisen in der Regel ein kleineres Emissionsvolumen auf. Zudem sind sie auf die speziellen Bedürfnisse einzelner Investorengruppen zugeschnitten, z.B. auf die Bedürfnisse der Kunden der Bank, die mit der Platzierung der Emission betraut ist. Diese Anleihen deckten 24% des Refinanzierungsvolumens ab.

Einen weiteren Höhepunkt des Jahres 2002 markierte eine so genannte Uridashi-Anleihe. Mit ihr konnte die KfW erstmals eine nicht auf japanische Währung lautende Anleihe mit einem Volumen von 150 Mio EUR bei japanischen Privatkunden platzieren. Außerdem wurden zum ersten Mal zwei kündbare USD-Globalanleihen über jeweils 1 Mrd USD begeben.

€-Benchmark-Programm 2002

	Mrd EUR	Laufzeit	Zinssatz in %
KfW-€-Benchmark IV	5,0	bis 04.07.2012	5,25
KfW-€-Benchmark V	5,0	bis 17.08.2007	4,75
KfW-€-Benchmark VI	5,0	bis 15.11.2005	3,50

US\$-Programm 2002

	Mrd USD	Laufzeit	Zinssatz in %
USD-Globalanleihe I	3,0	bis 24.01.2007	4,75
USD-Globalanleihe II	3,0	bis 18.04.2005	4,25
USD-Globalanleihe III	3,0	bis 17.10.2005	2,50

PRIVATPLATZIERUNGEN GEWINNEN AN BEDEUTUNG.

Im Bereich der maßgeschneiderten Emissionen für institutionelle Anleger nimmt die KfW weltweit eine führende Position ein. Es handelt sich dabei um so genannte Privatplatzierungen. Insgesamt wurden 425 Emissionen mit einem Gesamtvolumen von 14,1 Mrd EUR 2002 begeben. Das entspricht einem Zuwachs im Volumen von fast 70% gegenüber dem Vorjahr. Die Mehrzahl

der Papiere – wiederum rd. 70% des Volumens – wurde als strukturierte Anleihen begeben. Häufiges Strukturierungsmerkmal sind Schuldnerkündigungsrechte. Sie wurden 2002 von der KfW und der KfW International Finance bei Wertpapieren in einem Gesamtvolumen von 5,14 Mrd EUR ausgeübt.

Privatplatzierung 2002 nach Währungen¹⁾

	Alle Privatplatzierungen			Strukturierte Privatplatzierungen		
	Anzahl	Mrd EUR ²⁾	%	Anzahl	Mrd EUR ²⁾	%
Euro	19	1,07	7,6	7	0,46	4,6
US-Dollar	103	7,35	52,0	92	6,27	62,5
Japanische Yen	291	4,23	29,9	275	3,26	32,5
Sonstige	12	1,48	10,5	1	0,04	0,4
Insgesamt	425	14,13	100	375	10,03	100

¹⁾ Laufzeit ab einem Jahr; KfW und KfW International Finance Inc., USA

²⁾ Umrechnung der Fremdwährungen in EUR mit Wechselkursen am Tag der Mittelaufnahme

2002 WAR DAS JAHR DES US-DOLLARS.

Zum ersten Mal hat das Emissionsvolumen in US-Dollar die Mittelaufnahmen in Euro überflügelt. Dazu trug insbesondere das neu gestartete US\$-Programm bei. Die Anleihen in US-Dollar umfassten ca. 43,7 % des Gesamtvolumens. Euro-Anleihen machten ca. 40,5% aus. Dieses Ausnahmeergebnis ist zum einen auf unsere Anstrengungen zurückzuführen, die Investorenbasis in den USA zu erweitern. Zum anderen wurde es durch die günstigen Refinanzierungsbedingungen auf dem US-Dollar-Markt im vergangenen Jahr sowie durch die hohe Nachfrage nach US-Dollar seitens der Investoren begünstigt. Weitere wichtige Fremdwährungen für die KfW waren der japanische Yen und das britische Pfund.

Um die Risiken aus der Refinanzierung in fremden Währungen, die nicht für die Refinanzierung von Aktiva in entsprechenden Währungen benötigt werden, abzusichern und die Zinsrisiken zu steuern, setzt die KfW Derivate ein. Zins- und Währungswaps wurden in einem Volumen von 87,7 Mrd EUR neu abgeschlossen. Mit dem Abschluss von Währungswaps werden Mittelaufnahmen in Fremdwährungen zu einem erheblichen Teil in Euro umgewandelt und zur günstigen Refinanzierung unserer Förderprogramme eingesetzt.

KfW-Mittelaufnahme 2002 nach Währungen¹⁾

	Mrd EUR ²⁾	%	Mrd je Währung
Euro	21,9	40,5	
Britische Pfund	2,6	4,8	1,6 GBP
US-Dollar	23,6	43,7	21,8 USD
Japanische Yen	4,2	7,8	500,1 JPY
Sonstige	1,7	3,2	
Insgesamt	53,9³⁾	100,0	

¹⁾ Laufzeit ab einem Jahr; KfW und KfW International Finance Inc., USA

²⁾ Umrechnung der Fremdwährungen in EUR mit Wechselkursen am Tag der Mittelaufnahme

³⁾ Abweichung in der Summe durch Rundungen

POSITION IM GELDMARKT WURDE WEITER AUSGEBAUT.

GELDMARKTAKTIVITÄTEN DEUTLICH GEWACHSEN.

Im Geldmarkt kann die KfW ebenfalls auf ein positives Jahr zurückblicken. Im Euro-Commercial-Paper-Markt konnte die KfW ihre Stellung als eine der führenden Emittentinnen weiter ausbauen. Investoren können hier mit einem über Laufzeiten und Währungen äußerst flexiblen Instrument den Kredit der Bundesrepublik Deutschland im Segment kurzfristiger Wertpapiere erwerben. Im Jahr 2002 konnte im Multi-Currency-Commercial-Paper-Programm mit über 500 Transaktionen ein Gesamtvolumen von 38,8 Mrd EUR emittiert werden. Dies bedeutet ein Wachstum von rd. 55% im Vergleich zum Vorjahr. Die Mittel wurden zur kurzfristigen Liquiditätssteuerung der KfW eingesetzt.

Daneben ist die KfW International Finance mit einem US-Commercial-Paper-Programm in den USA vertreten, dem weltweit größten Commercial-Paper-Markt. Hier konnten mit über 1.000 Transaktionen insgesamt 33,8 Mrd USD emittiert werden. Das entspricht einem Wachstum von knapp 15% im Vergleich zum Vorjahr. Um das Marktpotenzial der KfW International Finance in den USA noch besser zu nutzen, sollen 2003 die Aktivitäten in diesem Marktsegment weiter ausgeweitet werden. Dazu wird das Programm auf 6 Mrd USD vergrößert.

INVESTOR-RELATIONS-AKTIVITÄTEN TRUGEN ZUM ERFOLG BEI.

Die im Jahr 2001 gegründete Investor Relations-Abteilung der KfW hat 2002 ihre Aktivitäten erfolgreich fortgesetzt. Der kontinuierliche Dialog mit Investoren wurde weltweit ausgeweitet. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Verbreiterung der Investorenbasis in den USA. Um unsere Investoren weltweit über die aktuellen Refinanzierungsaktivitäten der KfW auf dem Laufenden zu halten, wird vierteljährlich der Newsletter „update“ in deutscher und englischer Sprache versendet. Über unsere Investor-Relations-Hotline (Tel. +49 69 74 31 22 22) können Investoren jederzeit Informationen zur KfW und ihren Wertpapieren erhalten – oder per E-Mail unter kfw.fm@kfw.de.

Für die Kommunikation mit der nationalen und internationalen Finanzpresse wurde die Presseabteilung der KfW-Bankengruppe bereits 2001 ausgebaut. Damit ist gewährleistet, dass die (Fach-)Journalisten kontinuierlich über die Kapitalmarktaktivitäten der KfW informiert werden. Im vergangenen Jahr wurden halbjährlich stattfindende Pressekonferenzen in Frankfurt und London eingeführt, bei denen die Journalisten ausführliche Informationen über die Kapitalaktivitäten der KfW und einen Ausblick auf das anstehende Halbjahr erhalten.

AUSBLICK AUF DAS JAHR 2003.

Für das Jahr 2003 geht die KfW von einem Mittelbedarf im Kapitalmarkt von 45–50 Mrd EUR aus. Die beiden Benchmark-Programme werden auch in 2003 fortgeführt. Im Rahmen des €-Benchmark-Programms sollen weitere Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 15 Mrd EUR begeben werden. Für den US-Dollar-Markt sind Emissionen im Rahmen des US\$-Programms in Höhe von insgesamt mindestens 6 Mrd USD geplant.

In 2003 werden wir unseren Kapitalmarktauftritt weiter vereinheitlichen. Zu diesem Zweck haben wir im vergangenen Jahr damit begonnen, Privatplatzierungen in US-Dollar direkt über die KfW zu emittieren. In 2003 wird dies auch für USD-Globalanleihen gelten. Lediglich das US-Commercial-Paper-Programm wird weiterhin über die KfW International Finance emittiert.

INFORMATIONSTECHNOLOGIE.

Neue IT-Projekte bringen die KfW nach vorn.

AUTOMATISIERUNG DES KREDITGESCHÄFTS SCHREITET FORT.

Die IT-Anwendungen für das Investitionskreditgeschäft wurden weiter ausgebaut. Ziel ist eine möglichst flexible Unterstützung des Geschäftsfelds. So konnten neue Kreditprogramme wie „Sonderprogramm Hochwasser“ und „Kapital für Arbeit“ in äußerst kurzer Zeit umgesetzt werden. Dabei wurden die bestehenden Großrechnerapplikationen durch neue Geschäftsmodelle, wie z.B. variable Marge, und modernste Internet-Technologie erweitert.

Mit der neuen elektronischen Formularsammlung im Internet und ihrer Integration in die Datenfernübertragung (DFÜ) wurde den

Partnerbanken eine leistungsfähige Kommunikationsplattform zur Verfügung gestellt. Seit Anfang 2003 steht sie für den Einsatz bereit. Sie arbeitet auf der Basis des für die KfW und die DtA vereinheitlichten Antragsformulars. Damit setzt sie wichtige Elemente der Zusammenführung von DtA und KfW um.

Verschiedene Projekte im Zahlungsverkehr, u.a. die Einführung von RTGSplus, stellen sicher, dass die KfW auf diesem Gebiet auf dem neuesten Stand der Technik bleibt und interne Abläufe des Zahlungsverkehrs weitestgehend automatisiert durchgeführt werden können.

STANDARDSOFTWARE „SUMMIT“ ERFOLGREICH EINGEFÜHRT.

Die stufenweise Einführung der integrierten Standardsoftware für Handel, Abwicklung und Abrechnung „Summit“ konnte in diesem Jahr erfolgreich zu Ende geführt werden. Nach der in 2001 gelungenen Integration der derivativen Geschäfte (OTC) wurden 2002 in zwei aufeinander folgenden Projektschritten zunächst alle Geldhandelsgeschäfte (Money Market) und anschließend die Wertpapierseite (Bond Market) in das System eingebunden.

Gleichzeitig wurden die verschiedenen Informationssysteme für die Refinanzierung auf ein einheitliches Passiv-Informationssystem umgestellt. Seine Aufgabe ist es, umfangreiche Informationen für die Entscheidungen des Managements bereitzustellen. Mit Abschluss der Projekte hat sich die Bank in diesem innovativen Marktsektor fachlich und technisch sehr gut positioniert.

KREDITRISIKOSTEUERUNG WEITER OPTIMIERT.

Mit neuen IT-Strukturen zur Verwaltung von Unternehmensverflechtungen hat die KfW die Grundlage für die Kreditrisikosteuerung auf Basis von Risikoeinheiten geschaffen. Weiterhin wurde das Rating-Instrumentarium der KfW um neue, innovative Verfahren ergänzt. Dabei wurden Web-

Browser-basierte Anwendungssysteme entwickelt. Sie verbinden die Dynamik und Flexibilität der Internet-Technologie mit der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit von Großrechneranwendungen.

IT-BETRIEBSPROZESSE AUF ITIL-STANDARD UMGESTELLT.

Alle wesentlichen Prozesse des IT-Betriebs wurden auf Basis des international anerkannten ITIL-Standards neu modelliert und tool-unterstützt eingeführt. Dadurch werden nicht nur die operationalen Risiken in der IT minimiert. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen

an die IT werden so optimal unterstützt. Zusammen mit dem Aufbau einer zentralen Überwachung des Netzwerks (inkl. aller Server) positioniert sich der Rechenzentrumsbetrieb innerhalb der Bankengruppe als professioneller Serviceprovider.

IT-INFRASTRUKTUR VERBESSERT.

2002 wurde das Projekt „Erweiterung der externen Zugänge zum KfW-Netzwerk“ umgesetzt. Dadurch können die Auslandsbüros und die Mitarbeiter der KfW nun von fast jedem Punkt der Welt aus auf interne geschäftsrelevante Daten zugreifen. Mit dem VPN (Virtual Private Network) setzt die KfW hierfür eine verlässliche Technologie ein, die den heutigen Sicherheitsanforderungen entspricht.

Gleichzeitig wurde im Jahr 2002 eine Terminalserverfarm größerem Umfang konzipiert und aufgebaut. Sie ermöglicht den zentralen Betrieb von Anwendungen und trägt zu einer deutlichen „Verschlankung“ der Arbeitsplatzrechner bei. Damit reduziert sich der Aufwand für Softwarewartung und Relasewechsel erheblich.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER.

Sie sind das wichtigste Potenzial der KfW.

DER KFW-KOMPASS IN DER UMSETZUNGSPHASE.

Engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Potenzial der Bank. Sie tragen dazu bei, den neuen KfW-Konzern aufzubauen. Nur mit ihnen können wir den veränderten Kunden- und Marktansprüchen offensiv begegnen.

Die „neue“ KfW-Bankengruppe wird auf jenen Werten aufbauen, die das Unternehmen schon immer ausgezeichnet haben. Doch um den künftigen Aufgaben gewachsen zu sein, bedarf es zum einen einer Positionsbestimmung, die zeigt, wo wir herkommen und wo die Bank momentan steht. Zum anderen benötigen wir ein Navigationsinstrument, das zeigt, wie die KfW, die einzelnen Unternehmensbereiche, aber auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die kommenden Chancen und Herausforderungen besser nutzen und bewältigen können. Diese Aufgaben erfüllt das Leitbild der KfW, der „KfW-Kompass“.

An den Werkstattgesprächen zur Umsetzung des Leitbilds, die quer über alle Hierarchieebenen

gingen, nahmen mehr als 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teil. Die Gesprächsrunden waren unterschiedlich angelegt: als Diskussionsrunde mit einem externen Pressevertreter, als Gespräch mit einem beschränkten Teilnehmerkreis (z.B. Trainees, Mitarbeitern der operativen Bereiche) oder als Gespräch zu einer speziellen Thematik (z.B. „Karrierechancen bei Frauen“, „Kundenge-danke“, „Nachhaltigkeit“).

Ein weiterer Schwerpunkt bei der Umsetzung des Leitbildes ist der so genannte Kompass-Wettbewerb. Er trat zum 1.11.2002 in Kraft und löste das bisherige betriebliche Vorschlagswesen ab, das dadurch wesentlich attraktiver gestaltet wurde. Die Kreativität und das Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden nun noch stärker „gefordert“, aber auch „gefördert“. Generelles Ziel ist, die Arbeits- und Kommunikationsabläufe im Sinne des Kompasses zu verbessern.

ENTWICKLUNG DES PERSONALBESTANDES UND DER PERSONALSTRUKTUR.

Die KfW hat 2002 ihre Belegschaft weiter aufgestockt. 74 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden neu eingestellt. Zum Jahresende 2002 beschäftigte die KfW 2.264 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das sind 3,4% mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich in Frankfurt um 78 auf 1.898 und damit um 4,3% gegenüber dem Vorjahr. In der Niederlassung Berlin und den Außenstellen sank sie erneut um 4 auf 366 und nahm damit um 1,1% ab. Insgesamt betrachtet, fiel das Personalwachstum für die gesamte KfW deutlich gerin-ger aus und lag 2002 nur noch bei der Hälfte des Vorjahres.

Das personelle Wachstum in Frankfurt er-streckte sich im Wesentlichen auf den Kredit- und den Stabsbereich. Im Kreditbereich konzen-

trierte sich das Personalwachstum auf die Schaf-fung der neuen Bereiche „Kreditverbriefung“ und „Bestandsmanagement Export- und Projektfinan-zierung“. Dagegen stieg der Personalbestand im Kreditbereich „Förderung der deutschen Wirt-schaft“ nur unterdurchschnittlich an. In den Stabsbereichen lag ein Schwerpunkt des Perso-nalwachstums in der Stärkung der Risikosteue-rung und – wie schon in den Vorjahren – im Ausbau der Informationstechnologie und IT-Koordination. Im Zuge einer Neuorganisation wurden die Abteilungen „Recht“, „Transak-tions- und Sicherheitenmanagement“ und „Restruk-turierungen“ zu eigenständigen Bereichen aus-gebaut. Dies trägt nun auch organisatorisch der gewachsenen Bedeutung dieser Bereiche Rechnung.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Gegensatz zur Personalentwicklung im Kredit- und Stabsbereich ist der Personalbestand im Geschäftsfeld „Förderung der Entwicklungsländer“ deutlich gesunken.

In der Niederlassung Berlin geht der Personalbestand weiterhin in dem Maße zurück, wie die restlichen Aufgaben aus der Zeit der Staatsbank abgeschlossen sind. Dies entspricht dem Trend der vergangenen Jahre. Der Personalk Rückgang vollzieht sich im Rahmen planmäßiger oder vorgezogener Pensionierungen. Gleichzeitig ist es gelungen, die jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aufgrund der Aufgabenerledigung im Altgeschäft frei wurden, mit Aufgaben im inländischen Förderkreditgeschäft zu betrauen.

Der Anteil der außertariflich Beschäftigten in der KfW ist erneut deutlich gestiegen und beträgt 68,2% (66,5%). Der Frauenanteil ist mit 48,3% (47,8%) ebenso angestiegen wie der Anteil der Frauen bei den außertariflich Beschäftigten mit

36,7% (35,5%). Das vor drei Jahren entwickelte Verfahren der Potenzialeinschätzung und die besondere Förderung qualifizierter Frauen führte zu einem höheren Frauenanteil unter den Führungskräften. Er stieg auf 16,5% (14,9%). Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist schon seit langem ein wichtiges Ziel der Personalarbeit. Dies entspricht dem Kerngedanken des im Dezember 2001 in Kraft getretenen und auch für die KfW geltenden Bundesgleichstellungsgesetzes. Gemäß den Regelungen dieses Gesetzes bestellte der Vorstand nach vorangegangener Wahl zum 1. Juli 2002 die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Vertreterin.

Der Anteil der Schwerbehinderten ist angesichts des gewachsenen Personalbestandes und einiger Pensionierungen leicht um 0,3% auf 5,6% gesunken. Mit ihrem Engagement um die Integration Schwerbehinderter liegt die KfW weiterhin deutlich über der gesetzlich geforderten Quote von 5%.

PERSONALAUFWAND GESTIEGEN.

Der Personalaufwand insgesamt stieg 2002 um 11,3% auf 205,5 Mio EUR (184,7 Mio EUR). Die Gehälter erhöhten sich um 6,5% auf 145,1 Mio EUR (136,2 Mio EUR). Die sozialen Abgaben nahmen um 4,4% zu und betragen 21,4 Mio

EUR (20,5 Mio EUR). Die Aufwendungen für die Altersversorgung stiegen auf 38,9 Mio EUR (28,0 Mio EUR). An Pensionäre und Hinterbliebene wurden 15,8 Mio EUR (14,1 Mio EUR) gezahlt.

FÖRDERUNG VON NACHWUCHSKRÄFTEN.

Die KfW richtete erneut ihre besondere Aufmerksamkeit darauf, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzubilden und zu fördern sowie gut ausgebildete Nachwuchskräfte zu gewinnen. 22 Auszubildende (24) begannen im Berichtsjahr ihre Berufsausbildung. Zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres im Herbst 2002 waren 63 Auszubildende (60) in der beruflichen Erstausbildung.

In den neuen Bundesländern haben junge Menschen nach wie vor besondere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz in ihrer näheren Umgebung zu finden. Deshalb berücksichtigt die KfW seit Jahren bei der Besetzung von Aus-

bildungsplätzen auch Bewerbungen aus den neuen Bundesländern. Ihr Anteil liegt bei der Hälfte aller Auszubildenden.

Die Zahl der Teilnehmer an unseren hausinternen einjährigen Trainee-Programmen fiel leicht von 63 auf 61. Die Jungakademiker werden auf ihre künftige Tätigkeit als Kreditsachbearbeiter, Projektmanager in der Finanziellen Zusammenarbeit oder Sachbearbeiter in den Stabsabteilungen vorbereitet. Zum Jahresende beschäftigte die KfW insgesamt 107 Auszubildende und Trainees. Im Vorjahr waren es 105 gewesen. Darüber hinaus beschäftigte die Bank 50 Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihres Schulpraktikums.

PERSONALEMENTWICKLUNG UND -EINSCHÄTZUNG.

Die KfW bietet ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein umfangreiches internes Fortbildungsprogramm an. Insgesamt 360 interne Weiterbildungsveranstaltungen zu den Themen Fach-, Sozial- und Managementkompetenz wurden im Jahr 2002 durchgeführt. Dieses Qualifizierungsangebot wurde ergänzt durch zahlreiche Sprachkurse für insgesamt acht Fremdsprachen. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, an externen Veranstaltungen wie Kongressen, Fachtagungen und -seminaren teilzunehmen.

Neben Standardangeboten für die Fortbildung werden zunehmend individuelle Angebote

für Abteilungen, Teams und auch einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konzipiert.

Das Verfahren der Potenzialeinschätzung ermöglicht die Erstellung von individuellen Entwicklungsplänen. So können Mitarbeiter gezielt gefördert und auf Führungsaufgaben vorbereitet werden. Von den in der Potenzialeinschätzung angemeldeten 336 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben sich 280 durch ihre Vorgesetzten einschätzen lassen. 262 haben das Potenzialinterview absolviert und 182 den Potenzialentwicklungsworkshop besucht.

VERÄNDERUNGSMANAGEMENT IN DER KFW.

Seit Mai 2002 begleitet die Personalentwicklung das Projekt „TEMPO“ des Länderbereichs. Im Rahmen des Projekts unterstützt sie die Implementierung der neuen Organisationsstruktur (zur Zielsetzung des Projekts siehe S. 75).

Die Aufgaben des Veränderungsmanagements lagen vor allem in der Konzeption und Durchführung eines adäquaten Stellenbesetzungsverfahrens, in der Schaffung eines einheitlichen Verständnisses der neuen Führungsrollen, in der Initiierung von Teambildungsprozessen und in der Etablierung von funktionsfähigen Schnittstellen.

An Stelle der bisherigen „Unterabteilungen“ wurden Regional- und Fachteams gebildet. Dadurch veränderte sich der Arbeitsplatz für fast 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das betraf sowohl Führungskräfte, Projektmanager, technische Sachverständige, Sektorökonomen wie auch Tarifmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Sie erhielten die Möglichkeit, über ein Präferenzbekundungsverfahren drei Wunschpositionen innerhalb der neuen Struktur zu benennen und sich entsprechend ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten zu bewerben. Das Besetzungsverfahren wurde in enger Abstimmung mit der Perso-

nalvertretung durchgeführt. Es stieß bei allen Beteiligten auf eine hohe Akzeptanz.

Die Führungsrollen des Länderbereichs wurden im Zuge der neuen Struktur modifiziert bzw. teilweise neu geschaffen. Die Führungskräfte können sich nun stärker auf Führungs-, Steuerungs- und strategische Aufgaben konzentrieren. Um diese Neuorientierung für die Führungskräfte greifbar zu machen, wurden seit Anfang September 2002 insgesamt sieben „Rollen-Workshops“ durchgeführt. In diesen zweitägigen Workshops klärten und vereinbarten die Führungskräfte ihre neuen Rollen. Dies geschah auf der Grundlage von erarbeiteten Rollenbeschreibungen. Gleichzeitig definierten sie die dafür erforderlichen Kompetenzen.

Die neue Struktur trat am 1.1.2003 in Kraft. Sowohl der Start als auch die Konstituierung der neuen Regionen wird durch Teamentwicklungsworkshops unterstützt. Zwischen Ende Januar und Anfang März 2003 fanden sechs zweitägige Workshops statt. In den Workshops arbeiteten die Teams jeder Region parallel, übertrugen das Regionalkonzept auf die Teamebene, klärten intern ihre Rollen und vereinbarten Spielregeln der Kommunikation und Zusammenarbeit.

AUDIT „BERUF UND FAMILIE“.

Die KfW hat im Jahr 2001 das Grundzertifikat im Rahmen des Audits „Beruf und Familie“ erhalten. Mit dieser Grundauditierung wurden der Bestand familienorientierter Maßnahmen sowie weiterführende Zielvorgaben für eine familienbewusste Personalpolitik begutachtet. Dies geschah mit Unterstützung der „Gemeinnützigen Hertie Stiftung“.

Die Zielvorgaben basierten auf zwei umfassenden Befragungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei wurde der Familienbegriff sehr weit gefasst, so dass sich auch Singles wie auch kinderlose Paare wieder finden konnten und damit letztlich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unabhängig von ihren privaten Lebensumständen. Ein zentrales Ergebnis der Umfragen war der Wunsch nach Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsorts. Darüber hinaus sprachen sich die Befragten für ein stärker familien-

orientiertes Führungsverhalten, die Einbindung eines Familienservice und mehr Chancengleichheit für Frauen aus. Ein besonderes Anliegen war ihnen dabei die Analyse und Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen, die sich z.B. in der Potenzialanalyse und bei Führungsfunktionen zeige.

Arbeitsgruppen werteten die Umfragen aus und setzten praktische Empfehlungen seitens der Mitarbeiter unmittelbar um. So wurde der Familienservice eingerichtet, und die Regeln zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsorts wurden erarbeitet.

Mit einer familienbewussten Personalpolitik stärkt die KfW die Motivation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bindet sie auch bei familienbedingten Auszeiten an das Unternehmen. Gleichzeitig erhöht sie damit auch die Attraktivität der Bank am Arbeitsmarkt.

EINSCHÄTZUNG DER FÜHRUNGSKRÄFTE DURCH IHRE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER.

Die KfW startete im Herbst 2002 die Pilotphase für das KfW-Führungskräfte-Feedback, eine 270°-Rundumeinschätzung für Führungskräfte. Dieses Verfahren wurde von der Personalabteilung gemeinsam mit den Führungskräften entwickelt.

Führungskräfte können sich nun dem Feedback ihrer Mitarbeiter, von nachgeordneten Führungskräften, ihrer Kollegen und internen „Kunden“ sowie von Schnittstellenpartnern stellen und deren Urteil mit ihrem Selbstbild vergleichen. Der Fokus liegt dabei auf der Einschätzung von unten durch die Mitarbeiter. Die ersten Führungskräfte haben bereits Feedback-Workshops mit ihren Teams absolviert. Ziel ist, dass Vorgesetzte und Mitarbeiter gemeinsam ihre Zusammenarbeit und Kommunikation optimieren.

Die Workshop-Erkenntnisse können die Führungskräfte zudem für ihre individuelle Entwicklung nutzen.

Die Einschätzung durch die Mitarbeiter erfolgt in Form eines Fragebogens, der die verschiedenen Aspekte von Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation abbildet.

Die Pilotphase mit 24 „Piloten“ und ihren Teams wird bis ins Frühjahr 2003 andauern. Dann soll dieses Instrument unternehmensweit Führungskräften und ihren Teams angeboten werden. Dies ist ein weiterer Schritt zur Stärkung der internen Kommunikation, wobei dieses Feedback positiv als Chance begriffen werden soll. Auch dies entspricht dem „Kompass“ – dem neuen Leitbild der KfW.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

ERWEITERUNGSBAUTEN.

Nach weniger als 15 Monaten Bauzeit konnte im Oktober 2002 die neue „Ostarkade“ entlang der Palmengartenstraße bezogen werden. In sieben Obergeschossen sind auf rd. 11.700 m² Arbeitsplätze für ca. 300 Mitarbeiter geschaffen worden. Außerdem entstanden 13 Wohnungen. Mit diesem Neubau wurden neue Standards hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Nutzerkomfort und Ökologie gesetzt. Das Ziel ist insbesondere ein umwelt- und ressourcenschonender Energieverbrauch, bei dem der Primärenergiebedarf von maximal 100 kWh (m²a) unterboten wird.

Die KfW mietete zudem ein weiteres Gebäude mit rd. 600 Arbeitsplätzen an. Sie schuf damit Platz für die anstehende, umfassende Revitalisierung des Hauptgebäudes. Der in den 60er Jahren errichtete Gebäudekomplex entspricht nicht mehr den bautechnischen, energetischen und büroarchitektonischen Ansprüchen. Insbesondere soll er für flexible Büronutzungsformen umgebaut werden.

DANK AN DIE MITARBEITERINNEN, MITARBEITER UND DIE PERSONALVERTRETUNGEN.

Unsere Anerkennung und unser Dank gelten allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben sich tatkräftig und erfolgreich für die Belange der KfW eingesetzt. Mit ihren Leistungen erbrachten sie einen wichtigen Beitrag zur Förderung der deutschen Wirtschaft und der Entwicklungsländer.

Wir haben die anstehenden personellen, sozialen, organisatorischen und wirtschaftlichen

Fragen in regelmäßigen Gesprächen mit der jeweils zuständigen Personalvertretung erörtert. Dabei haben sich die Vertretungen im Rahmen ihrer Aufgabenstellung für die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Engagement eingesetzt. Wir danken dem Gesamtpersonalrat und den örtlichen Personalvertretungen für die gute, vertrauensvolle und sachliche Zusammenarbeit des vergangenen Jahres.

IN MEMORIAM.

Wir trauern um unsere 2002 verstorbenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Heidemarie Hawer, Günter Rybar sowie um unsere Pensionärinnen und Pensionäre Heinz-Rudi Biallas, Ernst Braun, Helmut Heinich, Marie Kiesler,

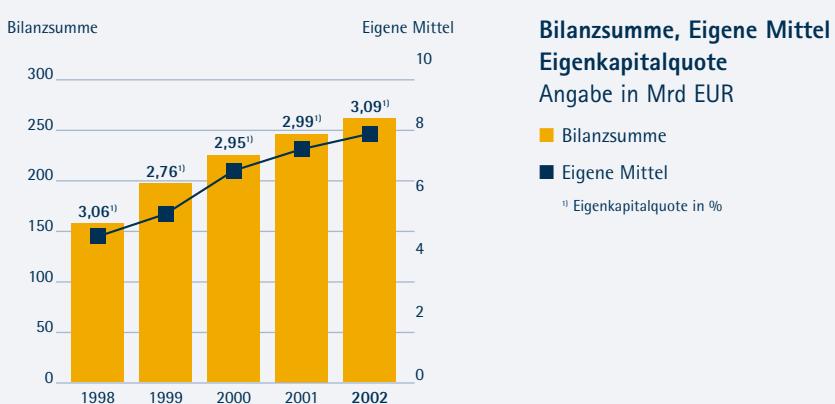
Hans Möller, Dr. Peter Mohnhaupt, Fritz Müller, Franz Peltzer, Karl-Heinz Porzezynska, Manfred Rolle, Elfriede Schröppel, Friedrich Stümpel, Klara Wende. Wir werden sie in dankbarer Erinnerung behalten.

LAGEBERICHT UND KONZERNLAGEBERICHT.

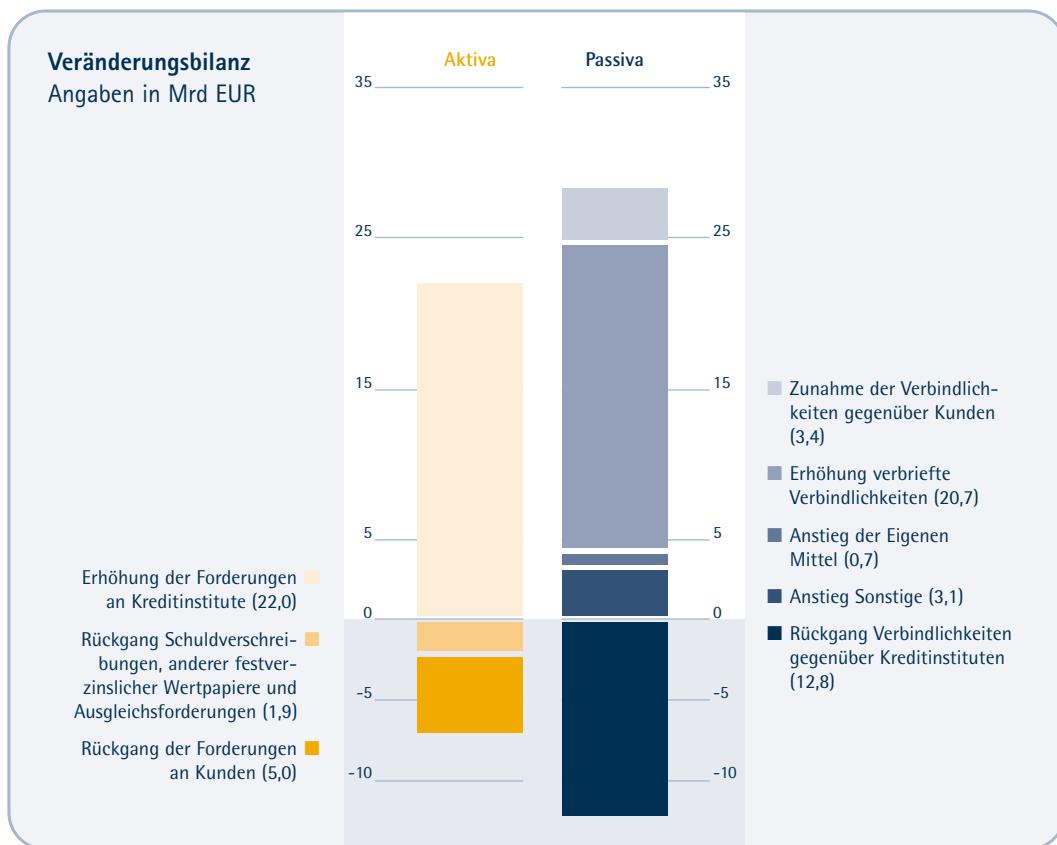
ÜBERBLICK.

Die KfW bildet zusammen mit der Finanzierungs- und Beratungsgesellschaft mbH (FuB), der KfW International Finance Inc. (KfW-Finance), der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) und der KfW Beteiligungsholding GmbH den KfW-Konzern. Die IKB Deutsche Industriebank AG (IKB) wird als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Die im Lagebericht beschriebene Entwicklung des Konzerns ist unverändert maßgeblich vom Jahresabschluss der KfW geprägt.

Im Geschäftsjahr konnte die Konzernbilanzsumme weiter deutlich um 15,2 Mrd EUR (6%) auf 260,9 Mrd EUR gesteigert werden. Insbesondere das anhaltend dynamische Wachstum im inländischen Kreditgeschäft ließ die Forderungen gegenüber Kreditinstituten um 22,0 Mrd EUR bzw. 20% zunehmen. Gegenläufig wirkte der Rückgang der Forderungen gegenüber Kunden um 5,0 Mrd EUR (5%) auf 85,8 Mrd EUR sowie der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere um 1,9 Mrd EUR (8%) auf 20,5 Mrd EUR.

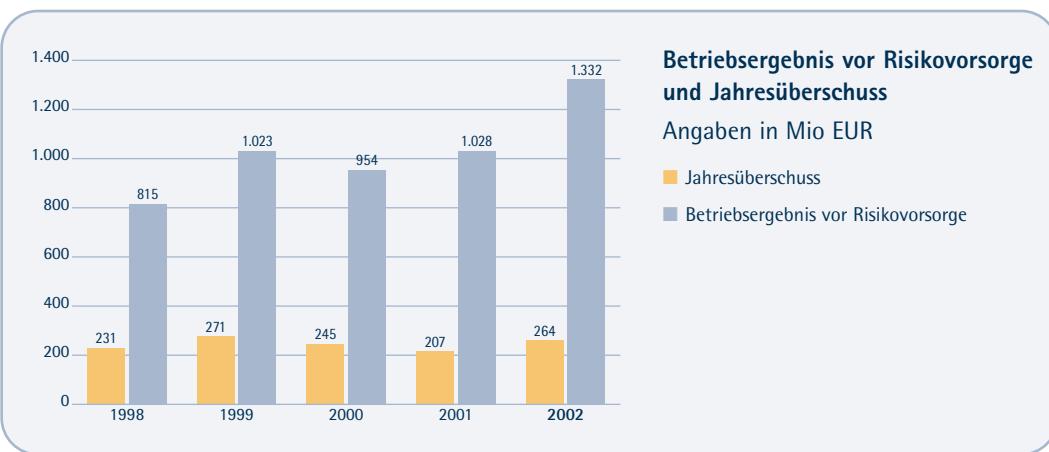


Lagebericht und Konzernlagebericht.



Das Ergebnis der KfW-Bankengruppe ist im Jahr 2002 von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Einerseits konnte ein zufriedenstellendes Konzernbetriebsergebnis vor Risikovorsorge von 1.332 Mio EUR erzielt werden, das gegenüber dem Vorjahr um 304 Mio EUR zunahm. Dazu hat vor allem ein um 316 Mio EUR auf 1.525 Mio EUR gestiegener Zinsüberschuss beigebracht. Andererseits wurde – wie bisher auch – allen erkennbaren Risiken vorsichtig Rechnung

getragen. Aufgrund der anhaltend schwachen welt- und binnengewirtschaftlichen Konjunktur spiegelt sich dies in der Position Risikovorsorge/Bewertungsergebnis wider, die im Jahresabschluss 2002 gegenüber dem Vorjahr mit 1.022 Mio EUR um 239 Mio EUR höher ausgewiesen wird. Trotz dieser Belastungen erzielte die KfW-Bankengruppe einen Jahresüberschuss von 264 Mio EUR, der über dem Vorjahreswert von 207 Mio EUR liegt.



KREDITVOLUMEN.

Das Konzernkreditvolumen (Kreditforderungen einschließlich Treuhand- und Avalkrediten) stieg auf 237,3 Mrd EUR (Vorjahr: 210,0 Mrd EUR). Diese Steigerung ist einerseits auf die um 13,8 Mrd EUR höheren Investitionskredite für die deutsche Wirtschaft zurückzuführen. Der Anteil am Konzernkreditvolumen beträgt hier nach wie vor 58%. Andererseits stiegen die Avalkredite – aufgrund der Ausweitung der Verbriefungstransaktionen von Mittelstands- und Wohnungs-

baukrediten – um 18,8 Mrd EUR auf 31,7 Mrd EUR bzw. auf 13% des Kreditvolumens an.

Dagegen ging das Volumen der Export- und Projektfinanzierung, deren Anteil am Kreditvolumen 20% beträgt, insbesondere aufgrund des niedrigeren USD-Kurses um 4,8 Mrd EUR (9%) zurück. Die Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer (9% des Kreditvolumens) blieben nahezu konstant.



Lagebericht und Konzernlagebericht.

Für die inländischen Investitionskredite haften überwiegend durchleitende Banken. Garantien des Bundes und Risikobeteiligungen von Geschäftsbanken begrenzen die Risiken aus Exportkrediten zu einem großen Teil. Vertragliche Vereinbarungen mit dem Bund schließen Risiken für die KfW aus den Krediten zur Förderung der Entwicklungsländer weitgehend aus. Soweit im Eigenrisiko verbleibende Kreditengagements akut oder latent gefährdet sind, sind diese Risiken durch nach vorsichtigen Maßstäben bemessene

Wertberichtigungen, Rückstellungen sowie den Fonds für allgemeine Bankrisiken abgesichert.

Auch 2002 hat die KfW einigen Kreditnehmern Zahlungserleichterungen durch Umschuldungen oder Stundungen auf der Grundlage bilateraler und multilateraler Umschuldungsvereinbarungen eingeräumt. Sie beliefen sich bei Haftungsforderungen auf 805 Mio EUR. Ausgebucht wurden im Berichtsjahr notleidende Kreditforderungen über 293 Mio EUR, davon gegenüber inländischen Kreditnehmern 106 Mio EUR.

Kreditvolumen KfW-Konzern 2002

Angaben in Mio EUR und %

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	in %
Förderung der deutschen Wirtschaft				
■ Investitionsfinanzierung	136.179	122.366	13.813	11
■ Export- und Projektfinanzierung	47.102	51.922	-4.820	-9
Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer	22.292	22.633	-341	-2
Übrige				
■ Weitere Förderkredite	84	188	-104	-55
■ Avalkredite	31.677	12.899	18.778	146
Kreditvolumen insgesamt	237.334	210.008	27.326	13
Davon Treuhankredite	8.058	7.592	466	6

REFINANZIERUNG.

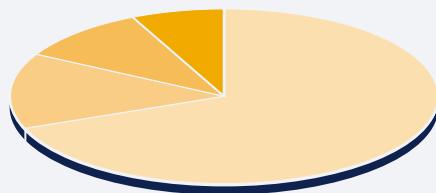
Die zentrale Refinanzierungsquelle des Konzerns ist der Kapitalmarkt. Die fremden Mittel wurden vornehmlich durch die Emission von Schuldverschreibungen (69 % der Fremdmittel) aufgenommen; sie erhöhten sich um 11,3 Mrd EUR bzw. 5 %. Davon entfallen 65,1 Mrd EUR auf Emis-

sionen der KfW-Finance. Der Anteil der Mittelaufnahmen bei Kreditinstituten und Kunden (ohne Bundesmittel) fiel von 24 % auf nunmehr 21 %. Die aus dem Bundeshaushalt und von Seiten des ERP-Sondervermögens bereitgestellten Mittel betragen 10 % der Fremdmittel (Vorjahr: 12 %).

Fremde Mittel 2002

Angaben in Mio EUR und %

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	in %
Bundesrepublik Deutschland				
■ ERP-Sondervermögen	9.691	10.469	-778	-7
■ Bundeshaushaltssmittel	14.499	15.749	-1.250	-8
	24.190	26.218	-2.028	-8
Sonstige Gläubiger	15.568	10.099	5.469	54
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39.758	36.317	3.441	9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.757	44.557	-12.800	-29
Anleihen	109.304	99.712	9.592	10
Inhaberschuldverschreibungen (einschließlich Kassenobligationen und Commercial Paper)	50.334	39.094	11.240	29
Anteilige und fällige Zinsen	2.965	3.136	-171	-5
Begebene Schuldverschreibungen	162.603	141.942	20.661	15
Insgesamt	234.118	222.816	11.302	5



Insgesamt 234,1 (222,8) Mrd EUR

Fremde Mittel 2002

2002 2001

■ Verbriefte Verbindlichkeiten	69 %	64 %
■ Kreditinstitute	14 %	20 %
■ Bund/ERP	10 %	12 %
■ Sonstige Gläubiger	7 %	4 %

Der Anteil der am Geld- und Kapitalmarkt aufgenommenen Mittel blieb mit 83 % oder 209,9 Mrd

EUR gegenüber dem Vorjahr (83 % oder 196,6 Mrd EUR) nahezu unverändert.

Lagebericht und Konzernlagebericht.

Am Geld- und Kapitalmarkt aufgenommene Mittel 2002

Angaben in Mio EUR



ENTWICKLUNG SONSTIGER WESENTLICHER BILANZPOSITIONEN.

Der Bestand der Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen fremder Emissionen ist um 0,5 Mrd EUR auf 17,6 Mrd EUR zurückgegangen. Der überwiegende Teil der Wertpapiere wird zur Liquiditätssicherung der KfW vorgehalten. Diese Wertpapiere sind den Treasury-Wertpapierportfolios zugeordnet, die insbesondere in Euro, in geringem Umfang auch in US-Dollar und britischen Pfund geführt werden. Die Wertpapiere des Euro-Portfolios können bei Refinanzierungsgeschäften mit der EZB als Sicherheiten verwendet werden, dies betrifft 95% des Gesamtbestandes an Geldmarktpapieren, Anleihen und Schuldverschreibungen. Neben den Treasury-Wertpapierportfolios hält die KfW im Zusammen-

hang mit ihren Aktivitäten in der Kreditverbriefung ein Portfolio von Asset Backed Securities vor. Neben diesen eigenverwalteten Portfolios hält die KfW in der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere weitere extern verwaltete Spezial- und Geldmarktfonds über 2,6 Mrd EUR im Rahmen ihrer Liquiditätssicherung.

Zur Kurspflege wurden zum Jahresende nominal 2.845 Mio EUR (Vorjahr: 4.027 Mio EUR) eigene Schuldverschreibungen im Bestand gehalten. Dies entspricht 2% der von der Bankengruppe begebenen Schuldverschreibungen.

Der Rückgang der Beteiligungen im KfW-Einzelabschluss in Höhe von 555 Mio EUR und die gleichzeitige Erhöhung der Anteile an verbunde-

nen Unternehmen (192 Mio EUR) ist auf die Gründung der KfW Beteiligungsholding GmbH zurückzuführen. Durch die Gründung wurden die steuerpflichtigen Tochtergesellschaften der KfW und die Beteiligung an der IKB in einer steuerpflichtigen Holding zusammengefasst, auch bereits im Vorgriff auf die Auswirkungen der Verständigung zwischen Bundesregierung und der EU-Kommission über die Ausrichtung der selbständigen Förderinstitute in Deutschland.

Den überwiegenden Teil der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilden zeitanteilig abgegrenzte Zinsaufwendungen für übernommene Leasingverpflichtungen im Rahmen von Projekt-

finanzierungen. Weiterhin sind Mindererlöse (Disagien und Bonifikationen) aus der Aufnahme von Fremdmitteln und Zinsaufwendungen für Einbehalte abgegrenzt.

Die Rückstellungen sind gegenüber dem Vorjahr um 29 Mio EUR angestiegen. Von den Zuführungen (184 Mio EUR) entfallen 61 Mio EUR auf Rückstellungen für die Altersversorgung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 113 Mio EUR betreffen überwiegend weitere noch nicht abgerechnete Sach- und Personalleistungen. Verbraucht wurden 91 Mio EUR; 64 Mio EUR konnten aufgelöst werden.

EIGENE MITTEL.

Die eigenen Mittel des Konzerns (eingezahltes gezeichnetes Kapital, Rücklagen und Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB) belaufen sich auf insgesamt 8,1 Mrd EUR. Die Zunahme beträgt 699 Mio EUR oder 9 %. Dies resultiert aus der Verstärkung der Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens um 34 Mio EUR, aus der Zuweisung des Jahresüberschusses der KfW von 220 Mio EUR zur Gewinnrücklage sowie der Erhöhung der anderen Gewinnrücklage von 45 Mio EUR durch Einbeziehung der Ergebnisse der Tochtergesellschaften und der Kapitalkonsolidierung. Dem Fonds für allgemeine

Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurden 400 Mio EUR zugeführt. Die eigenen Mittel der KfW betragen 7,6 Mrd EUR. Die Eigenkapitalanforderungen für international operierende Banken werden von der KfW und vom Konzern weiterhin gut erfüllt.

Zum 1. Juli 2002 hat die KfW auf Grundlage des novellierten KfW-Gesetzes eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln vorgenommen. Das gezeichnete Kapital erhöhte sich zu Lasten der Kapital- und Gewinnrücklagen um 3,2 Mrd EUR auf 3,8 Mrd EUR. Hiervon sind 3,3 Mrd EUR eingezahlt.

Lagebericht und Konzernlagebericht.

Eigene Mittel

Angaben in Mio EUR

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung
Gezeichnetes Kapital der KfW	3.750,0	511,3	3.238,7
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen der KfW	-450,0	-434,6	-15,4
Kapitalrücklage	451,1	1.738,5	-1.287,4
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	559,1	524,7	34,4
Erwirtschaftete Gewinne			
a) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 (2) KfW-Gesetz	480,8	63,9	416,9
b) Sonderrücklage gemäß § 10 (3) KfW-Gesetz	1.141,1	3.273,6	-2.132,5
c) Sonderrücklage gemäß § 17 (4) DMBiG ¹⁾	47,6	47,6	0,0
d) andere Gewinnrücklagen	512,0	467,8	44,2
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB	1.600,0	1.200,0	400,0
Insgesamt	8.091,7	7.392,8	698,9

¹⁾ Zu korrigieren um das aktivisch ausgewiesene Sonderverlustkonto gemäß § 17 (4) DMBiG (27,2 Mio EUR)

ERTRAGSLAGE.

Ertragslage

Angaben in Mio EUR und %

	2002	2001	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	in %
Zinserträge ¹⁾	10.634	11.259	-625	-6
Zinsaufwendungen	9.109	10.050	-941	-9
Zinsüberschuss	1.525	1.209	316	26
Provisionsüberschuss	194	185	9	5
Handelsüberschuss ²⁾	-9	-6	-3	46
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	400	382	18	5
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen	22	22	0	0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen	1.332	1.028	304	30
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis ³⁾	-1.022	-783	-239	31
Betriebsergebnis (= Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit)	310	245	65	27
Vertragsgemäße Zuführung zur Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	34	34	0	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12	4	8	-
Jahresüberschuss	264	207	57	28

¹⁾ Saldo aus Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen sowie laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen

²⁾ Saldo aus Kursgewinnen und -verlusten aus der Fremdwährungsumrechnung

³⁾ Einschließlich Abschreibungen auf Sonderverlustkonto und Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB

Das Betriebsergebnis des Konzerns vor Risikovorsorge und Bewertungen nahm gegenüber dem Vorjahr um 304 Mio EUR (30%) auf 1.332 Mio EUR zu (KfW: Zunahme um 263 Mio EUR bzw. 27% auf 1.231 Mio EUR).

Maßgeblich hierfür war der um 282 Mio EUR (25%) gestiegene Zinsüberschuss der KfW. Wesentlich begünstigt wurde diese Zunahme durch eine günstige Zinsentwicklung. Im Zinsüberschuss enthalten ist das Zinsergebnis der DEG von 122 Mio EUR (+24 Mio EUR bzw. 24%).

Der Provisionsüberschuss nahm vor allem wegen gestiegener Bürgschaftsprovisionen um 9 Mio EUR (5%) auf 194 Mio EUR zu (KfW: Zunahme um 16 Mio EUR bzw. 10% auf 165 Mio EUR). Gegenläufig wirkten gesunkene Bear-

beitungsgebühren im Kreditgeschäft sowie das geringere Entgelt für die im Jahresverlauf rückläufige Geschäftsbesorgung der FuB gegenüber der BvS.

Der Verwaltungsaufwand stieg um 17 Mio EUR (5%) auf 400 Mio EUR (KfW: Erhöhung um 31 Mio EUR bzw. 10% auf 334 Mio EUR). Darin enthalten ist die Erhöhung des Personalaufwandes um 18 Mio EUR (8%) auf 247 Mio EUR aufgrund des Personalwachstums sowie der Gehaltsanpassungen tariflicher und leistungsbezogener Art. Daneben stiegen die Aufwendungen für die Altersvorsorge insbesondere aufgrund der im Tarifvertrag vorgesehenen Tariferhöhungen. Der Sachaufwand blieb mit 152 Mio EUR gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Verwaltungsaufwand 2002

Angaben in Mio EUR und %

	2002	2001	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	in %
Löhne und Gehälter	174,8	169,2	5,6	3,3
Soziale Abgaben	26,1	25,1	1,0	4,0
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	46,4	35,5	10,9	30,7
Personalaufwand	247,3	229,8	17,5	7,6
Andere Verwaltungsaufwendungen	120,8	123,4	-2,6	-2,1
Abschreibungen auf Gebäude und Geschäftsausstattung	31,5	29,0	2,5	8,6
Sachaufwand	152,3	152,4	-0,1	-0,1
Verwaltungsaufwand	399,6	382,2	17,4	4,6

Lagebericht und Konzernlagebericht.

Nach Bewertungsänderungen und Zuführungen zur Risikovorsorge in Höhe von insgesamt 1.022 Mio EUR, die vor allem vor dem Hintergrund des gestiegenen Risikopotenzials infolge der anhaltend schwachen weltwirtschaftlichen und nationalen Konjunktur durch vorsorglich gebildete Wertberichtigungen zur Deckung von Adressenrisiken im Kreditgeschäft sowie durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB bestimmt sind, verbleibt ein Konzernbetriebsergebnis von 310 Mio EUR (Vorjahr: 245 Mio EUR).

Der ausgewiesene Konzernjahresüberschuss beträgt 264 Mio EUR gegenüber 207 Mio EUR im Vorjahr. Der Jahresüberschuss der KfW beläuft sich auf 220 Mio EUR.

Das Risiko- und Bewertungsergebnis als Gesamtposition erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 239 Mio EUR und wird mit 1.022 Mio EUR ausgewiesen. Die Risikovorsorge wird von der KfW nach einem Risikoüberwachungssystem bemessen, in das alle zum Abschlussstichtag er-

kennbaren Risiken – überwiegend Adressenrisiken – nach unverändert vorsichtigen Bewertungsmaßstäben einfließen. Dabei wurde für erwartete Verluste Vorsorge in Form von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus erfolgte eine Aufstockung des offen ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken um 400 Mio EUR auf 1.600 Mio EUR. Hierdurch wird sichergestellt, dass auch unerwartete Verluste aus der besonderen Risikostruktur der inländischen Mittelstands- und Beteiligungsfinanzierung sowie der langfristigen Exportfinanzierung der KfW in ausreichender Höhe abgesichert sind. Gleichzeitig wird hierdurch im Vorgriff auf den geplanten Übergang der Konzernrechnungslegung auf die International Accounting Standards dieser Teil der Risikovorsorge transparent dargestellt.

RISIKOSTRUKTUR UND RISIKOSTEUERUNG.

RISIKOKONTROLLE UND -MANAGEMENT ALS KERNKOMPETENZ.

Der verantwortungsbewusste Umgang mit den Risiken, die die Förderbanken im Konzernverbund übernehmen, ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg des KfW-Konzerns. Das konzernweite Risikomanagement ist deshalb eine Grundlage für eine langfristig positive Entwicklung des KfW-Konzerns.

Dabei geht der Konzern Risiken nur in dem Maße ein, wie sie im Hinblick auf die aktuelle und zukünftige Ertragslage sowie auf die wahrscheinlichen Risikoverläufe tragfähig erscheinen. Hierbei werden sowohl „erwartete“ wie „unerwartete Verluste“ berücksichtigt. Während der „erwartete Verlust“ einen statistischen Erwartungswert auf Basis historischer Erfahrungswerte darstellt, der über in den Kreditkonditionen enthaltene Standardrisikokosten abzudecken ist, spiegelt sich in der Größe „unerwarteter Verlust“ das potenzielle

Risiko wider, dass – auf Basis eines festgelegten Konfidenzniveaus – Verluste über den Erwartungswert hinaus entstehen können. Zur Deckung dieses Risikos wird ausreichend ökonomisches Eigenkapital vorgehalten. Eingegangene Risiken werden nach vorsichtigen Maßstäben bewertet.

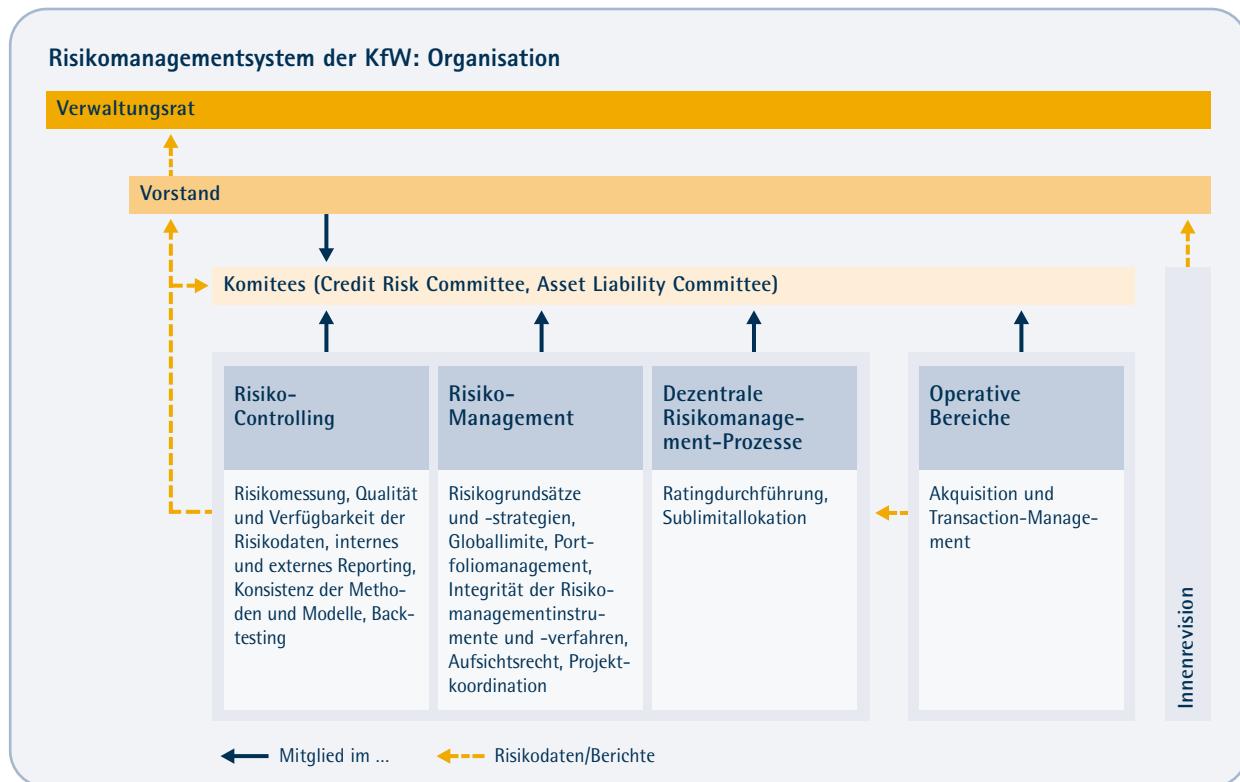
Die Risikomanagementsysteme im Konzern identifizieren, bewerten und steuern die Kredit-, Liquiditäts-, Zinsänderungs- und Betriebsrisiken. Der Konzern entwickelt das auf seine Belange zugeschnittene Instrumentarium zur Begrenzung, Steuerung und Überwachung von Risiken stetig weiter und baut es aus. Im Hinblick auf den erweiterten Konsolidierungskreis werden zur Vereinheitlichung der Mess- und Steuerungsmethoden die unterschiedlichen Verfahren zur Risiko-steuerung kontinuierlich zusammengeführt.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS UND -CONTROLLINGS.

Die organisatorisch getrennten Einheiten Risikomanagement und Risikocontrolling der KfW sind funktional unabhängig von den Bereichen, die Risiken eingehen. Risikostrategie und -grundsätze werden sukzessive konzernweit vereinheitlicht. Die Gesamtverantwortung für die Risiken im Konzern wird vom KfW-Vorstand getragen und den Aufsichtsorganen – Verwaltungsrat und Rechtsaufsicht – gegenüber transparent dargestellt.

In die Risikosteuerung der KfW sind verschiedene Komitees (i. W. das Credit Risk Committee und das Asset Liability Committee) eingebunden, in denen neben dem Vorstand, dem Risikocontrolling und Risikomanagement auch die operativen Bereiche vertreten sind.

Lagebericht und Konzernlagebericht.



Den verantwortlichen Gremien in der KfW werden in regelmäßigem Turnus Berichte über die Risikotragfähigkeit der KfW vorgelegt. Dabei werden alle Risikoarten (Adressausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Operationale und Sonstige Risiken) auf Geschäftsfeldebene quantifiziert und den verfügbaren finanziellen Ressourcen gegenübergestellt. In diesem Kontext werden auch mögliche Konzentrationsrisiken in einzelnen Geschäftsfeldern und auf Gesamtportfolioebene dargestellt. Darauf hinaus werden in der dynamischen Betrachtung die künftigen Risiken aus dem Altgeschäft und dem prognostizierten Neugeschäft den verfügbaren finanziellen Ressourcen gegenübergestellt.

Im Credit Risk Committee werden hierauf aufbauend die für die KfW bestehenden geschäftspolitischen Spielräume bewertet und

notwendige risikopolitische Maßnahmen erarbeitet sowie über Risikosteuerungsmaßnahmen im Portfoliokontext entschieden. Darüber hinaus findet in diesem Gremium ein bereichsübergreifender Austausch zu geschäftspolitischen Entwicklungen zum Kreditrisiko statt. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Steuerungsinstrumentarium werden abgestimmt.

Bei der DEG erfolgt neben dem Management der Einzelrisiken die Analyse und Steuerung der Ausfall- und Länderrisiken auf Portfolioebene. In regelmäßigen Abständen wird das Kredit- und Beteiligungsengagement nach unterschiedlichen Kriterien (Länder, Branchen) analysiert und hinsichtlich der Risiken bewertet.

Auf die an das Risikoüberwachungssystem zu stellenden Anforderungen haben auch rechtliche Vorschriften Einfluss, die im Konzern frei-

willig angewendet werden. Primär ist hierbei das Kreditwesengesetz (KWG) zu nennen, das Kreditinstitute verpflichtet, geeignete Risiko-steuerungs-, -überwachungs- und -kontrollin-strumente einzusetzen. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eigenmittelrelationen zu risikobehafteten Geschäften werden als begren-zende Faktoren sowohl für das Geschäftsvolu-men als auch für die Ermittlung der Risikotrag-fähigkeit des Konzerns herangezogen und laufend überwacht. Die regulatorischen Anforderungen werden gut erfüllt.

Daneben haben die im Dezember 2002 ver-abschiedeten und ab 2004 gültigen „Mindestanforderungen an das Betreiben von Kreditge-schäften“ (MaK) Einfluss insbesondere auf die Organisation der Kreditüberwachung. Im Vor-griff auf die Umsetzung der MaK wurden bereits im Laufe des Jahres 2002 die Organisationsein-heiten „Sicherheitenverwaltung“ sowie „Be-standsmanagement“ als eigenständige Bereiche herausgelöst. Darüber hinaus wurde ein eigen-ständiger Bereich zur Betreuung erhöht risiko-behafteter Engagements gegründet. Ziel dieser organisatorischen Maßnahme ist es insbesonde-re, durch frühzeitiges Einschalten dieser Einheit und die enge Begleitung durch spezialisierte Kreditfachleute, ein Going-Concern der Unter-nehmen zu erreichen bzw. im Falle des Schei-terns den wirtschaftlichen Schaden zu begren-zen. Weitere notwendige Maßnahmen, die sich aus der Umsetzung der MaK für den KfW-Kon-zern ergeben, werden im Laufe des Jahres 2003 erarbeitet und umgesetzt.

Im Jahr 2002 wurde der laufende Prozess der Neuausrichtung in der Kreditrisikosteuerung fortgesetzt. Dabei wurden wichtige Meilenstei-ne zur weiteren Verbesserung der Risikomessung und -bewertung sowie zur aktiven Risikosteue-rung auf Basis eines ökonomischen Kapitalkon-zeptes umgesetzt. Schwerpunkte im vergangenen Jahr lagen in der Neugestaltung der Ratingtools für die Beteiligungsfinanzierung sowie für die inländischen Firmenkunden. Die konsistente kon-zernweite Überarbeitung der Risikomessung ver-bessert intern die Transparenz über Erträge, Kos-ten sowie Risiken und reflektiert die Struktur und die Besonderheiten des KfW-Geschäfts. Gleichzeitig wird den Anforderungen von Basel II und den „Mindestanforderungen an das Betrei-ben von Kreditgeschäften“ (MaK) entsprochen.

Für die Marktrisikosteuerung wurde im ver-gangenen Jahr nach vollständiger Anbindung aller relevanten internen und externen Daten-bestände erstmals eine neue Standardsoftware eingesetzt. Hierdurch ist die KfW in der Lage, zeitnah und regelmäßig Value-at-Risk-Berech-nungen für das Zinsänderungsrisiko durch-zuführen. Dies befähigt die KfW, ihre Zins-änderungsrisiken statisch und dynamisch zu simuliieren und insbesondere ihre Refin-an-zierungsentscheidungen noch besser absichern zu können.

Insgesamt sieht sich die KfW gut im Zeit-plan, ist sich jedoch auch bewusst, dass eine Basel-II-konforme Umsetzung bis 2006 noch erhebliche Anstrengungen erfordert. Das Ziel der KfW ist dabei, die Bankensteuerung zu optimieren und nicht nur aufsichtsrechtliche Vorschriften zu erfüllen.

ADRESSENAUSFALLRISIKO.

Unter dem Adressenausfallrisiko wird die Gefahr von finanziellen Verlusten verstanden, die eintreten, wenn der Kreditnehmer bzw. Kontrahent seinen Verpflichtungen gegenüber dem KfW-Konzern nicht nachkommt. Im Handels-/Derivategeschäft wird dieses Risiko auch als Kontrahentenrisiko bezeichnet. Darüber hinaus wird das Länderrisiko (einschl. Transferrisiko) unter dem Adressenausfallrisiko subsumiert.

Die KfW als Förderbank geht Risiken bewusst in einer Form ein, die aus dem Förderauftrag der Bank abzuleiten ist. Dies bedingt einerseits eine Beschränkung, beispielsweise im Handelsbereich, andererseits aber auch eine verstärkte Risikobernahme beispielsweise im Bereich der Beteiligungsförderung. Die weiter auszubauende Kontrolle, Überwachung und Steuerung dieser Risiken erfolgt durch Risikocontrolling und -management. Die hierbei verwendeten Instrumente und Methoden müssen Förderaspekte sachgerecht einbeziehen, um den besonderen Aufgaben der KfW-Bankengruppe Rechnung zu tragen.

Das Adressenausfallrisiko ist durch Haftungsübernahmen der öffentlichen Hand und der Banken sowie den Einsatz von Kreditderivaten nach wie vor begrenzt. Im inländischen Förderkreditgeschäft übernimmt die KfW jedoch im bankendurchgeleiteten Kreditgeschäft sowie im Beteiligungsgeschäft verstärkt Risiken. Im Bereich der Export- und Projektfinanzierung liegt ein Schwerpunkt auf Finanzierungen im Verkehrssektor (z. B. Flugzeugfinanzierungen). Die Ausfallrisiken bei Wertpapieranlagen sowie bei Derivaten sind durch die auf erstklassige Bonitäten ausgerichtete, restriktive Auswahl der Geschäftspartner sowie durch Besicherungsvereinbarungen ebenfalls beschränkt. Die Steuerung der Ausfallrisiken erfolgt über interne Ratingver-

fahren, die Länderrisiken und einzelwirtschaftliche bzw. projektbezogene Risiken getrennt voneinander beurteilen. Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die KfW über ein DV-gestütztes, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die Finanzierungsart zugeschnittenes Ratingverfahren. Die quantitativen und qualitativen Merkmale werden hierzu entsprechend gewichtet und in eine im vergangenen Jahr neu eingeführte konzernweit einheitliche Masterskala von M 1 (bestes Rating) bis M 20 (default) überführt. Für jede Masterskalen-Klasse wird eine individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit ermittelt, die einem regelmäßigen Backtesting unterworfen werden wird. Die neu eingeführte Masterskala der KfW gewährleistet eine Vergleichbarkeit mit den Ratingkategorien der großen Ratingagenturen.

Neben dem Risiko-Reporting im Rahmen der Risikotragfähigkeit der Gesamtbank wird das Management regelmäßig und in kurzen Zeitabständen über Kreditengagements, die mit höheren Risiken verbunden sind („watch-list“, „NPL-Liste“), zeitnah informiert.

Die Bemessung der Risikovorsorge für akute Risiken ist im Jahr 2002 angepasst worden. Grundlage für die Bildung von Einzelwertberichtigungen bilden die im Eigenrisiko der Bank stehenden non-performing-loans¹⁾. Die Risikovorsorge für latente Risiken wird abgeleitet aus der Bewertung der Kreditforderungen im Rahmen des jährlich stattfindenden Ratingprozesses.

In dem Geschäftsjahr 2002 sind von 39,3 Mrd EUR Forderungen im Eigenrisiko des Konzerns 3,5 Mrd EUR mit akuten Ausfallrisiken behaftet. Die potenziellen Ausfälle hieraus sind vorsichtig bewertet und mit 1,8 Mrd EUR einzelwertberichtet.

¹⁾ Basis hierfür sind die relevanten aktuellen Basel-II-Kriterien (NPL-Ratingklassen: M 19, M 20)

Das im politischen Eigenrisiko des Konzerns stehende Barobligo in Höhe von 37,6 Mrd EUR beinhaltet bewertete latente Länderrisiken in Höhe von 1,6 Mrd EUR. Bei der DEG betragen die Wertberichtigungen auf Beteiligungen 0,1 Mrd EUR (42 % des Bruttoinvestitionsbestandes). Das bewertete Länderrisiko ist durch eine spezielle Risikovorsorge abgedeckt.

Ein Teil der Risikovorsorge wird in der KfW über einen offen in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken gezeigt. Diese

Praxis wurde 2003 fortgesetzt, und der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um weitere 400 Mio EUR auf 1,6 Mrd EUR verstärkt. Im Hinblick auf eine absehbare Bilanzierung nach den International Accounting Standards (IAS) geht die KfW zunehmend auf den offenen Ausweis ihrer Risikovorsorge über.

Die Kreditforderungen sind insgesamt vorsichtig bewertet, die Risikovorsorge ist ausreichend bemessen.



Die KfW hat im letzten Jahr zusammen mit verschiedenen Banken ihre Verbriefungsaktivitäten weiter ausgedehnt. Ziel dieser Kreditverbriefungen ist es, Teile der Ausfallrisiken aus Mittelstands- und Wohnungsbaukrediten von durchleitenden Banken zu übernehmen und im

Kapitalmarkt zu platzieren. Die durchleitenden Banken werden auf diese Weise von Kreditrisiken und Eigenkapitalunterlegungspflichten entlastet; Risiken für die KfW sind bei diesen Transaktionen weitestgehend ausgeschlossen.

LIQUIDITÄTSRISIKO.

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, die gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitnah oder vollständig erfüllen zu können.

Dem Liquiditätsrisiko begegnet die KfW mit einem EDV-gestützten Liquiditätssteuerungssystem. Zur detaillierten Liquiditätssteuerung steht ein Informationssystem zur Verfügung, das tagesaktuell alle Liquiditätsströme der KfW

bereitstellt. Die Liquiditätsplanung erfolgt auf täglicher, monatlicher und jährlicher Basis. Daneben überwacht die KfW ihre Liquiditätslage anhand der Vorgaben im KfW-Gesetz und ermittelt regelmäßig die Liquiditätskennzahlen entsprechend den Regeln des neuen aufsichtsrechtlichen KWG-Grundsatzes II. Die entsprechende Liquiditätskennziffer liegt deutlich über dem Mindestwert. Die KfW verfügt über einen

Lagebericht und Konzernlagebericht.

angemessenen Bestand an liquiden Wertpapieren, die als Kategorie I-Sicherheit bei der EZB sowohl im Rahmen der Spitzenrefinanzierung als auch über reguläre Offenmarktgeschäfte refinanzierbar sind. Zusätzlich hält die KfW liquide USD-Wertpapiere als Liquiditätsreserve.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung eine ausgewogene mittel- und langfristige Liquiditätsstruktur sichergestellt.

MARKTRISIKEN.

Unter den Marktrisiken werden Zins-, Währungs- und sonstige Preisänderungsrisiken subsumiert.

Die KfW und ihre Tochtergesellschaften sind keine Handelsbuchinstitute; Marktrisiken beschränken sich daher auf das Anlagebuch.

Fremdwährungskredite werden in gleicher Währung refinanziert oder über entsprechende Währungssicherungsinstrumente abgesichert. Wechselkursrisiken entstehen ausschließlich aus im Kreditgeschäft erzielten Margen in Fremdwährung. Vereinnahmte Margen in Fremdwährung werden allgemein zeitnah verkauft.

Das Zinsänderungsrisiko, als eine Ausprägung des Marktpreisrisikos, wird durch die besondere Ausgestaltung des inländischen Förderkreditgeschäftes mit den Möglichkeiten zur außerplanmäßigen Kreditrückzahlung und durch Kursrisiken bei der Wertpapieranlage bestimmt. Bei der Steuerung der Zinsänderungsrisiken aus außerplanmäßigen Kredittilgungen geht die KfW in begrenztem Umfang offene Zinspositionen ein, indem sie in einem gewissen Umfang vorausschauend kurzfristige Finanzierungen vornimmt und frühzeitig Ersatzaktiva in Form von Wertpapieren beschafft, um außerplanmäßige Tilgungen zu neutralisieren.

Die Wertpapiere der KfW werden überwiegend in einem dem Umlaufvermögen zugeordneten Liquiditätsportfolio gehalten und dienen der Liquiditätsvorsorge der KfW. Durch Einsatz von Assetswaps werden Risiken aus Kursverän-

derungen dieser Wertpapiere jedoch weitgehend vermieden.

Die Bewertung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken erfolgt in der KfW durch das Asset Liability Management Committee. Dabei fand im abgelaufenen Jahr eine Umstellung des Instrumentariums zur Ermittlung der Zinsposition auf die Standardsoftware RiskPro der IRIS AG statt. Diese bietet neben einer zeitnahen Erstellung von Zinsablaufbilanzen in allen Währungen auch Möglichkeiten zur Bewertung offener Positionen nach dem Value-at-Risk-Konzept und der Simulation auf Basis unterschiedlicher Markt- und Strategieszenarien.

Zur Integration des Zinsänderungsrisikos in die Gesamtbanksteuerung auf Basis des ökonomischen Kapitalkonzeptes führt die KfW seit September letzten Jahres regelmäßige Value-at-Risk-Berechnungen durch. Hierbei werden Zinsrisiken zum einen mittels der historischen Simulation und parallel durch die Monte-Carlo-Simulation bewertet.

Für den Abschluss, die Abwicklung und die Abrechnung von Handelsgeschäften im Sinne der „Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften“ (MaH) gelten vom Vorstand erlassene Rahmenbedingungen, die dem Marktstandard entsprechen.

OPERATIONALE UND SONSTIGE RISIKEN.

Neben den banktypischen Risiken spielt in der kreditwirtschaftlichen Praxis und auch im Rahmen der Fortentwicklung des bankaufsichtsrechtlichen Instrumentariums („Basel II“) die Steuerung operationaler Risiken eine zunehmende Rolle. Unter diesen Risiken versteht man neben allgemeinen Betriebsrisiken in erster Linie Risiken, die sich aus einzelnen Ereignissen (Betrugsfälle, DV-Systemstörungen, Naturkatastrophen etc.) ergeben können.

Die Betriebsrisiken im Konzern werden durch ein angemessenes, internes Kontrollsystem begrenzt. Das EDV-Instrumentarium wird permanent weiterentwickelt, die Geschäftsprozesse analysiert und optimiert. Für Risiken, die aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse eintreten können, existieren angemessene Notfallkonzepte (Ausfall DV-Systeme) sowie ausreichender Versicherungsschutz (Feuer- und Wasserschäden u.ä.).

Im Jahr 2002 wurde das Gesamtprojekt „Operationale Risiken“ weiterverfolgt. Insbesondere wurde mit Vorarbeiten für den Aufbau einer Verlustdatenbank begonnen. Damit soll u. a. die

Grundlage dafür geschaffen werden, zukünftig operationale Risiken differenzierter zu quantifizieren, zeitnah zu reporten und ursachenorientiert zu steuern.

Dem Rechtsrisiko begegnet der Konzern durch die frühzeitige Einbindung der eigenen Rechtsabteilung sowie durch die enge Zusammenarbeit mit externen in- und ausländischen Rechtsberatern. Verträge dürfen nur auf Grundlage eindeutiger und korrekt dokumentierter Vereinbarungen abgeschlossen werden (z. B. ISDA-Standardverträge).

Die Innenrevision überwacht regelmäßig Verfahren, Systeme und Arbeitsabläufe.

Prüfungen der Innenrevision erfolgen vor allem im Rahmen der Beurteilung zur Angemessenheit der Risikolimitierung und Überwachungen gemäß den Bestimmungen der „Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften“. Die personelle und organisatorische Ausgestaltung der Innenrevision wurde an die wachsenden Anforderungen angepasst. Für Risiken des Betriebsablaufes besteht eine globale Vorsorge.

AUSBLICK.

Das Geschäftsjahr der KfW wird maßgeblich geprägt sein durch die Umsetzung der am 10. Dezember 2002 von BMF und BMWA gemeinsam bekannt gegebenen Entscheidung, die DtA auf die KfW zu verschmelzen.

Bereits seit Januar sind unter der Bezeichnung „Die Mittelstandsbank. Eine Förderinitiative von KfW und DtA“ die Programme beider Häuser für Mittelstand und Existenzgründer gebündelt. Im weiteren Jahresverlauf wird das Förderangebot der Mittelstandsbank neu strukturiert und noch besser auf die Bedürfnisse von Kunden und Geschäftspartnern zugeschnitten.

Für jede Phase im Lebenszyklus eines Unternehmens soll ein adäquates Beratungs- und Finanzierungsangebot bereitgestellt werden.

Die Mittelstandsbank tritt unter eigener Marke mit eigenem Logo, Broschüren und Internet-Plattform im Markt auf. Sie wird in Zukunft der zentrale Ansprechpartner für Existenzgründer, mittelständische Unternehmen sowie Hausbanken in allen Fragen der Mittelstandsförderung sein.

Um der Förderung neue Potenziale zu erschließen, werden die Anteile der DtA als Sacheinlage – die als gesonderte Rücklage den bis-

Lagebericht und Konzernlagebericht.

herigen Anteilseignern zusteht – in die KfW eingebbracht. Der Mittelstandsförderung wird so kein Kapital entzogen, wie dies bei einer Kaufpreiszahlung der Fall wäre.

Das Gesetzgebungsverfahren zur Fusion der beiden Institute soll bis Mitte des Jahres abgeschlossen sein. Bei planmäßigem Verlauf wird die Fusion bis zum 31.08.2003 vollzogen sein und rückwirkend zum 01.01.2003 wirksam werden.

Die KfW wird im Jahr 2003 weiter durch eigene Förderbeiträge die Wirtschaft und den Umwelt- und Klimaschutz in Deutschland erheblich unterstützen. Die genaue Höhe des gesamten Fördervolumens lässt sich derzeit aufgrund der mit der Etablierung der Mittelstandsbank einhergehenden Veränderungen nur abschätzen. Wir erwarten aber allein in den bestehenden Förderkreditprogrammen der KfW und der DtA ein Zusagevolumen von mindestens 26 Mrd EUR.

Auch für das Jahr 2003 geht die KfW von einer wachsenden Nutzung ihrer Verbriefungsplattform aus. Zukünftig gilt es insbesondere, Multi-Seller-Plattformen zu etablieren, damit die Verbriefung von Kreditrisiken für kleine und mittlere Banken an Attraktivität gewinnt. Außerdem sollen die Programme PROMISE und PROVIDE auch europäischen Banken mit geeigneten Portfolios weiter geöffnet werden. Darüber hinaus ist die KfW bestrebt, ihr bestehendes Verbriefungsinstrumentarium weiter auszubauen.

Die Export- und Projektfinanzierung wird ihre Aktivitäten weiterhin auf die Finanzierung deutscher und europäischer Exporte sowie von Direktinvestitionen im europäischen und außereuropäischen Ausland richten. Aufgrund des schwachen weltwirtschaftlichen Umfelds wird im Vergleich zum Berichtsjahr ein insgesamt eher geringeres Neugeschäft erwartet.

Die im letzten Jahr begonnene Umsetzung der Vereinbarung mit der EU-Kommission werden wir in diesem Jahr in wesentlichen Teilen abschließen. Hierzu gehören die rechtlichen Bestimmungen mit der entsprechenden Anpassung des KfW-Gesetzes noch im Jahre 2003, aber auch die organisatorischen und geschäftspolitischen Veränderungen. Nach der bereits fertig gestellten Detailplanung hat die darauf aufbauende Umsetzungsphase das Ziel, wesentliche Bereiche der Export- und Projektfinanzierung der KfW in einem organisatorisch getrennten und separat geführten Geschäftsbereich zusammenzufassen. Nach einer Übergangsphase wird dieses Geschäftsfeld der KfW am 1.1.2008 auch als rechtlich selbständiges Kreditinstitut innerhalb der KfW-Bankengruppe seine Tätigkeit aufnehmen.

Die Kontinuität der KfW in der Export- und Projektfinanzierung ist damit auch in der zukünftigen rechtlichen Aufstellung gesichert. Wie die KfW wird auch die Tochtergesellschaft unverändert zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft beitragen, sie wird ihren Fokus aber noch stärker auf Europa ausrichten. Durch die notwendige Aufteilung des Eigenkapitals auf Mutter und Tochter wird jedoch der Geschäftsspielraum unter regulatorischen Gesichtspunkten kleiner werden. Bei den Veränderungen unseres Geschäftsmodells wird dabei eine fokussierte Kooperation mit der IKB hilfreich sein. Diese haben wir Anfang dieses Jahres durch eine besondere Kooperationsvereinbarung untermauert; sie betrifft insbesondere den Exportbereich der KfW und den Bereich der Strukturierten Finanzierungen der IKB. Wir wollen mit der IKB nicht nur im Bereich des Fördergeschäfts, sondern auch bei Export- und Projektfinanzierung langfristig zusammenarbeiten.

In jedem Fall erfolgt die Zusammenarbeit mit der IKB „at arm's length basis“, zu gleichen Konditionen wie mit anderen Banken.

Für die Förderung der Entwicklungsländer erwartet die KfW in Abhängigkeit von der Entwicklung der Weltwirtschaft für 2003 ein Fördervolumen von 1,5 bis 1,8 Mrd EUR. Die DEG plant eine Steigerung ihres Neugeschäfts auf 0,5 Mrd EUR. Zum 1. Januar 2003 wurde in der KfW eine neue Aufbaustruktur für den Länderbereich umgesetzt, die die Verfahrensabläufe verbessern und Effizienzgewinne ermöglichen soll. Im Rahmen der neuen Struktur wird zudem die lokale Präsenz in den Entwicklungsländern durch acht zusätzliche Außenbüros der KfW und eines der DEG verstärkt.

In der Refinanzierung rechnet die KfW für das Jahr 2003 mit einem Mittelbedarf von 45 bis 50 Mrd EUR. Die beiden Benchmark-Programme werden auch 2003 fortgeführt. Im Rahmen des €-Benchmark-Programms sollen weitere Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 15 Mrd EUR begeben werden. Für den US-Dollar-Markt sind Emissionen im Rahmen des US\$-Programms in Höhe von insgesamt mindestens 6 Mrd USD geplant.

Unseren Kapitalmarktauftritt werden wir weiter vereinheitlichen. Zu diesem Zweck haben wir im vergangenen Jahr damit begonnen, auch Privatplatzierungen in US-Dollar direkt über die KfW zu emittieren. Im Jahr 2003 wird dies auch für USD-Globalanleihen erfolgen. Lediglich das US-Commercial-Paper-Programm wird weiterhin über die KfW International Finance emittiert.

Auch in den kommenden Jahren wird die verstärkte Risikoübernahme durch die KfW in Verbindung mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland und weltweit zu steigenden

Ausfallrisiken führen. Mit den bestehenden und laufend verbesserten Steuerungsinstrumenten und ihrer konservativen Risikopolitik ist die KfW für diese Entwicklung gut gewappnet.

Im Hinblick auf die Optimierung der Risiko-steuerung und die zu erwartenden Änderungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen führt die KfW das Projekt zur Neuausrichtung der Kredit-risikosteuerung fort. Projektziel ist eine transparentere und konsistenter Darstellung der Kreditrisiken über alle Ebenen und Bereiche der Bank unter Berücksichtigung der Besonderheiten des KfW-Geschäftes. Projektschwerpunkte im Jahr 2003 werden insbesondere die Integration der neu entwickelten Risikogrößen in den Planungs-, Reporting- und Interventionsprozess, die Entwicklungs eines Kreditportfoliomodells sowie die Erarbeitung eines modernen Limitmanagementsystems sein. Für das laufende Geschäftsjahr steht daneben die Integration der DtA in die Risiko-steuerungssysteme der KfW im Mittelpunkt.

Die Betriebsrisiken werden durch weitere Investitionen in die Entwicklung der EDV und Prozessoptimierung laufend minimiert. Darüber hinaus ist eine differenziertere Quantifizierung der Operationalen Risiken im Rahmen eines eigenständigen Projektes vorgesehen.

Bei der Steuerung des Marktpreisrisikos kann auf Basis der nunmehr eingeführten und allge-mein anerkannten Standardsoftware eine zeit-nahe Marktbewertung der Gesamtbank durchge-führt und hierauf ein modernes Instrumentarium zur Steuerung von Zins- und Währungsrisiken aufgebaut werden.

Die KfW-Bankengruppe rechnet für 2003 mit einem zufrieden stellenden Jahresergebnis, das sowohl eine angemessene Verstärkung der Risiko-vorsorge als auch der Gewinnrücklagen zulässt.

JAHRESABSCHLUSS.

Jahresbilanz zum 31.12.2002 der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Aktivseite

	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	2002	Mio EUR	Mio EUR	2001
1. Barreserve								
a) Kassenbestand				147			0	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			25.459		25.459		26	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	25.459					26		
c) Guthaben bei Postgiroämtern				0	25.606		0	26
2. Forderungen an Kreditinstitute								
a) täglich fällig				25.445			21	
b) andere Forderungen			128.816.484	128.841.929		106.839	106.860	
3. Forderungen an Kunden					85.467.583			90.082
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	0					0		
darunter: Kommunalkredite	20.332.511					19.161		
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere								
a) Geldmarktpapiere				0			0	
aa) von öffentlichen Emittenten				0			0	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0						422	
ab) von anderen Emittenten			81.665	81.665			0	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0						2.434	
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				2.582.457			2.310	
ba) von öffentlichen Emittenten				2.475.995			17.235	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.475.995						14.062	
bb) von anderen Emittenten			16.615.231	19.197.688			2.304	22.395
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	14.196.336						2.102	
c) eigene Schuldverschreibungen					1.236.822	20.516.175		
Nennbetrag	1.170.359							10.934
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere						11.620.965		568
6. Beteiligungen						13.009		
darunter: an Kreditinstituten	8.000						565	
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0						0	
7. Anteile an verbundenen Unternehmen						518.665		326
darunter: an Kreditinstituten	306.852						315	
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0						0	
8. Treuhandvermögen						7.886.607		7.408
darunter: Treuhandkredite	7.884.119						7.405	
9. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch						193.433		257
10. Immaterielle Anlagewerte						7.740		8
11. Sachanlagen						443.733		423
12. Sonstige Vermögensgegenstände						39.023		433
13. Rechnungsabgrenzungsposten						4.072.331		4.694
14. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Markbilanzgesetzes						27.237		34
Summe der Aktiva						259.674.036		244.448

Passivseite

	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	2002	Mio EUR	Mio EUR	2001
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten								
a) täglich fällig			1.051.013				868	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			30.485.085	31.536.098			43.485	44.353
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden								
a) Spareinlagen			0				0	
b) andere Verbindlichkeiten								
ba) täglich fällig		144.013					267	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	104.605.606	104.749.619	104.749.619				103.292	103.559
3. Verbriefte Verbindlichkeiten								
a) begebene Schuldverschreibungen		97.497.507					74.529	
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten		0	97.497.507				0	74.529
4. Treuhandverbindlichkeiten					7.886.607			7.408
darunter: Treuhandkredite	7.884.119					7.405		
5. Sonstige Verbindlichkeiten					3.452.670			156
6. Rechnungsabgrenzungsposten					6.291.063			6.845
7. Rückstellungen								
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		469.202					425	
b) andere Rückstellungen		171.323	640.525				202	627
8. Abführungspflichten nach D-Markbilanzgesetz					40.254			46
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken					1.600.000			1.200
10. Eigenkapital								
a) gezeichnetes Kapital	3.750.000						511	
abzüglich ausstehende Einlagen	(450.000)						(435)	
eingezahltes gezeichnetes Kapital		3.300.000						
darunter: eingefordert	0							
b) Kapitalrücklage		451.051					1.738	
Zuführung	0						0	
c) Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens		559.090					525	
Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen	34.418						34	
d) Gewinnrücklagen								
da) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 (2) KfW-Gesetz	480.817						64	
db) Sonderrücklage gemäß § 10 (3) KfW-Gesetz	1.141.128						3.274	
dc) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 des D-Markbilanzgesetzes								
	47.607	1.669.552	5.979.693				48	5.725
Summe der Passiva					259.674.036			244.448
1. Eventualverbindlichkeiten								
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0						0	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	31.659.669						12.888	
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0	31.659.669					0	12.888
2. Andere Verpflichtungen								
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0						0	
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0						0	
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	30.397.746	30.397.746					24.936	24.936

Gewinn- und Verlustrechnung der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.2002.

Aufwendungen

	TEUR	TEUR	TEUR	2002			2001
				TEUR	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR
1. Zinsaufwendungen				9.096.226			10.029
2. Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen zur Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens				34.418			34
3. Provisionsaufwendungen				245.186			228
4. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				10.113			5
5. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen							
a) Personalaufwand							
aa) Löhne und Gehälter		145.114				136	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	60.358	205.472				49	
darunter: für Altersversorgung	38.910				28		
b) andere Verwaltungsaufwendungen		98.669	304.171			91	276
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				29.706			27
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.366			9
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				976.187			749
darunter: Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	400.000				500		
9. Abschreibungen auf Sonderverlustkonto gemäß § 17 Abs. 4 des D-Markbilanzgesetzes				6.271			0
10. Jahresüberschuss				220.252			186
Summe der Aufwendungen				10.925.896			11.543

Erträge

	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	2002	Mio EUR	Mio EUR	2001
1. Zinserträge aus								
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			9.744.939				10.246	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			737.338	10.482.277			859	11.105
2. Laufende Erträge aus								
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			2.860				32	
b) Beteiligungen			348				1	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			5.481	8.689			4	37
3. Provisionserträge				410.159				378
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				6.519				1
5. Sonstige betriebliche Erträge				18.252				22
Summe der Erträge					10.925.896			11.543

Jahresbilanz zum 31.12.2002 KfW-Konzern.

Aktivseite

	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	2002	Mio EUR	Mio EUR	2001
1. Barreserve								
a) Kassenbestand				151			0	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			25.459		25.459		26	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	25.459					26		
c) Guthaben bei Postgiroämtern				0	25.610		0	26
2. Forderungen an Kreditinstitute								
a) täglich fällig				43.470			29	
b) andere Forderungen			129.236.785	129.280.255		107.297	107.326	
3. Forderungen an Kunden					85.775.469			90.767
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	0					0		
darunter: Kommunalkredite	20.332.521					19.161		
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere								
a) Geldmarktpapiere				0			0	
aa) von öffentlichen Emittenten				0			0	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0						422	
ab) von anderen Emittenten			81.665	81.665			0	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0						2.434	
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				2.582.457			2.310	
ba) von öffentlichen Emittenten				2.475.995			15.218	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank							14.080	
bb) von anderen Emittenten			14.979.759	17.562.216				
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	14.209.246						4.339	22.413
c) eigene Schuldverschreibungen					2.885.204	20.529.085		
Nennbetrag	2.844.916						4.027	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					11.620.965			10.934
6. Beteiligungen					193.773			197
darunter: an Kreditinstituten	66.097					60		
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0					0		
7. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen					552.618			556
darunter: an Kreditinstituten	552.618						0	
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0						556	
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					11.854			12
darunter: an Kreditinstituten	0					0		
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0					0		
9. Treuhandvermögen					8.143.635			7.682
darunter: Treuhandkredite	8.058.484						7.592	
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					193.433			257
11. Immaterielle Anlagewerte					8.448			9
12. Sachanlagen					452.767			433
13. Sonstige Vermögensgegenstände					46.941			437
14. Rechnungsabgrenzungsposten					4.072.405			4.694
15. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Markbilanzgesetzes					27.237			34
Summe der Aktiva					260.934.495			245.777

Passivseite

				2002			2001		
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR		Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten									
a) täglich fällig				1.003.440				808	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				30.753.839	31.757.279			43.749	44.557
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden									
a) Spareinlagen				0				0	
b) andere Verbindlichkeiten									
ba) täglich fällig			142.972				279		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			39.615.069	39.758.041	39.758.041		36.038	36.317	36.317
3. Verbriefte Verbindlichkeiten									
a) begebene Schuldverschreibungen				162.603.487				141.942	
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				0	162.603.487			0	141.942
4. Treuhandverbindlichkeiten						8.143.635			7.682
darunter: Treuhandkredite		8.058.484						7.592	
5. Sonstige Verbindlichkeiten						3.495.192			269
6. Rechnungsabgrenzungsposten						6.291.222			6.846
7. Rückstellungen									
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				512.702				464	
b) Steuerrückstellungen				19.317				10	
c) andere Rückstellungen				221.650	753.669			251	725
8. Abführungsplichten nach D-Markbilanzgesetz						40.254			46
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken						1.600.000			1.200
10. Eigenkapital									
a) gezeichnetes Kapital			3.750.000					511	
abzüglich ausstehende Einlagen			(450.000)					(435)	
eingezahltes gezeichnetes Kapital				3.300.000					
b) Kapitalrücklage				451.051				1.738	
Zuführung		0						0	
c) Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens				559.090				525	
Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen		34.418						34	
d) Gewinnrücklagen									
da) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 (2) KfW-Gesetz			480.817					64	
db) Sonderrücklage gemäß § 10 (3) KfW-Gesetz			1.141.128					3.274	
dc) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 des D-Markbilanzgesetzes			47.607					48	
dd) andere Gewinnrücklagen			512.023	2.181.575	6.491.716			468	6.193
Summe der Passiva					260.934.495				245.777
1. Eventualverbindlichkeiten									
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0					0	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			31.677.171					12.899	
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0	31.677.171				0	12.899
2. Andere Verpflichtungen									
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			0					0	
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0					0	
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			30.749.775	30.749.775				25.264	25.264

Gewinn- und Verlustrechnung KfW-Konzern für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.2002.

Aufwendungen

	TEUR	TEUR	TEUR	2002	Mio EUR	Mio EUR	2001
1. Zinsaufwendungen				9.108.636			10.050
2. Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen zur Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens				34.418			34
3. Provisionsaufwendungen				245.296			228
4. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				8.781			6
5. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen							
a) Personalaufwand							
aa) Löhne und Gehälter		174.750				169	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		72.564	247.314			61	
darunter: für Altersversorgung	46.399					35	
b) andere Verwaltungsaufwendungen			120.847	368.161		123	353
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				31.505			29
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.798			10
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				1.005.250			787
darunter: Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	400.000					500	
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				9.907			-
10. Abschreibungen auf Sonderverlustkonto gemäß § 17 Abs. 4 des D-Markbilanzgesetzes				6.271			0
11. Steuern vom Ertrag und Einkommen				11.909			4
12. Jahresüberschuss				264.437			207
Summe der Aufwendungen				11.098.369			11.708

Erträge

	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	2002	Mio EUR	Mio EUR	2001 Mio EUR
1. Zinserträge aus								
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			9.846.167				10.358	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			739.848	10.586.015			862	11.220
2. Laufende Erträge aus								
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			2.860				32	
b) Beteiligungen			25.490				8	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0				0	
d) Anteilen an assoziierten Unternehmen			19.571	47.921			0	40
3. Provisionserträge				439.282				413
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-				4
5. Sonstige betriebliche Erträge				25.151				31

Summe der Erträge					11.098.369			11.708
-------------------	--	--	--	--	------------	--	--	--------

ANHANG UND KONZERNANHANG.

KONSOLIDIERUNGSKREIS UND KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE.

In den Konzernabschluss wurden zusätzlich zur KfW die KfW International Finance Inc., Delaware, USA, die Finanzierungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Berlin, die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln, sowie die KfW Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main, einbezogen. Zwei verbundene Unternehmen wurden nicht in den Konzernabschluss einbezogen, da ihre Berücksichtigung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung ist.

Die Jahresabschlüsse der einzelnen Konzernunternehmen wurden einheitlich nach den für die KfW geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Unternehmen

wurden verrechnet. Die Erstkonsolidierung der Konzernunternehmen erfolgte nach der Buchwertmethode, wobei auf die Wertansätze zum einheitlichen Konzernbilanzstichtag abgestellt wurde.

Die Kapitalkonsolidierung wurde auf Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss durchgeführt. Die sich aus der Kapitalkonsolidierung ergebenden passivischen Unterschiedsbeträge in Höhe von 446 Mio EUR sind in der Konzergewinnrücklage enthalten.

Der Jahresabschluss der KfW International Finance Inc., die in fremder Währung bilanziert, wurde zu den Devisenmittelkursen vom 31. Dezember 2002 umgerechnet.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.

Der Einzel- und Konzernabschluss der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden entsprechend den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie dem Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgestellt. Zusätzlich wurden die besonderen Bestimmungen des D-Markbilanzgesetzes (DMBilG) beachtet. Die Gliederung für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde erweitert um einen gesonderten Ausweis der Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens und die hierfür vorgenommene vertragsgemäße Zuführung von Zinsen sowie die nachträglich vermerkten Zuführungen zu den Kapitalrücklagen. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz,

die wahlweise in der Bilanz oder im Anhang vorzunehmen sind, erfolgten im Anhang.

Abweichend von der Vorjahresdarstellung, sind die ausstehenden Einlagen nicht auf der Aktivseite ausgewiesen, sondern unter dem Eigenkapital vom gezeichneten Kapital abgesetzt. Die Zahlen des Vorjahres wurden entsprechend angepasst.

Die Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, Beteiligungen, Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten, dem Nennbetrag oder einem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Unterschiedsbeträge zwischen höherem Nenn-

wert und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen wurden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve (einschließlich verbrieftter Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand) sind, soweit sie nicht durch außerbilanzielle Geschäfte gesichert sind, nach dem strengen Niederstwertprinzip, Wertpapiere des Anlagevermögens gemäß gemildertem Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere, denen ein Asset-Swap zugeordnet ist, sind verknüpft bewertet. Dem Handelsbestand sind keine Wertpapiere zugeordnet.

Die Sachanlagen wurden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr ihres Zugangs voll abgeschrieben.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bilanziert, Unterschiedsbeträge zwischen einem vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag und dem Ausgabebetrag wurden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Grundlage der „Richttafeln für die Pensionsversicherung“ von Dr. Klaus Heubeck aus dem Jahr 1998 ermittelt. Bei den Berechnungen wurde für die KfW das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinsfuß von 3% bzw. 6% angewendet. Die anderen Rückstellungen wurden in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ausgewiesen.

Den Risiken, die aufgrund der Geschäftsstruktur der KfW überwiegend aus dem Kreditgeschäft resultieren, wurde durch vorsorglich gebildete Wertberichtigungen und Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB ausreichend Rechnung getragen. Die Zuführungsbeträge wurden in der Position Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft ausgewiesen. Von den Verrechnungsmöglichkeiten in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 340f (3) HGB sowie § 340c (2) HGB wurde Gebrauch gemacht.

Anhang und Konzernanhang.

ANGABEN ZU AKTIVA.

Forderungen an Kreditinstitute

Angaben in Mio EUR

	täglich fällig	Restlaufzeit				anteilige Zinsen	Insgesamt
		bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
31.12.2002 KfW	25	12.722	8.150	31.594	73.650	2.701	128.842
31.12.2002 Konzern	43	12.857	8.211	31.750	73.697	2.722	129.280
31.12.2001 KfW	21	6.395	4.808	28.586	64.528	2.522	106.860
31.12.2001 Konzern	29	6.542	4.870	28.753	64.586	2.546	107.326
<hr/>							
darunter an:							
Verbundene Unternehmen							
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht							
ohne Haftungsverpflichtung durchleitender Banken							
Nachrangige Vermögensgegenstände							
<hr/>							
KfW							
Konzern							
<hr/>							
26							
0							
6.363							
2.154							
2.154							
<hr/>							
0							
0							

Forderungen an Kunden

Angaben in Mio EUR

	mit unbestimmter Laufzeit	Restlaufzeit				anteilige Zinsen	Insgesamt
		bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
31.12.2002 KfW	0	3.144	6.263	28.979	45.300	1.781	85.467
31.12.2002 Konzern	0	3.169	6.351	29.390	45.078	1.787	85.775
31.12.2001 KfW	0	2.605	6.597	30.530	48.575	1.775	90.082
31.12.2001 Konzern	0	2.644	6.696	30.950	48.691	1.786	90.767
<hr/>							
darunter an:							
Verbundene Unternehmen							
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht							
Nachrangige Vermögensgegenstände							
<hr/>							
KfW							
Konzern							
<hr/>							
414							
0							
108							
1.008							
1.008							

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE.

Im Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden:

Im Folgejahr fällig werdend
Angaben in Mio EUR

Bilanzstichtag	31.12.2002 KfW	31.12.2001 KfW	31.12.2002 Konzern	31.12.2001 Konzern
Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen	3.361	4.465	3.185	4.168
Nominalwert	3.310	4.464	3.141	4.171
Eigene Schuldverschreibungen	116	1.263	300	1.565
Nominalwert	116	1.255	293	1.553
Summe	3.477	5.728	3.485	5.733
Nominalwert	3.426	5.719	3.434	5.724

Die Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält Forderungen an:

Angaben in Mio EUR

	KfW	Konzern
Verbundene Unternehmen	1.767	0
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	12

In den „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ sind enthalten:

Angaben in Mio EUR

	KfW	Konzern
Börsennotierte Wertpapiere	19.864	19.877
Nicht börsennotierte Wertpapiere	652	652
Börsenfähige Wertpapiere	20.516	20.529

Anhang und Konzernanhang.

PENSIONSGESCHÄFTE.

Im Rahmen von Sell & Buy Back-Geschäften wurden Wertpapiere im Buchwert von 1.821 Mio EUR in Pension gegeben.

ANLAGEVERMÖGEN.

Anlagespiegel per 31.12.2002 KfW Angaben in TEUR

						Veränderungen ¹⁾ 2002 (7)	Restbuchwert 31.12.2002 (8)	Restbuchwert 31.12.2001 (9)
						Abschreibungen/ Wertberichtigungen		
	Anschaffungs-/ Herstellungskosten ²⁾ (1)	Zugänge (2)	Abgänge (3)	Umbu- chungen (4)	Zuschrei- bungen (5)	Insgesamt (6)	Restbuchwert 31.12.2002 (7)	Restbuchwert 31.12.2001 (9)
Beteiligungen						-555.425	13.009	568.434
Anteile an verbundenen Unternehmen						192.195	518.665	326.470
Wertpapiere des Anlagevermögens						-1.141.596	5.770.733	6.912.329
Summe						-1.504.826	6.302.407	7.807.233
Immaterielle Anlagewerte	24.052	5.696	928	0	0	21.080	5.478	7.740
Sachanlagen ³⁾	522.419	48.050	6.128	0	0	120.608	24.228	443.733
Summe	546.471	53.746	7.056	0	0	141.688	29.706	451.473
Insgesamt							6.657.891	8.237.956

¹⁾ Einschließlich Kursdifferenzen

²⁾ Von der Erleichterungsmöglichkeit gemäß Artikel 31 (6) EGHGB wurde Gebrauch gemacht

³⁾ davon per 31.12.2002: - Gesamtbetrag der im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude 423.706 TEUR

- Gesamtbetrag der Betriebs- und Geschäftsausstattung 20.527 TEUR

Der Rückgang der Beteiligungen ist auf die Einbringung der IKB-Beteiligung in die KfW Beteiligungsholding zurückzuführen.

Anlagenespiegel per 31.12.2002 Konzern

Anlagenpflege per
Angaben in TEUR

¹⁾ Einschließlich Kursdifferenzen

²⁾ Von der Erleichterungsmöglichkeit gemäß Artikel 31 (6) EGHGB wurde Gebrauch gemacht

³⁾ davon per 31.12.2002: - Gesamtbetrag der im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude 430.068 TEUR
- Gesamtbetrag der Betriebs- und Geschäftsausstattung 22.310 TEUR

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und deshalb in der Regel bis zur Endfälligkeit gehalten werden, wurden den Wertpapieren des Anlagevermögens zugeordnet. Sie sind buchhalterisch getrennt erfasst und gemäß gemildertem Niederstwertprinzip bewertet.

Der Bilanzwert der nicht zum Niederstwert bewerteten börsenfähigen Schuldverschreibungen, die in der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthalten sind, beträgt 5.396 Mio EUR.

Anhang und Konzernanhang.

In der Position „Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere“ sind enthalten:

Angaben in Mio EUR

	KfW	Konzern
Börsennotierte Wertpapiere	9.044	9.044
Nicht börsennotierte Wertpapiere	2.577	2.577
Börsenfähige Wertpapiere	11.621	11.621

Der Bestand der Wertpapiere, für die keine Absicherungsgeschäfte mit Kontrahenten erstklassiger Bonität abgeschlossen wurden, ist vollständig zum Niederstwert bewertet.

Angaben zum Anteilsbesitz

Angaben in TEUR und %

In den Konzernabschluss sind die Gesellschaften 1. bis 4. als Tochterunternehmen, die Gesellschaft 5. als assoziiertes Unternehmen einbezogen.

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital ¹⁾ TEUR	Jahresüberschuss ¹⁾ TEUR
1. DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln	100,0	894.605	37.880
2. Finanzierungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	10.549	5.436
3. KfW International Finance Inc., Delaware, USA	100,0	10 ²⁾	0 ²⁾
4. KfW Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main	100,0	215.802	15.802
5. IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf	34,1	1.165.087 ³⁾	96.110 ³⁾

¹⁾ Stand per 31.12.2002

²⁾ Umgerechnet zum Stichtagskurs per 31.12.2002 (1 EUR = 1,0487 USD)

³⁾ Stand per 31.03.2002

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß §§ 285 Abs. 11 und 313 Abs. 2 HGB ist beim Amtsgericht Frankfurt hinterlegt.

In der Position „Beteiligungen“ sind enthalten:

Angaben in TEUR

	KfW	Konzern
Börsennotierte Wertpapiere	102	591.011
Nicht börsennotierte Wertpapiere	8.000	8.000
Börsenfähige Wertpapiere	8.102	599.011

Treuhandvermögen

Angaben in Mio EUR

	KfW		Konzern	
Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	160		161	
b) andere Forderungen	594	754	744	905
Forderungen an Kunden		7.132		7.156
Beteiligungen		1		83
Insgesamt	7.887			8.144

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE.

Die „Sonstigen Vermögensgegenstände“ beinhalten überwiegend anteilige Zinsen aus Devisenswapgeschäften in Höhe von 19,7 Mio EUR.

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN.

Die in der Position „Aktive Rechnungsabgrenzungsposten“ enthaltenen Unterschiedsbeträge zwischen höherem Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten betragen 771 Mio EUR.

Anhang und Konzernanhang.

ANGABEN ZU PASSIVA.

Fristenstruktur der aufgenommenen Mittel

Angaben in Mio EUR

	täglich fällig	Restlaufzeit				anteilige Zinsen	Insgesamt
		bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist							
KfW	1.051	3.024	4.179	9.504	10.804	2.974	31.536
Konzern	1.004	3.024	4.218	9.690	10.843	2.978	31.757
per 31.12.2001 KfW	868	5.900	3.610	13.211	18.067	2.697	44.353
per 31.12.2001 Konzern	808	5.900	3.611	13.441	18.096	2.701	44.557
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist							
KfW	144	9.595	11.102	47.559	34.227	2.123	104.750
Konzern	143	1.203	2.076	11.353	24.108	875	39.758
per 31.12.2001 KfW	267	7.215	12.672	48.412	32.762	2.230	103.558
per 31.12.2001 Konzern	279	2.231	2.378	11.067	19.643	719	36.317
KfW	1.195	12.619	15.281	57.063	45.031	5.098	136.286
Konzern	1.147	4.227	6.294	21.043	34.951	3.853	71.515
in %							
KfW	1	9	11	42	33	4	100
Konzern	2	6	9	29	49	5	100
im Folgejahr fällig werdend							
		KfW	Konzern				
Verbrieftete Verbindlichkeiten – begebene Schuldverschreibungen		12.537	29.961				
per 31.12.2001		15.937	31.250				

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Angaben in Mio EUR

	Verbriezte und unverbriezte Verbindlichkeiten			
	gegenüber verbundenen Unternehmen		gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	KfW	Konzern	KfW	Konzern
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	48	0	0	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	65.115	0	0	0
Verbriezte Verbindlichkeiten	0	0	0	443 ¹⁾
Insgesamt	65.163	0	0	445

¹⁾ soweit ermittelbar

Treuhandverbindlichkeiten
Angaben in Mio EUR

	KfW		Konzern	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig	6		6	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	87	93	87	93
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen	0		0	
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	881		881	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.912	7.793	7.087	7.968
Beteiligungen		1		83
Insgesamt		7.887		8.144

Anhang und Konzernanhang.

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN.

Die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ enthalten im Wesentlichen den Ausgleichsposten aus der Umrechnung swapgesicherter Fremdwährungspositionen in Höhe von 3,3 Mrd EUR.

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN.

In der Position „Passive Rechnungsabgrenzungsposten“ sind Disagien aus Forderungen in Höhe von 574 Mio EUR erfasst.

EIGENKAPITAL.

Konzern eigenkapital Angaben in Mio EUR

	31.12.2001	Zuführung 2002	31.12.2002
Gezeichnetes Kapital der KfW	511,3	3.238,7	3.750,0
abzüglich ausstehende Einlagen	-434,6	-15,4	-450,0
Kapitalrücklage	1.738,5	-1.287,4	451,1
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	524,7	34,4	559,1
Erwirtschaftetes Eigenkapital			
a) gesetzliche Rücklage gem. § 10 (2) KfW-Gesetz	63,9	416,9	480,8
b) Sonderrücklage gem. § 10 (3) KfW-Gesetz	3.273,6	-2.132,5	1.141,1
c) Sonderrücklage gem. § 17 (4) DMBiG	47,6	0,0	47,6
d) andere Gewinnrücklagen	467,8	44,2	512,0
Insgesamt	6.192,8	298,9	6.491,7

Der Konzernjahresüberschuss von 264 Mio EUR wurde in Höhe des Jahresüberschusses der KfW von 220 Mio EUR gemäß § 10 (2) und (3) KfW-Gesetz der gesetzlichen Rücklage (168 Mio EUR) und der Sonderrücklage (52 Mio EUR) zugewiesen. Der auf die konsolidierten Tochtergesellschaften entfallende Jahresüberschuss von 44 Mio EUR wurde den anderen Gewinnrücklagen zugewiesen. Das Eigenkapital der KfW beträgt 5.980 Mio EUR.

WEITERE VERMERKPFLICHTIGE ANGABEN ZU PASSIVA.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN.

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen im Konzern betragen 31.677 Mio EUR. Von dem Gesamtbetrag per 31.12.2002 entfallen 27.454 Mio EUR auf Credit Default Swaps, 4.218 Mio EUR auf Kreditbürgschaften (davon Bürgschaften für Flugzeugfinanzierungen von 1.309 Mio EUR, für Sonderkredite von 844 Mio EUR sowie Bürgschaften für den Wohnungsbau von 682 Mio EUR) und 5 Mio EUR auf Akkreditive.

Die 2002 neu valutierten Bürgschaften und Garantien für Risiken Dritter in Höhe von 19.369 Mio EUR resultieren insbesondere aus der Übernahme von Kreditausfallrisiken Dritter im Zusammenhang mit Verbriefungen von 18.793 Mio EUR. Getilgt wurden insgesamt 167 Mio EUR.

ANDERE VERPFLICHTUNGEN.

Die Unwiderruflichen Kreditzusagen des Konzerns in Höhe von 30.750 Mio EUR betreffen mit 13.624 Mio EUR Investitionsfinanzierungen, mit 10.844 Mio EUR Export- und Projektfinanzierungen, mit 4.147 Mio EUR Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer sowie mit 2.135 Mio EUR Avalkredite.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG.

GEOGRAPHISCHE MÄRKTE.

Auf eine geographische Aufgliederung der Gesamtbeträge bestimmter Ertragspositionen gemäß § 34 (2) Nr. 1 RechKredV wurde verzichtet, da die KfW keine Auslandsfilialen unterhält.

SONSTIGE VERMERKPFLICHTIGE ANGABEN.

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN IN FREMDER WÄHRUNG.

Die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie die am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte sind zu den Devisenmittelkursen vom 31.12.2002 in Euro umgerechnet worden.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden unter Beachtung des Imparitätsprinzips im „Nettoaufwand aus Finanzgeschäften“ berücksichtigt.

Wechselkursbedingte Wertänderungen der in fremden Währungen gebildeten Einzelwertberichtigungen wurden in der Position „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ erfasst.

Termingeschäfte wurden unter Beachtung der Vorschriften zur besonderen Deckung bzw. zur Deckung in der gleichen Währung umgerechnet. Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich nicht.

Zum 31.12.2002 betrug der gemäß § 340 h (1) HGB umgerechnete Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände 50,2 Mrd EUR.

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden betrug 95,4 Mrd EUR.

Anhang und Konzernanhang.

ANGABEN ÜBER MARKTRISIKOBEHAFTETE GESCHÄFTE.

Die KfW setzt im Wesentlichen zur Absicherung von Zinsänderungs-, Wechselkurs-, sonstigen Preis- und Kreditrisiken folgende Termingeschäfte/derivative Produkte ein:

1. Zinsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte
 - Zinsswaps ■ Zinsbegrenzungsvereinbarungen
2. Währungsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte
 - Zins- und Währungsswaps ■ Devisenswaps ■ Devisentermingeschäfte
3. Sonstige Termingeschäfte
 - Aktienoptionen als Stillhalter

DERIVATIVE GESCHÄFTE.

KfW-Einzelabschluss

Angaben in Mio EUR

	Nominalwerte 31.12.2002	Nominalwerte 31.12.2001	Wiederbe- schaffungskosten ¹⁾ 31.12.2002	Kreditrisiko- äquivalente ¹⁾ 31.12.2002
Volumina				
Kontrakte mit Zinsrisiken				
Zinsswaps	187.157	144.646	6.516	1.592
Stillhalteverpflichtungen aus Swap-Optionen	769	0	0	0
Spreadlocks	572	0	0	0
Zinsbegrenzungsvereinbarungen ²⁾	650	2	10	4
	189.148	144.648	6.526	1.596
Sonstige	26	26	0	0
Insgesamt³⁾	189.174	144.674	6.526	1.596
Kontrakte mit Währungsrisiken				
Zins- und Währungsswaps	56.921	49.533	1.974	1.058
Devisenswaps	6.695	4.683	25	19
Devisentermingeschäfte	395	345	29	8
Devisenkassageschäfte	18	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0
Insgesamt³⁾	64.029	54.561	2.028	1.085
Kontrakte mit sonstigen Preisrisiken				
Aktienoptionen als Stillhalter	72	161	0	0
Insgesamt³⁾	72	161	0	0

Nominalwerte in Mio EUR	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Sonstige Preisrisiken	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Fristengliederung						
Restlaufzeit von						
■ bis 3 Monate	8.487	4.155	8.553	3.251	0	0
■ über 3 Monate bis 1 Jahr	21.450	11.330	3.525	6.626	0	0
■ über 1 bis 5 Jahre	88.799	68.867	32.452	26.550	72	161
■ über 5 Jahre	70.438	60.322	19.499	18.134	0	0
Insgesamt³⁾	189.174	144.674	64.029	54.561	72	161

¹⁾ Zum 31.12.2002 waren insgesamt 595,2 Mio EUR in Form von Bardepots und Wertpapieren zur Besicherung der derivativen Geschäfte bei der KfW hinterlegt. Die Berechnung erfolgt für alle Kontrakte nach der Marktbewertungsmethode.
 Die Angabe der Wiederbeschaffungskosten erfolgt ohne Add-On (Vorjahr: incl. Add-On).

²⁾ Ohne „eingebettete“ Zinsbegrenzungsvereinbarungen

³⁾ OTC-Kontrakte

	Nominalwerte		Wiederbeschaffungskosten ¹⁾		Kreditrisikoäquivalente ¹⁾		
		31.12.2002	31.12.2001	ohne Netting	mit Netting	ohne Netting	mit Netting
				31.12.2002	31.12.2002	31.12.2002	31.12.2002
Kontrahenten							
OECD-Banken	183.320	147.283	5.975	964	2.000	544	
Banken außerhalb OECD	0	110	0	0	0	0	
Sonstige Kontrahenten	67.715	51.528	2.559	557	680	247	
Öffentliche Stellen	2.240	475	20	20	0	0	
Insgesamt²⁾	253.275	199.396	8.554	1.541	2.680	791	

¹⁾ Zum 31.12.2002 waren insgesamt 595,2 Mio EUR in Form von Bardepots und Wertpapieren zur Besicherung der derivativen Geschäfte bei der KfW hinterlegt.
 Die Berechnung erfolgt für alle Kontrakte nach der Marktbewertungsmethode.
 Die Angabe der Wiederbeschaffungskosten erfolgt ohne Add-On (Vorjahr: incl. Add-On).
 Die Angabe der Kreditrisikoäquivalente gem. Grds. I KWG erfolgt incl. Add-On.
 Die nach Kontrahenten unterteilte Derivateübersicht enthält ggü. dem Vorjahr zusätzlich die Wiederbeschaffungskosten nach Netting und die Kreditrisikoäquivalenzbeträge nach Netting.

²⁾ OTC-Kontrakte

Anhang und Konzernanhang.

KfW-Konzern

Angaben in Mio EUR

	Nominalwerte	Nominalwerte	Wiederbeschaffungskosten ¹⁾	Kreditrisiko-äquivalente ¹⁾
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2002
Volumina				
Kontrakte mit Zinsrisiken				
Zinsswaps	187.969	145.600	6.550	1.601
Stillhalteverpflichtungen aus Swap-Optionen	769	0	0	0
Spreadlocks	572	0	0	0
Forward Rate Agreements	0	10	0	0
Zinsbegrenzungsvereinbarungen ²⁾	751	41	11	5
	190.061	145.651	6.561	1.606
Sonstige	26	26	0	0
Insgesamt³⁾	190.087	145.677	6.561	1.606
Kontrakte mit Währungsrisiken				
Zins- und Währungsswaps	57.339	50.004	1.987	1.065
Devisenswaps	6.695	4.683	25	19
Devisentermingeschäfte	395	345	29	8
Devisenkassageschäfte	18	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0
Insgesamt³⁾	64.447	55.032	2.041	1.092
Kontrakte mit sonstigen Preisrisiken				
Aktienoptionen als Stillhalter	72	161	0	0
Insgesamt³⁾	72	161	0	0

Nominalwerte in Mio EUR	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Sonstige Preisrisiken	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Fristengliederung						
Restlaufzeit von						
■ bis 3 Monate	8.487	4.178	8.553	3.251	0	0
■ über 3 Monate bis 1 Jahr	21.549	11.494	3.563	6.671	0	0
■ über 1 bis 5 Jahre	89.386	69.357	32.781	26.919	72	161
■ über 5 Jahre	70.665	60.648	19.550	18.191	0	0
Insgesamt³⁾	190.087	145.677	64.447	55.032	72	161

¹⁾ Zum 31.12.2002 waren insgesamt 595,2 Mio EUR in Form von Bardepots und Wertpapieren zur Sicherung der derivativen Geschäfte bei der KfW hinterlegt. Die Berechnung erfolgt für alle Kontrakte nach der Marktbewertungsmethode.
Die Angabe der Wiederbeschaffungskosten erfolgt ohne Add-On (Vorjahr: incl. Add-On).

²⁾ Ohne „eingebettete“ Zinsbegrenzungsvereinbarungen

³⁾ OTC-Kontrakte

Angaben in Mio EUR

	Nominalwerte		Wiederbeschaffungskosten ¹⁾		Kreditrisikoäquivalente ¹⁾	
	31.12.2002	31.12.2001	ohne Netting	mit Netting	31.12.2002	31.12.2002
			31.12.2002	31.12.2002		
Kontrahenten						
OECD-Banken	184.552	148.669	6.020	1.009	2.014	558
Banken außerhalb OECD	7	120	1	1	0	0
Sonstige Kontrahenten	67.807	51.606	2.561	559	682	249
Öffentliche Stellen	2.240	475	20	20	0	0
Insgesamt²⁾	254.606	200.870	8.602	1.589	2.696	807

¹⁾ Zum 31.12.2002 waren insgesamt 595,2 Mio EUR in Form von Bardepots und Wertpapieren zur Besicherung der derivativen Geschäfte bei der KfW hinterlegt.

Die Berechnung erfolgt für alle Kontrakte nach der Marktbewertungsmethode.

Die Angabe der Wiederbeschaffungskosten erfolgt ohne Add-On (Vorjahr: incl. Add-On).

Die Angabe der Kreditrisikoäquivalente gem. Grds. I KWG erfolgt incl. Add-On.

Die nach Kontrahenten unterteilte Derivateübersicht enthält ggü. dem Vorjahr zusätzlich die Wiederbeschaffungskosten nach Netting und die Kreditrisikoäquivalenzbeträge nach Netting.

²⁾ OTC-Kontrakte

Darüber hinaus hat die KfW Ausfallrisiken aus Mittelstands- und Wohnungsbaukrediten übernommen und an den Kapitalmarkt transferiert. Die Risikoübernahmen erfolgten über Kreditderivate, deren Gesamtsumme zum 31.12.2002 27,5 Mrd EUR betrug (Vorjahr: 8,7 Mrd EUR). Die vollständige Risikoweitergabe an den Kapitalmarkt erfolgte mittels Credit Default Swaps (25,0 Mrd EUR) oder über Credit Linked Notes (2,5 Mrd EUR).

KREDITE IN FREMDEN NAMEN FÜR FREMDE RECHNUNG.

Die Kredite in fremdem Namen und für fremde Rechnung valutieren zum 31.12.2002 in Höhe von 2.146 Mio EUR.

PERSONALBESTAND.

Der durchschnittliche Personalbestand von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ohne Vorstand und Auszubildende, aber einschließlich Aushilfen ist aus Quartalsendständen des Berichtsjahres ermittelt.

	2002 KfW	2001 KfW	2002 Konzern	2001 Konzern
Mitarbeiterinnen	1.030	966	1.292	1.217
Mitarbeiter	1.152	1.097	1.373	1.324
außertariflich Eingestufte	1.513	1.385	1.776	1.648
tariflich Eingestufte	669	678	889	893
Insgesamt	2.182	2.063	2.665	2.541

Anhang und Konzernanhang.

BEZÜGE, VORSCHÜSSE UND KREDITE AN MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2002 betrugen 1.900 TEUR. Die Bezüge des Verwaltungsrats der KfW betragen 177 TEUR.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind zum 31.12.2002 25.275 TEUR zurückgestellt; die laufenden Bezüge betrugen 1.949 TEUR.

Der Gesamtbetrag der Vorschüsse und Kredite an Mitglieder des Vorstands betrug zum 31.12.2002 95 TEUR.

MANDATE GESETZLICHER VERTRETER ODER ANDERER MITARBEITER IN AUFSICHTSGREMIEN GROSSER KAPITALGESELLSCHAFTEN GEMÄSS § 267 (3) HGB.

Hans W. Reich

Areal Bank AG, Wiesbaden
ALSTOM GmbH, Frankfurt am Main
HUK-Coburg Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G. in Coburg, Coburg
HUK-COBURG-Holding AG, Coburg
Deutsche Telekom AG, Bonn
IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
RAG Aktiengesellschaft, Essen
ThyssenKrupp Steel AG, Duisburg

Dr. Peter Klaus

Allgemeine HypothekenBank Rheinboden AG, Frankfurt am Main
Babcock Borsig AG, Oberhausen
debis AirFinance B.V., Amsterdam
Deutsche VerkehrsBank AG, Frankfurt am Main
Georgsmarienhütte Holding GmbH, Georgsmarienhütte
STEAG AG, Essen
ThyssenKrupp Technologies AG, Essen

Ingrid Matthäus-Maier

DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln
Deutsche BauBeCon AG, Hannover
Europäische Investitionsbank (EIB), Luxemburg
Salzgitter Handel GmbH, Düsseldorf

Detlef Leinberger

DtA-Beteiligungsholding-AG, Berlin
Europäischer Investitionsfonds, Luxemburg
Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt am Main

Wolfgang Kroh

DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln

Gerhard Lewark, Dr. Volker Groß, Detlef Vogt
KfW International Finance Inc., Delaware, USA

Heinrich Heims

EKO Stahl GmbH, Eisenhüttenstadt
TelecomAsia Public Corp. Ltd., Bangkok, Thailand
Bangkok Inter Teletech Company Ltd., Bangkok, Thailand

Klaus Tüngeler

TelecomAsia Public Corp. Ltd., Bangkok, Thailand

Waltraud Wolff

Saarstahl AG, Völklingen

Stichtag 31.12.2002

VERWALTUNGSRAT.

Hans Eichel Bundesminister der Finanzen Vorsitzender	Joschka Fischer Bundesminister des Auswärtigen	Renate Künast Bundesministerin für Verbraucher- schutz, Ernährung und Landwirtschaft	Dieter Schulte Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes a.D. Vertreter der Gewerkschaften (bis 31.12.2002)
Dr. Werner Müller Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Stellvertretender Vorsitzender (bis 21.10.2002)	Lutz Freitag Präsident des GdW Bundes- verbandes deutscher Wohnungs- unternehmen e.V. Vertreter der Wohnungswirtschaft	Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt vom Bundesrat bestelltes Mitglied (seit 8.11.2002)	Michael Sommer Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Vertreter der Gewerkschaften (seit 1.1.2003)
Wolfgang Clement Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit (seit 22.10.2002) Stellvertretender Vorsitzender (seit 6.11.2002)	Dr. Rolf-Jürgen Freyberg Vorsitzender des Vorstands der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG Vertreter der Gewerkschaften	Hartmut Perschau Bürgermeister der Freien und Hansestadt Bremen vom Bundesrat bestelltes Mitglied	Gerhard Sonnleitner Präsident des Deutschen Bauernverbandes e.V. Vertreter der Landwirtschaft
Peter Benz Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt Vertreter der Gemeinden	Wolfgang Gerhards Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt a.D. vom Bundesrat bestelltes Mitglied (bis 18.9.2002)	Heinz Putzhammer Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes Vertreter der Gewerkschaften	Peer Steinbrück Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen a.D. vom Bundesrat bestelltes Mitglied (bis 20.11.2002)
Kurt Bodewig Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (bis 21.10.2002)	Dr. Frank Heintzeler Sprecher des Vorstands der Baden-Württembergischen Bank AG Vertreter der Kreditbanken (bis 9.2.2002)	Dr. Michael Rogowski Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. Vertreter der Industrie	Dr. Manfred Stolpe Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (seit 22.10.2002)
Anton F. Börner Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außen- handels e.V. Vertreter des Handels	Dr. Dietrich H. Hoppenstedt Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. Vertreter der Sparkassen	Dr. Thilo Sarrazin Senator für Finanzen des Landes Berlin vom Bundesrat bestelltes Mitglied (seit 22.3.2002)	Erwin Teufel Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg vom Bundesrat bestelltes Mitglied
Dr. Rolf-E. Breuer Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. Vertreter der Kreditbanken (seit 10.2.2002)	Dr. Karsten von Kölle Vorstandsvorsitzender der EUROHYPO AG Vertreter der Realkreditinstitute	Hanns-Eberhard Schleyer Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks Vertreter des Handwerks	Dr. Alexander von Tippelskirch Sprecher des Vorstands der IKB Deutsche Industriebank Aktien- gesellschaft Vertreter des Industriekredits
Dr. Ulrich Brixner Vorstandsvorsitzender der DZ BANK AG Vertreter der genossenschaftlichen Kreditinstitute	Ursula Konitzer ver.di-Bundesvorstandsmitglied a.D. Vertreterin der Gewerkschaften	Dr. Franz Schoser Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages a.D. Vertreter der Industrie	Jürgen Trittin Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Christiane Krajewski Senatorin für Finanzen des Landes Berlin a.D. vom Bundesrat bestelltes Mitglied (bis 16.1.2002)		Heidemarie Wieczorek-Zeul Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Anhang und Konzernanhang.

DER VORSTAND.

Dr. Peter Klaus Detlef Leinberger Hans W. Reich (Sprecher) Ingrid Matthäus-Maier Wolfgang Kroh



Dr. Peter Klaus



Detlef Leinberger



Hans W. Reich (Sprecher)



Ingrid Matthäus-Maier



Wolfgang Kroh

Frankfurt am Main, den 04.02.2003
KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS.

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den von ihr aufgestellten Konzernabschluss mit einem zusammengefassten Anhang sowie den zusammengefassten Bericht über die Lage der Bank und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den Regelungen im Gesetz und der Satzung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau liegen in der Verantwortung des Vorstands der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeföhrten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Konzernabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahres- und Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahres- und Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Ver-

mögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank und des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, in Jahres- und Konzernabschluss und in dem zusammengefassten Bericht über die Lage der Bank und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst für den Jahresabschluss die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und für den Konzernabschluss die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises und der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze. Weiterhin umfasst die Prüfung für den Jahres- und den Konzernabschluss die Beurteilung der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahres- und Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermitteln der Jahresabschluss und der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-,

Finanz- und Ertragslage der Kreditanstalt für Wiederaufbau und des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Kreditanstalt für Wiederaufbau und des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 20. März 2003
PwC Deutsche Revision, Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Wagener
Wirtschaftsprüfer



Struwe
Wirtschaftsprüfer

ORGANIGRAMM DER KFW.



¹⁾ Niederlassung Berlin

Herausgeber:

KfW–Bankengruppe
Abteilung Unternehmenskommunikation
Palmenhofstraße 5 –9, 60325 Frankfurt am Main,
Telefon 069 7431-0, Fax 069 7431-2944,
E-Mail info@kfw.de, Internet www.kfw.de

Konzeption und Realisation:

MEHR. Werbe- und Projektagentur, Düsseldorf

Produktion: Die Produktion, Düsseldorf

Lithografie: Laser Litho 4 GmbH, Düsseldorf

Druck: Mareis Druck GmbH, Weißenhorn

Bildverzeichnis:

Rüdiger Nehmzow
Seite 3, 4, 14 –23, 28 –40
Seite 60, 67, 78

KfW Bankengruppe/-
Seite 6

BMF
Seite 8

Paula Bronstein, Getty Images
Seite 24, 25, 67

Gedruckt auf PlanoPlus, Schneidersöhne Papier.

